Donnerstag, 26. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 120 - 21.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

„Sacharow wird langsam ermordet"

epd, Hamburg

Der im Exil lebende russische Schriftsteller und Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Lew Kopelew, hat an die Deutschen appelliert, den sowjetischen Regimekritiker Andrej Sacharow zu retten. Sacharow habe erneut einen schweren Herzkrampf erlitten und erhalte keine qualifizierte medizinische Hilfe. Kopelew bezweifelt die Erklärung sowjetischer Behörden, daß Sacharow nicht ausreisen dürfe, weil er „Geheimnisträger" sei. Seit mindestens 15 Jahren sei Sacharow allen Geheimsachen ferngeblieben. Auch wenn ausländische Proteste gegen die Behandlung Sacharows von Moskau als „Einmischung in innere Angelegenheiten" bezeichnet würden, handele es sich in Wirklichkeit um „Ausreden, mit denen man die grausame langsame Ermordung Sacharows" zu rechtfertigen versuche. Das Schicksal des sowjetischen Friedensnobelpreisträgers sei zugleich ein „Prüfstein für die Vertrauenswürdigkeit sowjetischer internationaler Friedens- und Entspannungspolitik", schrieb der Schriftsteller im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt". „Sacharow braucht unsere Hilfe und wir alle brauchen sein Leben, seine Hilfe, damit uns der Frieden erhalten bleibt."

Exportgarantien des Bundes werden teurer

Mk. Bonn

Das Entgelt für die Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften des Bundes werden teurer. Das Bundeswirtschaftsministerium hat die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft für den 1. Juni zu einem Gespräch über die Anhebung eingeladen. Das Ausmaß und der Zeitpunkt der Erhöhung stehen noch nicht fest. Die Maßnahme wird für notwendig gehalten, weil die Garantie- und Bürgschaftsfälle wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage in vielen Entwicklungsländern und in einigen Ostblockstaaten weiter steigen. *Nur durch einen Sonderfall* wies die Exportkreditversicherung im vergangenen Jahr noch einen kleinen Überschuß auf. In diesem Jahr rechnen Experten mit einem Fehlbetrag von rund einer Milliarde Mark, für die der Bund aufkommen muß. Die Aufwendungen für Schadens- und Umschuldungsfälle stiegen im vergangenen Jahr um 160,3 auf 930,7 Millionen Mark. Mehr als die Hälfte dieses Betrages entfiel auf Polen und Rumänien. Die Entwicklung der Einnahmen hielt damit nicht Schritt. Mit besonderen Rückflüssen aus früheren Inanspruchnahmen ist auch nicht zu rechnen. Mittelfristig muß sich die Exportkreditversicherung selber tragen. Seite 9

ZITAT DES TAGES



„Die Wähler hätten kein Verständnis dafür, wenn wir jetzt im kleinlichen Streit um Begriffe und Positionen unser Vertrauen wieder verspielten."

Helmut Kohl gestern auf dem CDU-Parteitag in Köln.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Andropow nach Syrien

gko. Bonn

Der sowjetische Partei- und Militärchef Jurij Andropow will in Kürze nach Syrien reisen. Das verlautete gestern aus zuverlässigen Quellen in Bonn und Paris. Seit seiner Wahl an die Führungsspitze im vergangenen Herbst hatte Andropow bisher keine Auslandsreise unternommen. Syrien nimmt in der sowjetischen Nahost-Politik immer mehr eine Schlüsselstellung ein. Seiten 2, 8

Urteile in Leningrad

DW. Leningrad

Zwei sowjetische Bürgerrechtler sind in Leningrad wegen „Hochverrats und staatsfeindlicher Aktivitäten" zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt: Waleri Repin, früher Verwalter eines Hilfefonds für politische Häftlinge, wurde zu drei Jahren mit anschließender Verbannung verurteilt. Lew Wolokhonski, einer der Führer der verbotenen Gewerkschaft SMOT, wurde zu fünf Jahren Gefängnis und vier Jahren anschließender Verbannung verurteilt.

Europawahlen

UL. Brüssel

Die zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament werden vom 14. bis 17. Juni 1984 stattfinden. Dieses Datum, das vom Europäischen Parlament vorgeschlagen worden war, fand gestern die Billigung im EG-Ministerrat. Ein einheitliches Wahlrecht solle aber erst zur dritten Direktwahl, 1989, vorgelegt werden.

WIRTSCHAFT

Teilkasko wird teurer

dpa/VWD, Bonn

Die Beiträge für die Autoteilkasko-Versicherung werden voraussichtlich vom 1. Januar 1984 an um bis zu 13 Prozent steigen. Die Erhöhung, die noch vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen genehmigt werden muß, wurde gestern in Bonn vom Verband der Autoversicherer mit einem ungünstigen Schadenverlauf dieser Versicherungsart begründet. 1982 sei in dieser Sparte ein Verlust von 120 Millionen Mark entstanden.

Flugverkehr stagniert

dpa/VWD, Stuttgart

Der Linienflugverkehr auf den elf deutschen Verkehrsflughäfen stagnierte im ersten Quartal 1983. Mit rund 7,8 Millionen Passagieren ging der Personenverkehr, wie die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) in Stuttgart mitteilte, um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück, während der Charterverkehr um 3,3 Prozent zunahm. Im Fracht-Linienverkehr konnte sich das Frachtaufkommen auf dem Vorjahresniveau halten. Bei der Luftpost setzte sich die rückläufige Entwicklung fort.

Gespräch abgelehnt

gba, Bonn

Der Deutsche Beamtenbund (DBB) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) haben ein vom Bundesinnenministerium kurzfristig anberaumtes „Beteiligungsgespräch" am 31. Mai wegen fehlender Zeit zur Vorbereitung abgelehnt. Dabei sollten die beiden Verbände zu den beabsichtigten Absenkungen der Anwärterbezüge, der Teilkürzung einer Zulage im Versorgungsbereich und zur Streichung der Zulage bei Gemeinschaftsverpflegung gehört werden.

Aktien fester

DW. Frankfurt

Die deutschen Aktienmärkte tendierten am Mittwoch fester, am Rentenmarkt gaben die Kurse nach. WELT-Aktienindex 137,9 (137,1), Dollar-Mittelkurs 2,4877 (2,4890). Goldpreis je Feinunze 441,75 (436,80) Dollar.

WETTER

Unbeständig

DW. Essen

Ein umfangreiches Tiefdruckgebiet beeinflußt mit seinem Schlechtwettergebiet weiterhin das Wetter in Deutschland. Tagsüber bewölkt und regnerisch bei Temperaturen zwischen 10 und 14 Grad, in der Nacht Werte zwischen 10 und 6 Grad.

Heute in der WELT

Kohl warnt in Köln vor Nörgelei. Vor brisanter Satzungsänderung

Der Kanzler auf dem CDU-Parteitag: Das Entscheidungszentrum ist Bonn / Für faire Partnerschaft mit der FDP / Als Parteichef mit großer Mehrheit wiedergewählt

M. SCHELL/S. HEYDECK, Köln

Die CDU-Führung will durch eine Änderung der Parteisatzung die Voraussetzung dafür schaffen, daß die CDU schon bei der Europawahl 1984 auch in Bayern kandidieren kann, falls der Parteivorstand dies für richtig hielte. Eine bisher zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU geltende Übereinkunft sieht vor, daß die CDU im politischen Wettbewerb Bayern ausspart und die CSU ihrerseits ihre Kandidaturen auf Bayern beschränkt.

Der Antrag auf Änderung des Parteistatuts wurde vom CDU-Bundesvorstand, also mit ausdrücklicher Billigung von Bundes*kanzler Helmut Kohl, den Dele*gierten des Parteitags in Köln vorgelegt. Darin werden die Modalitäten für eine „gemeinsame Liste für alle Länder (Bundesliste)" festgelegt.

Die CDU-Führung will sich mit diesem Schritt Handlungsspielraum gegenüber der bayerischen Schwesterpartei CSU eröffnen, mit der es in jüngster Zeit aus unterschiedlichen Gründen Spannungen gibt.

Allerdings, so werden die Überlegungen Kohls interpretiert, sei aus heutiger Sicht nicht daran gedacht, 1984 CDU-Kandidaten in Bayern zu benennen. Die CDU will sich lediglich die theoretische Möglichkeit eröffnen. Die CSU ihrerseits hat es so organisiert, daß sie eine Bundesliste schon durch Präsidiumsbeschluß festlegen kann.

Bundeskanzler Helmut Kohl, seit zehn Jahren Vorsitzender der CDU, ist gestern von den 781 Delegierten in Köln mit überwältigender Mehrheit für weitere zwei Jahre im Amt des Parteichefs bestätigt worden. Zuvor hatte er betont, er nehme beide Ämter, das des Bundeskanzlers und das des Parteivorsitzenden „gleichermaßen wichtig".

SEITE 2:
Kanzler-Worte
SEITE 5:
Kohl: Wir lassen das politische Entscheidungszentrum in Bonn

In seinem 90minütigen Grundsatzreferat hatte Kohl am Morgen zur inneren Geschlossenheit aufgefordert und sie gleichzeitig nach dem Wahlsieg vom 6. März davor gewarnt, „Gefühle des Übermuts oder der Arroganz der Macht" aufkommen zu lassen. Angesichts der Machtverhältnisse im Bundestag könne die Regierungsarbeit nur erfolgreich sein „als Gemeinschaftswerk mit unserem Koalitionspartner". Deshalb müsse man sich mit der FDP in fairer Partnerschaft einigen.

Ohne CSU-Chef Franz Josef Strauß beim Namen zu nennen, machte Kohl deutlich, daß das „politische Entscheidungszentrum" der Bundesrepublik in Bonn und nicht in München liege und daß er auch weiter an seiner Richtlinienkompetenz festhalte. Partnerschaft dürfe nicht zu „eigensüchtiger Nörgelei ausarten" *und nicht zu* „Schaukämpfen persönlicher Profilierungsversuche mißbraucht" werden. Das gelte für alle. Kohl: „Wer etwas anderes will, der soll es sagen – und wir werden antworten."

Kohl benutzte seine Rede zu einer harten Abrechnung mit der SPD: Sie sei als Regierungspartei gescheitert, weil sie den Aufgaben nicht gewachsen gewesen sei, habe Zweifel an der Bündnistreue Bonns entstehen lassen und die

● Fortsetzung Seite 8

Washington: Weg zu mehr Stabilität

MX-Programm genehmigt / Reagan: Geeint in der Suche nach Abrüstung

TH. KIELINGER, Washington

Das amerikanische Repräsentantenhaus *hat mit 239* gegen *186* Stimmen für die Weiterentwicklung der Interkontinentalrakete MX votiert. Das Ergebnis stellt einen Triumph für Präsident Reagan und seine Bemühungen dar, den Kongreß für den Bau dieser neuen strategischen Waffe zu gewinnen.

Im Senat sollte die Abstimmung noch am Mittwoch erfolgen. Das Ergebnis ist vorhersehbar – positiv für das Weiße Haus; da bereits das *mehrheitlich* von der *Opposition* beherrschte Repräsentantenhaus grünes Licht für die MX gegeben hat, wird die republikanische Mehrheit im Senat den eigenen Präsidenten auf keinen Fall im Stich lassen.

Die Entscheidung im Kongreß am Dienstagabend setzt zunächst 625 Millionen Dollar frei, die Ende letzten Jahres von den Legislatoren gesperrt worden waren. Damit *können erste* Testflüge *mit der* Rakete gemacht werden, während das Gros der Gelder für Arbeiten an der Härtung jener 8 Minuteman-Silos aufgewendet wird, die der MX später als Stationierungsort dienen sollen.

Mit der MX in ihrem Arsenal würden die USA zum erstenmal *ein den schweren sowjetischen Ra*keten vergleichbares System besitzen. Es ist eine äußerst zielgenaue Interkontinentalwaffe, die mit großer Schubkraft zehn Sprengköpfe unabhängig voneinander auf gehärtete Zielpunkte des Gegners schleudern kann. Sie gilt als „Anti-Silo-Waffe" und vermehrt als solche die Abschreckungsqualität der

SEITE 2:
Schulterschluß

amerikanischen strategischen „Counterforce".

Der Sieg des Präsidenten in der seit langem umstrittenen MX-Debatte ist mit einer Reihe grundlegender Kompromisse zwischen dem Weißen Haus und dem Kongreß erkauft worden. Sie haben dazu geführt, daß heute zwischen der Exekutive und der Legislative ein überparteilicher Konsens *in* der Frage der Modernisierung des amerikanischen strategischen Atomarsenals existiert.

Diesen Geist der Zusammenarbeit lobte Reagan ausdrücklich in seiner Reaktion auf die Abstimmung, als er sagte: „Das überparteiliche Votum schickt ein wichti*ges Signal an die Welt: Die Ameri*kaner sind geeint in der Suche nach dem Schutz für ihre Sicherheit; sie sind geeint in der Suche nach Abrüstung und einer Stärkung des Friedens."

Die von Reagan eingegangenen Kompromisse betreffen Vorschläge, die die Strategiekommission unter Leitung von General Scowcroft vor einem Monat ausgearbeitet hatte. Darüber hinaus greifen sie *Ideen* für den *zukünftigen* Waffenabbau auf, wie sie der republikanische Senator William Cohen (Maine) als erster vorgeschlagen hat:

● Werden die USA jetzt bei der am 8. Juni in Genf neu beginnenden START-Verhandlungsrunde (Verhandlungen über den Abbau strategischer Atomwaffen) ein neues Zählprinzip vorschlagen. Nicht mehr sollen tiefe Einschnitte in die Zahl der Trägerwaffen (launchers) entscheidend sein, wie die US-Unterhändler sie bisher mit der Reduktionsziffer von 850 Raketen auf beiden Seiten angepeilt hatten. Vielmehr will man jetzt ganz auf

■ Fortsetzung Seite 8

Mikrochips für Moskau

Sowjets kaufen „privat" Elektronik in Tokio

SAD, Tokio

Immer häufiger zeigen sich Besatzungen sowjetischer „Aeroflot"-Maschinen und Handelsschiffe als auffällig kaufkräftige Konsumenten in Tokios Stadtteil Akihabara, wo mehr als 400 Geschäfte modernste Elektronikgeräte vom Tischcomputer bis zur HiFi-Anlage zu Niedrigstpreisen anbieten.

Einige dieser Kunden, meldete kürzlich die Tokioter Zeitung „Yomiuri Shimbun", erwerben pro Einkauf Elektronikwaren im Wert von bis zu *50 000 Mark*. Vermutet wird dabei, daß es den Kunden aus der UdSSR nicht um Elektronikgeräte für ihren privaten Gebrauch geht, sondern um die darin verwendeten miniaturisierten Schaltkreise – die Mikrochips.

Ein Beamter des japanischen Handelsministeriums meinte dazu, daß „die Kunden aus der Sowjetunion vermutlich den offiziellen Auftrag haben, diese Geräte für die sowjetische Rüstungsindustrie zu erwerben".

In Japan kursieren inzwischen Berichte, daß eine sowjetische Testrakete aus dem Pazifik aufgefischt worden sei, deren Steuermechanismus mit japanischen Mikrochips bestückt war, obwohl diese vor allem in modernen Tischcomputern verwendeten Schaltkreise zu einem großen Teil unter die Kategorie der „strategischen Produkte" fallen und ihre Ausfuhr in den Ostblock nach der *Cocom-Li*ste verboten ist. Doch aus den in Tokio frei erhältlichen Elektronik-Geräten ausgebaut kommen die Chips dennoch an ihr Ziel.

Jackson: Reagan visiert Gipfel an

AP/AFP/dpa, Washington

Die eigentliche Bedeutung der an die Sowjetunion gerichteten Vorschläge des US-Präsidenten Reagan zur Verringerung der Gefahr eines versehentlich ausgelösten Atomkrieges besteht nach Meinung von Senator Henry Jackson darin, daß sie ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen ermöglichen sollen. Dieser Gipfel sei, so Jackson, auch dann möglich, wenn es zu keinem Fortschritt bei den Genfer Verhandlungen komme.

Reagan hatte die Sowjetunion am Dienstag aufgefordert, seine im April übermittelten Vorschläge sorgfältig zu prüfen und positiv zu beurteilen. Sie *enthielten* die Anregung, neben dem Roten Telefon zwischen Weißem Haus und Kreml eine direkte militärische Nachrichtenverbindung zu schaffen.

USA mahnen europäische Partner

Shultz: Einmischung in innere Angelegenheiten / Positionen vor Williamsburg

PETER GILLIES, Bonn

Eine „Vertrauensbotschaft" für einen neuen Aufschwung soll die Gipfelkonferenz in Williamsburg/USA der Weltwirtschaft vermitteln. Hinter den Bemühungen um einen diplomatischen Gleichklang des Treffens verbergen sich jedoch beträchtliche Nuancen in der wirtschaftspolitischen Beurteilung.

Das wurde gestern in Äußerungen aus Washington und Bonn wiederum deutlich. US-Außenminister George Shultz strich in Washington die amerikanische Haltung zu den Ost-West-Beziehungen heraus und verwahrte sich gegen Einmischung der Partner in „innere Angelegenheiten" der USA. „Niemand will, daß wir in ihre inneren Angelegenheiten eingreifen, aber wie üblich mischt sich jedermann in unsere ein", bemerkte Shultz vor Journalisten.

Gleichwohl vermittelte auch er den Eindruck, daß der Osthandel auf dem Treffen der sieben wichtigsten westlichen Industrienationen – im Gegensatz zu Versailles (1982) – kein beherrschender Streitpunkt sein werde. Das trifft sich mit den Bonner Intentionen.

Die Staats- und Regierungschefs aus den USA, Japan, Frankreich, Italien, Kanada, Großbritannien und der Bundesrepublik wollen in Williamsburg die in den Ländern unterschiedlich stark entwickelten Aufschwungsignale verstärken. Bonner Delegationskreise äußerten sich befriedigt darüber, daß die „Lokomotiv-Theorie" endgültig zu den Akten gelegt sei. Darunter wurde verstanden, daß vergleichsweise stabile Länder (wie die Bundesrepublik) durch kreditfinanzierte Ausgabenprogramme das Wachstum stimulieren sollten, damit sich schwächere anhängen können.

Die Strategie laute jetzt vielmehr: Abbau der Staatsdefizite, um den Zinssenkungsprozeß zu fördern. Hier seien vor allem die Amerikaner wegen ihrer enormen Haushalts-Defizite gefordert, meint man nicht nur in der Bonner Delegation.

Deutliche Zurückhaltung herrscht gegenüber dem Vorstoß des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, ein neues System fester Wechselkurse zu schaffen. US-Finanzminister Regan ließ in Washington erkennen, daß man das Thema auf die internationale Konferenzschiene schieben wolle, ohne sich jedoch festzulegen.

Ein gewichtiges Thema schließlich ist der internationale Protektionismus. Auf der Schiene Washington–Bonn will man eine Verabredung erreichen, um die Märkte stärker zu öffnen, Handelsschranken abzubauen und so vor allem den Entwicklungsländern eine faire Chance zu bieten, ihre Produkte abzusetzen. Hier sind internationale Organisationen (Gatt, IWF, Weltbank) als Schrittmacher einer Liberalisierung des Handels vorgesehen.

Überschattet wird der Gipfel von Williamsburg auch von der Sorge, die Verschuldung in West und Ost könne das internationale Finanzgebäude zusammenstürzen lassen. Aus der Sicht deutscher Banken hat sich das Krisenmanagement trotz ungewöhnlicher Zuspitzung in Fällen wie Brasilien, Mexiko oder Polen alles in allem bewährt.

Ziel der Gespräche in Williamsburg ist es, so interpretiert es Bonn, die Tendenzen zu mehr Wirtschaftswachstum durch politisch verläßliche Rahmenbedingungen zu verstärken, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Bisher sind dafür Zeichen jedoch noch nicht zu erkennen.

Seite 9: Arbeitslosigkeit, Protektionismus und Schuldenkrise sind Hauptthemen

DER KOMMENTAR

Hegemonial

HERBERT KREMP

Es gibt in Köln einen CDU-Parteitag. Die regierende Partei und ihr Kanzler stellen sich dar. In der benachbarten Stadt Dortmund tritt im Rahmen der „Auslandskulturtage" die Sowjetunion auf. Sie stellt sich als Rußland dar, als das Land verwandten Geistes, wahlverwandtschaftlicher Kultur, hoher traditioneller Respektabilität.

Und dort, in Dortmund, machen sowjetische Funktionäre Politik. Eine Politik ihrer Art und ihrer Macht. Die Rede, die der „Präsident der Gesellschaft UdSSR-BRD, Deputierter des Obersten Sowjet der UdSSR", Leonid Samjatin, an die Presse verteilen ließ, ist *eine Erklärung der sowjeti*schen Vorherrschaft über Deutschland. Eine Hegemonial-Rede.

Der Friede, von dem Leonid Samjatin spricht, ist die Pax Sovietica. Die Entspannung, von der Leonid Samjatin spricht, ist die Herrschaftspolitik der Sowjetunion; die Grenzen in Europa, von denen Leonid Samjatin spricht, sind die *Grenzen der Sowjetunion*; die Kultur, von der Leonid Samjatin spricht, ist der Thespiskarren der Sowjet-Macht auf den Wegen Europas; die „nuklearen Raketen", vor denen Leonid Samjatin warnt, sind die amerikanischen, die es noch gar nicht gibt. Über seine Hegemonialwaffen, die SS-20-Raketen, spricht Leonid Samjatin nicht. Aber er *verlangt von uns, daß wir das* sowjetische Monopol anerkennen. Der Sowjet verlangt von uns die Verbeugung vor seinem Gesslerhut.

Das haben wir nicht zu moralisieren. Macht tritt auf, wo sie auftreten kann, und sie verschafft sich dadurch ihre Legitimität. Macht ist da.

Entscheidend ist einzig, ob wir die angemaßte Macht eines anderen über uns anerkennen; ob wir selber glauben, daß 1945 die deutsche Geschichte beendet wurde: die Geschichte der Deutschen in der Bundesrepublik, der Deutschen in der „DDR" und die Geschichte der österreichischen Deutschen; ob wir uns nur noch als Handelsland definieren, mit einer weiten Erdgasleitung in die Vormacht Sowjetunion; ob wir wie die Ministranten vor dem Bischof niederknieen und seinen Ring küssen.

Oder – ob wir selbstbewußt sind, zu unserer Selbstrettung; ob wir wissen gelernt haben, daß unsere „eigentliche" Geschichte, die Geschichte der reformerischen, modernen Deutschen, mit den Befreiungskriegen gegen Napoleon begann. Wir müssen gründlich denken: Wir brauchen uns von den Sowjets, die ihre eigenen und andere Leute unterdrükken, nichts sagen zu lassen. Diese Republik ist frei. Der andere Teil Deutschlands und ganz Osteuropa sind sowjetisch beherrscht.

Das ist die Definition.

Absage Moskaus an Genfer Vorschläge des Westens

Samjatin eröffnete „Auslandskulturtage" in Dortmund

HERBERT KREMP, Dortmund

Die Sowjets benutzten den Auftakt der ihnen gewidmeten „Auslandskulturtage der Stadt Dortmund", um die Genfer Verhandlungen mit dem Sterbezeichen zu versehen. Der „Vorsitzende der Gesellschaft UdSSR–BRD, Abgeordneter des Obersten Sowjet der UdSSR", Leonid Samjatin, erklärte dort, seine Regierung lehne jede Null- oder Zwischenlösung als Grundlage für eine Vereinbarung bei den in Genf laufenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Begrenzung von Mittelstreckenwaffen ab.

Samjatin verbreitete seine politische Nachricht beim 25. Auslandskulturtag, der traditionell in Dortmund stattfindet. Schirmherren der Veranstaltung, die vom 25. Mai bis zum 1. Juni andauert, sind der sowjetische Botschafter, Vladimir Semjonow, und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, der sein Grußwort im Prospekt der Kulturtage mit den markanten Worten beendete: „... dem Menschen dienen – hüben und drüben".

Während der nächsten Tage werden russische Volkstanzensembles, Fallschirmspringer, Folkloregruppen, russische Opern, Schauspiele und Musikauftritte gezeigt. Im Programm ist ein „Beitrag der lutherischen Kirchen in der Sowjetunion zum Frieden" ausgewiesen sowie ein Vortrag über „die baptistische Kirche in der Sowjetunion: Kraftquellen, Gemeindeleben, Friedensdienst".

Samjatin sprach vom „Baum der Freundschaft" zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Dieser Baum sei dank der Entspannung gewachsen. Die Bundesrepublik sei der sowjetische Handelspartner Nummer eins (im Gesamtaußenhandel der Bundesrepublik Deutschland betragen nach dem neuesten Stand die Einfuhren 3 Prozent, die Exporte in die Sowjetunion 2,2 Prozent).

Den Schwerpunkt legte Samjatin auf die „Politik des Friedens", unter der er einen Verzicht auf westliche Nachrüstungen gegenüber den SS-20-Raketen der Sowjetunion in Europa versteht. Es gebe, wie er sagte, heute nichts Wichtigeres als „die Abwendung eines neuen Krieges, als die Zügelung des nuklearen Wettrüstens". Die Stationierung neuer (amerikanischer) Waffen auf europäischem Boden könne „die Situation auf dem Kontinent entstabilisieren".

Energisch trat Samjatin in seiner Rede zum „Kulturtag" für eine „militärisch-strategische Elementargleichung" ein, die er bereits als gegeben betrachtet. Wörtlich: „Auf seiten der NATO gibt es drei kernwaffenbesitzende Mächte: die USA, England und Frankreich; auf seiten des Warschauer Vertrages eine: die Sowjetunion."

Europa brauche keine neuen nuklearen Raketen, „denn ihre Zahl ist hier ausreichend. Ich glaube, Sie werden mir beipflichten, daß es auch keine alten Raketen braucht". *Die Sowjetunion* trete *dafür ein*, Europa überhaupt von Kernwaffen zu befreien – sowohl mittlerer Reichweite als auch von taktischer.

Über die eigene Hochrüstung äußerte sich Samjatin bei der Kulturtagsrede nicht. *Mit Stand April* hatte die Sowjetunion 351 SS-20-Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 5000 Kilometer stationiert, wobei 243 *unmittelbar* gegen West-Europa gerichtet sind.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kanzler-Worte

Von Peter Gillies

Die Bundesregierung hat ihren Sitz in Bonn", so sprach Helmut Kohl zum Parteivolk der CDU, seiner CDU. Der Überraschungseffekt dieser Mitteilung hält sich in Grenzen. Denn auch München liegt in Deutschland.

Der Begriff „Koalition" galt seit gut einem Jahrzehnt als ein Synonym für die intimste Form politischer Gegnerschaft. Kohl, der Unangefochtene, will auch nicht den Anschein dieses alten Grabenkrieges ohne Geländegewinn aufkommen lassen. So waren Bravo-Rufe zu hören, als er vor „eigensüchtiger Nörgelei" warnte.

Die Delegierten des Parteitages haben offenbar auf diese Worte gewartet. Sie gelten der CSU wie der FDP, den Flügeln innerhalb einer Volkspartei gleichermaßen, all jenen zumal, die, auch innerhalb der CDU, den politischen Entscheidungsprozeß auf Nebengleise rangieren wollen.

Der Parteivorsitzende und Bundeskanzler verfügt in seiner Koalition der Mitte über einen seltenen inneren Gleichklang, was politische Kontroversen ausdrücklich einschließt. Den Kanzlerwahl-Verein von einst gibt es nicht mehr. Die Autorität von heute lebt von der Entscheidung, der hoffentlich gefällten, nicht der vertagten.

So nötig die klärenden Worte waren – Kohl wird auch künftig mit drei Parteien leben müssen. Sein gewaltiges Selbstbewußtsein vermag jedoch Widerworte von überall her zu ertragen. Querelen haben dort Grenzen, wo sie die Richtlinienkompetenz berühren könnten.

Für die schwierigen Entscheidungen von morgen reicht es nicht mehr, die Gruppeninteressen lediglich zu synchronisieren. Es muß auch gegen sie entschieden werden. Die Gefahr des Jubels ist die Selbstzufriedenheit. Bei allem Harmoniebedürfnis – das politische Glück ist so flüchtig wie ein Reh. Kohl versteht das und ist vermutlich verstanden worden.

Schulterschluß

Von Thomas Kielinger

Der Kongreß hat es über die Ziellinie geschafft, das MX-Marathon ist an sein vorläufig gutes Ende gelangt: Mit klarer Mehrheit sprachen die Abgeordneten ihr Ja zur Weiterentwicklung dieses wichtigen neuen Systems im strategischen Abschreckungsarsenal der USA.

Erleichtert ist nicht nur das Weiße Haus. Erleichtert sind vor allem die Verbündeten in Europa. Das Ja des Kongresses ist ein Ja zur Führungsverantwortung der Vereinigten Staaten. Unausdenkbar die Folgen, wenn die Entscheidung gegen die MX ausgefallen wäre. Die Führungsmacht der Allianz, die keinen nationalen Willen zur Modernisierung ihres Arsenals aufbrächte, hätte kaum den kollektiven Bündniswillen zur Nachrüstung bei den eurostrategischen Waffen aufrechterhalten können.

Doch die Implikationen der MX-Entscheidung reichen noch weiter. Das amerikanische politische System, dieser eingebaute Dauerkonflikt zwischen der Exekutive und der Legislative, hat sich in einer zentralen Frage der nationalen Sicherheit zu einem Konsens durchgerungen. Wenn es gelingt, ihn auch über die Dienstzeit einer einzelnen Administration hinweg zu retten, wäre das ein kaum zu überschätzender Gewinn an Kontinuität für die amerikanische Politik.

Gerade im Abrüstungsbereich kann das Prinzip parteiübergreifender Gemeinsamkeit die amerikanische Position nur stärken. Hätte man daran in den späten siebziger Jahren in Washington so intensiv gearbeitet wie jetzt – die SALT-Ära hätte nicht so kläglich unterzugehen brauchen.

Die START-Ära begann vor einem Jahr mit einem Fehlstart. Erst jetzt haben sich die Amerikaner auf die Prinzipien der strategischen Abrüstung geeinigt – die Begrenzung nach Sprengköpfen, die Einsprengkopfrakete, etc. Moskau muß auf diese amerikanischen Ideen antworten. Sie stehen auf dem Fundament eines hart erkämpften politischen Kompromisses.

Deutsches Doppelhaus

Von Werner Kahl

Ohne Zeremoniell, jedoch von einem Millionenpublikum im Osten wie im Westen Deutschlands begleitet, hat das Fernsehen des Westdeutschen Rundfunks eine Propagandaleiche bestattet. Was während der informativen „Monitor"-Sendung über den Bildschirm flimmerte, war nichts weniger als das Aufarbeiten eines zehnjährigen gesammelten Schweigens zum Kampf für einen ungeteilten Frieden und die Menschenrechte in Mitteldeutschland.

Die dort zu Wort gekommenen Jenaer Bürger – erst wenige Stunden zuvor mit einem „DDR"-Ausweisungsbann nach West-Berlin abgeschoben – entlarvten die in den siebziger Jahren zwischen Bonn und Ost-Berlin geübte Schweigepraxis als unbrauchbares Instrument vielbeschworener innerdeutscher Nachbarschaftspolitik. Als könnte es ein gutnachbarschaftliches Neben- und Miteinander geben, wenn im deutschen Doppelhaus der eine Bewohner (West) auf Hilferufe aus der anderen Wohnung taub reagiert.

Beschwichtigende Abwiegelung – dies war in den vergangenen Jahren die Bonner Regel und nicht die im Einzelfall verständliche Ausnahme. Jegliche Solidaritätsbekundungen mit den Verfolgten, so hieß es, würden diesen nur schaden. Selbstverständlich gibt es Fälle, bei denen es tunlich erscheint, damit nicht auf den Marktplatz zu gehen. Doch nicht die Ausnahme humanitärer Aktionen ist hier gefragt; vielmehr kommt es auf den Alltag an. Solidarität, die vielen Bekundungen und die Berichterstattung der Medien waren es, die den Jenaer Friedensarbeitern halfen und sie vor weiterer Haft bewahrten.

Darüber ließen die jetzt Ausgewiesenen vor den WDR-Kameras keinen Zweifel aufkommen. Die Solidarität aus dem Westen stärkte, wie der Zuschauer erfuhr, ihre seelischen Kräfte und setzte zugleich die unbarmherzigen Verfolger des Staatssicherheitsdienstes unter Druck. Eine Erfahrung, die – nachdem das ZDF-„Magazin" wegen der Sendung „Hilferufe von drüben" jahrelang angefeindet worden war – nun auch der WDR vermittelt hat.



Wer den Bogen führt, der macht die Musik ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Wiener Melange

Von Carl Gustaf Ströhm

In Wien wurde die neue österreichische Bundesregierung vereidigt – eine Koalition aus Sozialisten und Freiheitlicher Partei, mit Fred Sinowatz als Bundeskanzler und dem FPÖ-Vorsitzenden Norbert Steger als Vizekanzler. Bruno Kreisky, der einer ganzen Ära österreichischer Politik seinen Stempel aufgedrückt hat, ist nur noch Parteivorsitzender und einfacher Parlamentsabgeordneter. Aber auch diese beiden Ämter wird er im Herbst niederlegen.

Eine neue Zeit hat also für Österreich begonnen. Zwar verfügt die neue Regierung über eine breitere Parlamentsmehrheit als die sozialistische Alleinregierung Bruno Kreiskys. Daraus jedoch den Schluß zu ziehen, das Kabinett Sinowatz/Steger sei ebenso stabil oder gar stabiler als die Kreisky-Regierungen, wäre mehr als kühn. Das eigentliche Problem dieser neuen sozialliberalen Koalition von Wien, die nach dem Dahinscheiden der Bonner SPD/FDP-Koalition gewissermaßen antizyklisch aus der Taufe gehoben wurde, liegt gleich in mehreren „Geburtsschwächen".

Schon in den ersten Tagen der Regierungsbildung fällt auf, daß sich hier sehr heterogene Kräfte zusammengefunden haben. Zwar hat ein außerordentlicher Parteitag der SPÖ mit nur 18 Gegenstimmen dem Bündnis der „Roten" mit den „Blauen" seinen Segen gegeben. Aber in der Parteijugend, bei den Jusos, bei den sozialistischen Intellektuellen und überhaupt aus dem linken Flügel – die allesamt in der Ära Kreisky relativ ruhig und einflußlos waren – läßt sich bereits deutliches Murren vernehmen. Hier gilt die SPÖ als weit rechtsstehende Kraft. Von der Tribüne des SPÖ-Parteitages wurde durch einen linken Sprecher sogar behauptet, die Freiheitlichen – also der künftige Koalitionspartner – unterhielten Verbindungen zum Neonazismus. Der Fraktionsvorsitzende der FPÖ im Parlament, Friedrich Peter, mußte unter dem Druck linker Proteste – nicht zuletzt aus den Reihen der Jungsozialisten – seine Kandidatur für das Amt eines dritten Parlamentspräsidenten zurückziehen. Wiederum von der Tribüne des sozialistischen Parteitags war er als Angehöriger einer „SS-Mordeinheit" apostrophiert worden.

Der kleine Koalitionspartner in Wien läßt sich also nur bedingt mit der deutschen Schwesterpartei FDP vergleichen. Es handelt sich hier vielmehr um eine Gruppierung, deren Wurzeln im großdeutschen Bereich liegen. Es ist seltsam, daß die österreichischen Sozialisten – Nachfolger immerhin der Austromarxisten – sich eher bereit fanden, mit den „Blauen" gemeinsame Sache zu machen als mit der christlich-demokratischen Österreichischen Volkspartei.

Aber auch das ist, abgesehen von der politisch-taktischen Überlegung, daß ein kleiner und schwacher Koalitionspartner immer leichter zu handhaben ist als ein großer und starker, aus der österreichischen Geschichte zu verstehen. Als auf dem jüngsten außerordentlichen SPÖ-Parteitag einige junge Genossen die neue Koalition attackierten, weil die FPÖ-Politiker nicht nur zum Teil nationalsozialistisch belastet seien, sondern darüber hinaus – als Großdeutsche – den Begriff der „österreichischen Nation" nicht über die Lippen brächten, stieg Altmeister Bruno Kreisky aufs Podium und erinnerte daran, daß auch die österreichischen Sozialisten eine großdeutsche Vergangenheit hatten. Auch der große sozialistische Ideologe Viktor Adler habe mit dem Begriff von der „österreichischen Nation" nichts anfangen können.

Dennoch – manches deutet darauf hin, daß nun auf österreichische Weise eine ähnliche innenpolitische Entwicklung einsetzen könnte, wie seinerzeit in der Bundesrepublik. Da es in der FPÖ keinen nennenswerten linksliberalen Flügel gibt, der fähig wäre, das Bündnis mit den Sozialisten ideologisch zu rechtfertigen, sind Spannungen auf dem linken Flügel der Sozialisten wie auf dem rechten Flügel der Freiheitlichen durchaus wahrscheinlich. Das aber wiederum könnte zu einem Verschleißprozeß des kleinen Koalitionspartners und bei den Sozialisten wiederum zu weiteren Stimmenverlusten an linke Randgruppen, an Alternative und Grüne führen (die bis jetzt in Österreich – wohl nicht zuletzt dank des immer noch fortwirkenden Kreisky-Effekts – den Einzug ins Parlament nicht geschafft hatten).

Der Plan der Wiener Koalitionsmacher sieht zwar vor, die Freiheitlichen sollten durch Mittelstandspolitik der oppositionellen ÖVP Stimmen wegnehmen, während die SPÖ weiter im sozialen und industriellen Bereich – und in der Finanzpolitik – tonangebend bleiben will. Aber diese Arbeitsteilung kann nur gelingen, wenn wirtschaftlich wesentlich bessere Zeiten kommen und wenn die Regierung Sinowatz/Steger etwas zu verteilen hat. Einstweilen steht aber der neuen Mannschaft ein gigantisches Budget-Defizit ins Haus. Die eigentlichen Konflikte zwischen den Koalitionspartnern könnten also erst bevorstehen – sobald es um künftige Steuern und Belastungen geht. In Wien wurde eine politische „Vernunftehe" geschlossen, aber die wirtschafts- und sozialpolitischen wie die ideologischen Perspektiven lassen bereits künftige Auseinandersetzungen ahnen.



Mit ihm geht eine Ära: Bruno Kreisky FOTO: SVEN SIMON

IM GESPRÄCH Boris Stukalin

Der Papst der Agitation

Von Ladislaus Hory

Die Agitations- und Propaganda-Abteilung des Moskauer ZK hat einen neuen Leiter: Boris Stukalin. Er ist der Mann, der souverän, fast ex cathedra über Wahrheit und propagandistische Dichtung entscheidet. Er ist der Höchstverantwortliche dafür, was in die Öffentlichkeit lanciert und popularisiert werden muß. Seine Hand lenkt die Waffe der Agitation.

Stukalin, 59, ein erfahrener Journalist, leitete bislang das Staatskomitee für die Verlagshäuser, Druckereien und den Buchhandel in der Sowjetunion. Sein Nachfolger heißt dort Boris Paschtuchow, der die Jugendmassenorganisation Komsomol geführt hat. Auch Stukalin verdiente seine Sporen im Komsomol. Er war zwischen 1948 und 1960 Redakteur in der Jugend- und Parteipresse in Woronesch. Als erfolgreicher Administrator wurde er damals nach Moskau geholt und bekam einen Job im Zentralkomitee der Partei. Bis 1966 stand er an der Spitze des Staatlichen Pressekomitees, dann zog er als stellvertretender Chefredakteur in die „Prawda" ein.

1972 verließ er das Blatt, um die Führung des Staatskomitees für Verlagswesen für zwei Jahre zu übernehmen, eine Position im Ministerrang. In 1979 geriet Stukalin in den Fokus einer russisch-amerikanischen Kontroverse, als er, wohl auf höhere Anweisung, verbot, daß sieben in den Vereinigten Staaten publizierte Bücher auf der zweiten Internationalen Buchmesse in Moskau ausgestellt wurden.

Stukalin übernahm seinen neuen Posten von dem stillen, grauen Ewgenij Tjaschelnjikow, der fünf Jahre lang amtiert hatte. Der neue Zar Andropow wollte nun einen energischeren, phantasiereicheren Mann auf diesem Platz. Die Umbesetzung war überfällig, denn die Überzeugungsarbeit der Parteiagitatoren verfing bei der Jugend immer weniger. Kritiker forderten, daß die Propaganda kultivierter, intellektueller gestaltet werden müsse. Besonders die westlichen Ideen und Werte müßten effektiver bekämpft werden. Ein im November 1978 eingesetztes Sonderkomitee und das folgende Parteidekret von Mai 1979 waren nämlich ohne Wirkung geblieben. Selbst Breschnew nahm die Ineffektivität der Sowjetpropaganda im Februar 1981 vor dem 26. Parteikongreß aufs Korn.

Seit dem Ausbruch der polnischen Krise fanden mehrere ideologische Konferenzen in Moskau statt, auf denen beraten wurde, wie man die Sowjetbürger gegen den polnischen Virus immunisieren könne. Hohe KGB-Funktionäre wiesen auf die Gefahr der „ideologischen Subversion aus dem Westen" hin, deren Wirkung sie in breiten Volksschichten zu spüren glaubten. Als besonders anfällig gelten die studierende Jugend und die jüngeren Industriearbeiter!



Aufstieg über den Komsomol: Boris Stukalin FOTO: CAMERA PRESS

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt befaßt sich mit dem Verhältnis Kohl/Strauß:

Dem Regierungschef müßte aus eigenem Interesse daran gelegen sein, die Auffassungen des bayerischen Ministerpräsidenten aus erster Hand zu erfahren, statt sie in den Zeitungen nachzulesen. Jedenfalls darf Kohl nicht den Eindruck aufkommen lassen, er halte Strauß aus Schwäche auf Distanz, oder er überlasse sich gar Rachegelüsten. Es wäre ein Akt politischer Klugheit, wenn Kohl einmal testen würde, ob der CSU-Chef überhaupt an einem dauerhaften Kontakt zur Bonner Regierungszentrale interessiert ist. Vielleicht verfolgt Strauß auch das Ziel, im nächsten Jahr doch noch eine Einladung ins Kabinett zu erhalten, wenn es ihm gelingt, Hans-Dietrich Genscher ins Amt des Bundespräsidenten zu loben. Sollten systematische Störversuche in der Absicht ihrer Urheber liegen, dann werden sie vermutlich andauern, bis die Ursachen dafür behoben sind. Daher fällt es vorerst schwer, in den vielen Pannen und Reibereien der Regierungskoalition lediglich Anfangsschwierigkeiten einer Mannschaft zu sehen, die noch nicht genügend aufeinander eingespielt ist.

Südwest Presse

Die in Ulm herausgegebene Zeitung schreibt zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst:

Wir bleiben dabei: Die Länder haben sich für diese Lohnrunde ein Limit von 2,4 Prozent gesetzt, und wenn der Schlichterspruch darüber hinausgeht, dann werden eben freie Stellen nicht mehr besetzt, so daß die Haushalte insgesamt nicht stärker belastet werden, als es die Finanzminister vorher planten. Angesichts dieser Taktik kommt der Schlichter (und die ÖTV) ins Schwimmen: Geht der Schiedsspruch über die 2,4 Prozent hinaus, riskiert der Schlichter (und die Gewerkschaft) Arbeitsplätze. Die ÖTV wird es kaum für die ganz feine Art halten, wenn der Schlichter in dieser Weise an die Wand gedrückt wird. Aber umgekehrt stehen halt auch die Länder mit dem Rücken an der Wand. Wenn sie den Personalkostenanteil in ihren Haushalten nicht senken, und so die Investitionskraft stärken, dann wird es in Ewigkeit nichts mit dem Aufschwung und es wird nichts mit der Konsolidierung der Haushalte, die ja von jedermann, auch von den Gewerkschaften, gewünscht wird.

The Daily Telegraph

Das Blatt erinnert an die Zustände im sowjetisch okkupierten Afghanistan:

Andropow muß sich inzwischen ziemlich klar darüber geworden sein, daß die Afghanistan-Operation eine gewaltige Fehlkalkulation war. Die zunehmend brutalen sowjetischen Bombenangriffe gegen Zivilisten in und um Herat und im Norden und Westen Kabuls, in denen Hunderte getötet und große Schäden angerichtet wurden, zeigen Anzeichen der Verzweiflung. Der Krieg ist jetzt drei Jahre und fünf Monate alt. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß ein sowjetischer Rückzug irgend etwas außer einer bitter anti-sowjetischen Bevölkerung hinterlassen würde. **(London)**

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung merkt zum bevorstehenden West-Gipfel im amerikanischen Williamsburg an:

Eine Menge Leute, vor allem diejenigen, die es eigentlich besser wissen müßten, scheinen den bevorstehenden Wirtschaftsgipfel in Williamsburg an diesem Wochenende ein wenig gelangweilt zu betrachten ... Ein nettes Kamingeplauder, das mit einer viele Fragen offenlassenden Erklärung von Präsident Reagan endet, in der er vielleicht verkündet, daß die Staatsmänner gleichermaßen zur wirtschaftlichen Erholung wie zum Kampf gegen die Inflation entschlossen sind, wäre ein mögliches Ergebnis. Eine andere Möglichkeit wäre, daß die Gespräche von streitverheißenden wirtschaftspolitischen Fragen abgleiten und sich beispielsweise der Verteidigung zuwenden könnten, wo Präsident Reagan und Präsident Mitterrand die gleiche Sprache sprechen. Jedes dieser Ergebnisse wäre weniger als ausreichend.

Clausewitz und die Friedenschancen im Nahen Osten

Wenn Syriens Assad richtig rechnet, muß er sich für den Abzug aus Libanon entscheiden / Von Rafael Seligmann

Der Realitätswert vieler gegenwärtig gehandelter Spekulationen, ob es im Nahen Osten zu einem neuen Waffengang kommen könnte und, wenn ja, wie er verlaufen würde, der Wirklichkeitsgehalt also solcher Spekulationen würde sich erheblich verbessern, wenn das Verhältnis von politischer Intention und militärischen Gegebenheiten nach den Kriterien des Carl von Clausewitz beurteilt würde. „So wird also der politische Zweck als das ursprüngliche Motiv des Krieges das Maß sein, sowohl für das Ziel, welches durch den kriegerischen Akt erreicht werden muß, als für die Anforderungen, die erforderlich sind", hatte der preußische General und Philosoph geschrieben.

Legt man diese Meßlatte auf das gegenwärtige Geschehen im Nahen Osten an, so reduzieren sich die Möglichkeiten eines Kriegsausbruchs wie auch die Art eines zu führenden Konflikts auf wenige Varianten. Zunächst: Die PLO ist von den Israelis im vergangenen Jahr als militärischer Faktor ausgeschaltet worden; kriegsentscheidendes Gewicht hatte sie ohnehin nie besessen. Seit der Zerschlagung ihrer militärischen Infrastruktur fehlt ihr auch die Möglichkeit, einen großangelegten Waffengang Israels zu provozieren. Damit verringert sich auch die Option des sowjetischen Protektors der PLO für einen indirekten Eingriff. Bleibt also die Möglichkeit eines Krieges zwischen Israel und Syrien. Vieles scheint auf den ersten Blick dafür zu sprechen. Seit der Gründung des jüdischen Staates befindet sich dieser in einem von Damaskus initiierten Kriegszustand. Vom Suez-Krieg (1956) abgesehen, fochten Syrien und Israel in jedem Nahost-Krieg erbittert gegeneinander. Die Demarkationslinie zwischen beiden Staaten galt lange als die „heißeste Front" im Nahost-Konflikt. Syrien hat nun durch die hohen Verluste, die seine Luft- und Panzerwaffe während des jüngsten Waffengangs in Libanon hatten hinnehmen müssen, erheblich an Prestige in der arabischen Welt, vor allem bei den Radikalen, eingebüßt. Ebenso hat die alawitische Militärdiktatur im eigenen Land, auch im Offizierskorps, an Ansehen verloren.

Nun hat Moskau die Arsenale Damaskus' wieder aufgefüllt, mehr noch, die syrische Armee besitzt mehr moderne Waffen als je zuvor; durch neue Rekrutierungen hat ihr Mannschaftsstand eine neue Rekordhöhe erreicht. Sowjetische Soldaten hatten zudem mit Hilfe moderner Luftabwehrraketen ein dichtes Abwehrnetz um die syrische Hauptstadt gespannt. Was liegt also für Assad näher, so fragen viele, als durch eine Offensive seiner Armee, unter dem Luftschirm Moskaus, die israelischen Streitkräfte in einen verlustreichen Kampf zu verwickeln, um so sein abbröckelndes Prestige zu festigen? Dadurch könnte er weiterhin in der Lage bleiben, eine dominierende Rolle in Libanon zu spielen. Die Antwort lautet: Vorsicht. Hafez el Assad regiert Syrien seit 14 Jahren, eine einmalige Leistung im zuvor von zahllosen Umstürzen geschüttelten Land. Alle Gesprächspartner des syrischen Präsidenten, so auch Henry Kissinger, bestätigen dessen Schlauheit und Umsicht. Assad, ein erfahrener Luftwaffen-Offizier, weiß, daß ein Großteil seiner Rekruten noch ungenügend ausgebildet ist, daß viele der neuen Waffen noch nicht ausreichend absorbiert sind. Ein erheblicher Teil der Armee kann überdies noch nicht eingesetzt werden, weil er zum Schutz des unpopulären Baath-Regimes Gewehr bei Fuß gehalten werden muß. Der Luftabwehrgürtel erfüllt in erster Linie defensive Funktionen. Die syrische Armee beherrscht darüber hinaus den Kampf mit verbundenen Waffensystemen ebenso wie alle arabischen Streitkräfte nur mangelhaft; sie ist daher eher für eine defensive als für eine offensive Kriegsführung geeignet. Um einen Krieg, der seinen politischen Zielen dienlich ist, herbeizuführen, müßte Assad Israel zu einem Angriff provozieren. Die Methode liegt auf der Hand: Eröffnung eines lang anhaltenden Abnützungskrieges.

Jerusalem kann sich einen derartigen Kampf nicht leisten, der letzte Krieg war und bleibt der umstrittenste Waffengang in Israels Annalen. Die Menschen und die Regierung im jüdischen Staat sind nicht bereit, täglich neue Blutverluste zu tolerieren – Israels Armee müßte folglich eine schnelle Entscheidung durch eine offensive Kriegsführung erzwingen – ihre eigentliche Stärke. Dies aber würde für Assad eine tödliche Gefahr bedeuten. Die syrischen Divisionen würden von Israels Streitkräften in die Zange zwischen Bekaa und Golan genommen werden. Das sowjetische Luftverteidigungssystem würde seine entscheidende Schwäche offenbaren: Es liegt notwendigerweise zu nahe an der Front. Und die israelischen Positionen sind nur rund 30 Kilometer von Damaskus entfernt, das bedeutet, die Artillerie Jerusalems könnte die Raketenbatterien um die syrische Hauptstadt ausschalten. Damaskus läge wie auf dem Präsentierteller vor Israels Heer und Luftwaffe – es wäre das Ende des Baath-Regimes.

Dies alles weiß Assad, im Gegensatz zu vielen „Experten". Er taktiert daher wie stets seit dem Yom-Kippur-Krieg (1973): Durch Drohungen signalisiert er Jerusalem, vor allem aber Washington, seinen Stellenwert. Ein Rückzug aus Libanon, so gibt er zu verstehen, kostet seinen Preis, wenn möglich die Räumung der Golan-Höhen durch Israel. Eine kluge, relativ risikolose Realpolitik, die zudem die Abhängigkeit Damaskus' von Moskau in Grenzen hält.





Immer, wenn die Bundesbahn die Stillegung einer Bahnstrecke erwägt, gibt es flammende Proteste der lokalen Politiker. Obwohl die bisher betroffenen Bürger mit der Umstellung auf den Busbetrieb zufrieden sind, wollen Gemeinden und Kreise auf ihre Bahn nicht verzichten. Sie befürchten, eine Benachteiligung des ländlichen Raumes. Heute entscheidet der Verwaltungsrat der Bahn über die Zukunft von zehn Streckenabschnitten.


Weg vom Gleis, heißt die Devise der Bundesbahn für unrentable Strecken im Personenverkehr. FOTO: KARSTEN de RIESE

Endstation Pleite, es wartet der Bus

Von HANS-J. MAHNKE

Leicht verlegen gestand die Dame aus Rennerod im Westerwald ihre Inkompetenz. Ob die Verkehrsbedienung nun besser geworden sei oder nicht, seit vor zwei Jahren die Bundesbahn ihren Betrieb zwischen Westerburg und Rennerod von der Schiene auf den Bus umgestellt hat, wisse sie nicht. „Ich fahre Auto."

Rückzug der Bahn aus dem ländlichen Raum? „Ja, davon hatten die Politiker gesprochen", meinte sie. „Aber die haben doch hier alle ein Auto." Mit dem Zug, wenn der überhaupt gefahren ist, habe es doch zu lange gedauert.

Auch die Heimleiterin des „Bahnhofs" Rennerod, der in das Ski- und Wanderheim „Hoher Westerwald" umgebaut wurde, klagt nicht. Sie sei vor kurzem einmal mit dem Bus gefahren, der sei auch fast leer gewesen, nicht anders als früher zum Ende einer Strecke bei der Bahn. Geändert habe sich also nichts? „Vielleicht für die älteren Menschen."

Ähnlich mutmaßt der Bahnhofsvorsteher in Westerburg. Aber er korrigiert sich gleich wieder. Eigentlich sei es für sie doch bequemer geworden. Die Bahnhöfe lägen doch am Ortsrand, während die Busse durch die Stadt führen und auch Dörfer anliefen, die nicht am Schienenstrang hängen. „Für die Schüler gelte dies erst recht.

Überhaupt: Von Schülern und älteren Menschen scheint im Westerwaldkreis allein die Rede zu sein, wenn vom öffentlichen Personenverkehr gesprochen wird. Für die Bahn rechnet sich das nicht. Als sie 1978 mit der Planung für die Umstellung der 17 Kilometer langen Strecke zwischen Westerburg und Rennerod begann, machte sie folgende Bilanz auf: Kostenminderungen im Schienenverkehr 310 000 Mark, Mehrkosten für die Verkehrsbedienung auf der Straße 146 000 Mark, betriebswirtschaftlicher Erfolg 164 000 Mark.

Trotzdem hagelte es Proteste aus allen Parteien. Die geplante Umstellung führe zu einer weiteren Benachteiligung des ländlichen Raumes und der strukturschwachen Gebiete des Westerwaldkreises, die Fahrwege und die Fahrtzeiten würden länger, was sich auf die Fahrpreise auswirken müsse, hieß es in der Entschließung. Schließlich wurde die Gefahr beschworen, daß längerfristig auch der Güterverkehr leiden könnte.

Nur: Von einer Übernahme oder Beteiligung an den Kosten war nicht die Rede. Wenn überdies „93 Prozent der Protestler" mit dem Auto fahren, dann können sie von der Bahn nicht besonders ernst genommen werden. In der Tat: Der Anteil der Bundesbahn am gesamten Personenverkehr ist auf 6,8 Prozent gesunken, vor 20 Jahren waren es noch mehr als doppelt soviel. Heute gibt es in der Bundesrepublik 25 Millionen Pkw, rund zehnmal soviel wie vor 30 Jahren. Während dieser Zeit, so das DB-Vorstandsmitglied Hemjö Klein, könne „die Bahn ganze 13 Kilometer Neubaustrecken aufweisen, denen 136 000 Kilometer neue Straßen im gleichen Zeitraum gegenüberstehen".

„Diese Pkw und auch die 70 000 Busse sind weit überwiegend die Verkehrsmittel der sogenannten Fläche, welche durch ein sehr differenziertes Streuverkehrsaufkommen geprägt ist", erläuterte Hans Wiedemann, Produktionschef der DB, während er in den Ballungs- und Verdichtungsräumen den Platz für die Massenverkehrsmittel sieht. Ohne S- und U-Bahnen würden Hamburg und München ersticken, ergänzt DB-Chef Reiner Gohlke.

In weiten Bereichen ist die Bahn heute in der Situation der Postkutsche des 19. Jahrhunderts, die sie damals verdrängt hat. Jetzt kommt sie gegen das Auto nicht an. Auch im Westerwaldkreis, dort ist die Pkw-Dichte wie in vielen ländlichen Räumen überdurchschnittlich hoch.

Die Bahn holt jetzt das nach, was alle Bundesländer spätestens vor zehn Jahren gemacht haben, nämlich die Strecken, für die sie selber die finanzielle Verantwortung trägt, auf Busbedienung umzustellen, wenn dies die wirtschaftlich sinnvolle Lösung war. „Dies hat dieselben Länder jedoch nie daran gehindert, zusammen mit politischen und gewerkschaftlichen Mandatsträgern die DB-Führung schärfstens zu kritisieren, weil diese genau dasselbe in ihrer Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler tat und auch weiterhin tun muß", moniert Produktionschef Wiedemann.

Wer die Musik bestellt, muß auch zahlen, gilt bei der Bahn nicht. Bürgermeister und Landräte kämpfen um jede Strecke. Aufkommen muß dafür die Bahn und damit letztlich der Bund.

Ein Personenzug mit vier Wagen kostet pro Kilometer die Bahn 24 Mark, beim Bus sind es 2,50 bis drei Mark. Dieses liegt vor allem daran, daß die Bahn im Gegensatz zur Straße für ihr Schienennetz selber aufkommen muß; ganz gleich, ob jemand mitfährt, sie trägt das Risiko. Daher kann die Bahn ihren Busbetrieb auch kostendeckend betreiben. Zu jeder Mark, die von der Bahn im Schienenpersonennahverkehr einfährt, muß sie drei Mark zuschießen. Der Kostendeckungsgrad liegt eben nur bei 28 Prozent.

Im öffentlichen Personennahverkehr kommt die Bahn insgesamt auf ein Defizit von 4,5 Milliarden Mark. Als Ausgleich erhält sie dafür aus der Bundeskasse zwar 3,3 Milliarden Mark. Aber das hilft ihr wenig. Da die Bundeszuschüsse auf rund 13,5 Milliarden Mark eingefroren sind, fehlt das Geld an anderer Stelle.

Das Thema Streckenumstellung bleibt auf der Tagesordnung, auch auf der heutigen Sitzung des Verwaltungsrats. Dort soll über zehn Strecken entschieden werden, auf 126 Kilometern geht es um die Umstellung des Personenverkehrs auf den Bus, während der Güterverkehr weiter rollen soll; 48 km sollen total stillgelegt werden. Seit 1950 wurden insgesamt 7207 Kilometer auf Busbetrieb umgestellt, davon wurde auf 5816 Kilometern der Güterverkehr beibehalten.

Der größte Teil entfiel dabei auf die Zeit vor dem Januar 1976, als der damalige Bahn-Vorstand sein betriebswirtschaftlich optimales Netz vorlegte, das eine Halbierung vorsah. Angesichts der Proteste und des bevorstehenden Wahlkampfes pfiff der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt seinen Verkehrsminister Kurt Gscheidle zurück. Das Projekt versandete. Mehr noch: Streckenstillegungen wurden so politisiert, daß kaum noch etwas geschah, obwohl damals bereits klar war, daß es so bei der Bahn nicht weitergehen konnte, daß sie so nicht mehr finanzierbar ist.

Handlungsfähig, obwohl verantwortlich, ist der Bahn-Vorstand immer noch nicht. Will er eine Strecke stillegen oder umstellen, dann muß er zunächst das betroffene Land und den Kreis anhören. Bleibt der Vorstand bei seiner Absicht, dann muß der Verwaltungsrat, bei dem die Majorität für das, was beschlossen wird, finanziell nicht aufkommen muß, entscheiden. Lehnt dieser den Antrag ab, dann muß die Bahn fahren. Stimmt er zu, dann muß der Bundesverkehrsminister dies noch genehmigen. Sagt er nein, dann bekommt die Bahn wenigstens einen finanziellen Ausgleich. 25 Millionen waren dies im vergangenen Jahr – aus übergeordneten Gesichtspunkten, Insider meinen, wegen mangelndem politischen Mut zur Stillegung.

So fährt die Bahn immer noch auf 28 000 Kilometern. Davon sind 40 Prozent elektrifiziert. Diese bringen jedoch 85 Prozent der Einnahmen.

Der Bahnhofsvorsteher in Westerburg glaubt daher, daß der Personenverkehr wohl bald auch auf der Strecke nach Montabaur eingestellt wird, da die Strecke nicht elektrifiziert ist. Zunächst bekommt er jedoch weniger zu tun. Mit der Fahrplanumstellung am kommenden Sonntag werden einige Züge – keine Strecken – eingestellt, die bisher nur wenig benutzt wurden. Werktags streicht die Bahn 2900 Züge, 2,4 Prozent ihres Angebots. Damit ist die dreijährige Aktion „Stopp die Geisterzüge" vorerst abgeschlossen. Insgesamt wurde die Zahl der Züge um 9000 auf rund 120 000 werktags reduziert. In der Hälfte der Fälle wurde, weil nur rund 30 Personen fuhren, die Bedienung auf Busse umgestellt, in anderen fuhr er bereits parallel zur Bahn. Ganz wenige Verbindungen wurden ganz aufgegeben, „weil sich selbst ein Taxi-Betrieb nicht lohnte", wie ein Eisenbahner meinte. Der Produktionschef Hans Wiedemann hält es für „erwiesen, daß sich der Personenverkehr nur lohnt, wenn werktags 2000 Leute fahren".

Im Westerwald und anderswo geht es heute in erster Linie um den Erhalt des Güterverkehrs, um damit Arbeitsplätze zu sichern. Eine Strecke nur mit Güterverkehr läßt sich für die Bahn leichter unterhalten, die Sicherheitsvorschriften sind wegen der geringeren Geschwindigkeit nicht so scharf, und es wird weniger Personal benötigt. Es muß weniger in den reinen Erhalt investiert werden. Denn dafür fehlt es der Bahn an Geld.

So mußte im April die Strecke Kempten–Isny stillgelegt werden, weil zwei Brücken im Winter so gelitten hatten, daß sie nicht mehr sicher waren. Aus „unternehmerischer Sicht" hält die Bahn die notwendigen Investitionen von acht Millionen für unvertretbar.

Bahn-Chef Gohlke weiß, daß die Streckenstillegung die Bahn nicht saniert. Er möchte jedoch das knappe Geld dort ausgeben, wo es Nutzen bringt. Sein Absatzstratege Klein ergänzt: „DB – das heißt nicht nur ‚Die Bahn', sondern auch ‚Der Bus'." Dies wollen sie vermitteln – den Bürgern, auch den Politikern. Ein Rückzug aus der Fläche sei das nicht, sondern eine Umstellung auf das moderne Transportmittel.

Hin auf die Straße mit Bussen, lautet die Alternative der Bahn. FOTO: DPA

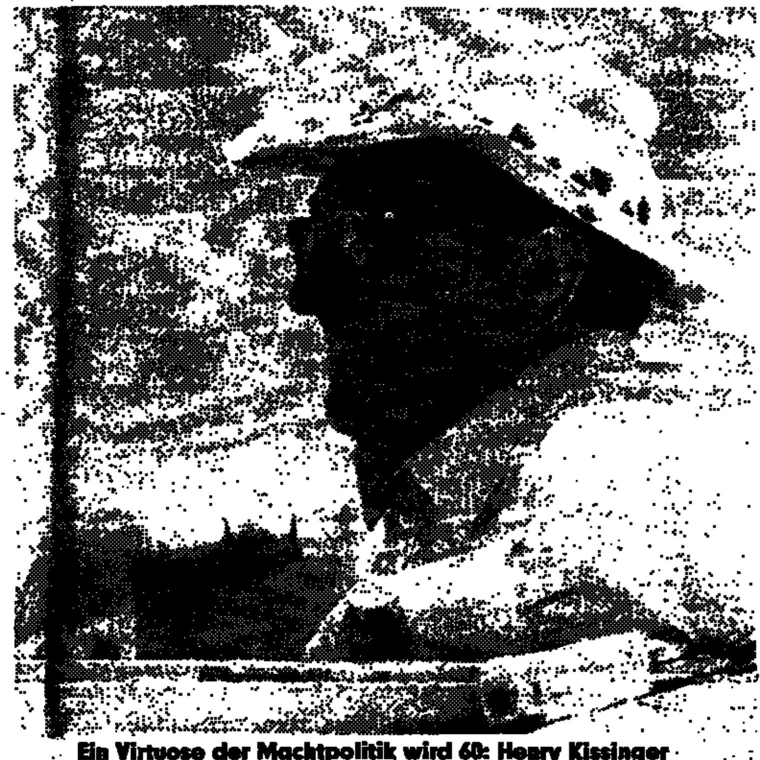
Am Pult der Weltpolitik fehlt Seine Exzellenz, der Dirigent

Von HEINZ BARTH

Als er, nach über vier Jahren als Nixons Sicherheitsberater, endlich sein Ziel erreicht hatte und Außenminister geworden war, wurde Henry Kissinger von den Reportern gefragt, wie sie ihn künftig anreden sollten. „Ich lege keinen Wert auf Protokoll", intonierte er mit seinem vollrunden Bariton. „Nennt mich schlicht Exzellenz."

Die Pressehengste wieherten. Er hatte längst gelernt, daß sie ihm aus der Hand fraßen, wenn er an sie generöse Portionen von Selbstironie und Koketterie mit seiner monumentalen Geltungssucht verfütterte. So gut abgerichtet war das nach Prominentenblut dürstende Pressekorps Washingtons seit der Herrschaft der Kennedys nicht mehr gewesen. Die Piranhas, die Nixon zu Tode nibbelten, schwammen friedfertig wie Goldfische im Kissinger-Aquarium. Selbst als er ihr Wohlwollen durch die Kambodscha-Invasion und die Weihnachts-Bomben von 1972 überstrapaziert hatte, war in die wütenden Attacken gegen ihn eine Menge enttäuschter Zuneigung verpackt. Es herrschte Übereinstimmung, daß nicht alles an der Nixon-Administration schlecht sein konnte, wenn „Dear Henry" ihre Außenpolitik dirigierte.

Und wie er sie dirigierte! Als das Watergate-Debakel über die Präsidenten-Equipe hereinbrach, die ihn nie ganz akzeptiert hatte, wurde er zur alleinigen Verkörperung des Restes von Ansehen, das Amerika noch verblieben war. Er war die letzte Rechtfertigung einer zugrunde gerichteten Präsidentschaft. Ein Schutzschild für Nixon, der nicht mehr wußte, ob er mit Stolz oder Argwohn auf Kissingers phänomenalen Publicity-Erfolg reagieren sollte. Es hatte Phasen der Verstimmung gegeben. Aber je hoffnungsloser die Situation des Präsidenten wurde, um so undenkbarer wurde es für ihn, sich von Kissinger zu trennen.


Ein Virtuose der Machtpolitik wird 60: Henry Kissinger FOTO: CAMERAPIX

Das alles liegt nun, da Kissinger morgen seinen 60. Geburtstag feiert, schon ein Jahrzehnt zurück. Der Staatsmann von globalen Ambitionen, der Virtuose der Shuttle-Diplomatie, der Super-Agent, der mit seinen geheimen Missionen in Paris, Peking und Moskau die wachsamsten Reporter der Branche genußreich hinters Licht führte, ist schon lange nicht mehr auf dem Hochseil der Macht zu bestaunen. Er hat sich – vielleicht für immer – aus der weltpolitischen Manege verabschiedet, als er 1980 auf dem republikanischen Parteikonvent in Detroit einen späten und allzu durchsichtigen Versuch unternahm, Gerald Ford bei Ronald Reagan als eine Art Co-Präsidenten durchzuboxen.

Doch selbst heute noch verbindet Bewunderer und Kritiker, über die er beide in rauhen Mengen verfügt, das vage Gefühl, daß Amerika etwas fehlt, daß die amerikanische Außenpolitik ein Waisenkind geworden ist, seit sie der Professor Kissinger nicht mehr am tolpatschigen Händchen führt. Zwischen seinem Abstieg vom Hochseil und dem „Elder Statesman" von heute liegen zwei imposante Erinnerungsbände, die ihn als Memoirenschreiber in eine Reihe mit Churchill und de Gaulle stellen, liegt auch eine Herzkranz-Operation, die er vor der Presse verspottete: „Die haben entdeckt, daß ich ein Herz habe."

Nicht zu zählen sind die Symposien, denen seine Teilnahme Prestige verlieh, und die mit fünfstelligen Honoraren tapezierten Vortragspulte, von denen aus er seine politischen Aphorismen verstreute. Das letzte, was man von ihm hörte, war sein Stockholmer Plädoyer für die Vergabe des Fußball-Championats an die USA – eine von vornherein aussichtlose Mission, nur zu erklären mit seinem Fußball-Hobby, das er als 15jähriger Fan mit in die Emigration genommen hatte. Diese für einen Intellektuellen ungewöhnliche Passion verließ ihn nie. Noch als Außenminister mußte ihm die deutsche Botschaft jeden Montag die Resultate der Bundesliga ins State Department liefern.

Tatsächlich schien Fußball das einzige zu sein, was ihn noch mit seinen frühen Jahren in Fürth verband. Die drängenden Fragen nach den Verfolgungen, denen er in der Schule ausgesetzt sein sollte, schob er immer, fast widerwillig, von sich. Es mag etwas daran sein, wenn er sagt, er sei zu jung gewesen, als daß die Erlebnisse von damals Spuren bei ihm hinterlassen konnten. Aber der feste Entschluß, sich von der Vergangenheit ganz zu lösen und sie unter lebenslanger Anästhesie zu halten, war auch dabei. Trotz seines deutschen Akzents und seiner europäischen Atmosphäre fühlte er amerikanischer als die meisten Amerikaner.

Wir können den Amateur-Psychologen nicht beipflichten, die an ihm neurotische Züge, eine Belastung aus der Kinderzeit, entdeckt zu haben glaubten. Sein Mentor, Fritz Kraemer, der als erster seinen brillanten Verstand entdeckte und ihm die Wege bei der Besatzungsarmee in Deutschland ebnete, hält ihn für eine komplexe Natur, die zu spontanen Reaktionen unfähig ist. Es ist nicht eigentlich Kälte, was ihm von den vielen vorgeworfen wird, die ihm vergeblich nahezukommen suchten. Es ist eine Art von eingebautem Isolier-Mechanismus, der mit celebraler Präzision fortgesetzt zu allem kühne Distanz bewahrt, was mit ihm in Berührung kommt.

Von einem Charakter, der seine märchenhafte Karriere aus solchen Elementen konstruierte, wäre es lächerlich, zu erwarten, daß zu viel menschliche Wärme an sie verschwendet wurde. Daß Henry ein Agnostiker geworden war, hat seine streng orthodoxen Eltern in der Seele geschmerzt, obwohl er sein Judentum nie verleugnete und eine viel zu hohe Meinung von sich hatte, um je etwas anderes sein zu wollen, als er wirklich ist.

Gewiß geht es bei einer Laufbahn wie dieser nicht ohne Blessuren ab – besonders, weil ihr Beginn so tief angesetzt war. Bei den akademischen Snobs von Harvard kam er nie richtig an. Ihm fehlte die feine neuenglische Herablassung. Noch als er sich längst wissenschaftlich durchgesetzt hatte, sagten sie ihm deutsche Schwerfälligkeit und Mangel an silbergestempeltem angelsächsischem Humor nach. Sie fanden, er sei kein rechter Gelehrter, sondern eher ein Mann für den öffentlichen Dienst.

Das war denn auch der Weg, den er ging, als Nixon ihn rief. Im Weißen Haus geriet er schnell in die Mühle zwischen der strammen Nixon-Mafia und dem liberalen Georgetown-Set, bei dem er als Tafelschmuck bei Dinnerpartys hoch begehrt war. Mißtrauen umgab ihn auf allen Seiten. Die harten Vietnam-Entscheidungen, in denen er den Präsidenten bestärkt hatte, versperrten später seine Rückkehr nach Harvard. Die Selbstgerechtigkeit seiner ehemaligen Kollegen vergab ihm nichts – auch als nicht mehr zu bestreiten war, wieviel er zur Beendigung des Vietnamkrieges beigetragen hatte.

Es war die Zeit, in der er sich von allen verfolgt wähnte, von der Nixon-Kamarilla, vom State Department, von der Harvard-Fakultät, von der Presse, von jedem. Es war aber auch die Zeit, in der er mit Ausdauer an den Stuhlbeinen des bedauernswerten Bill Rogers sägte, seines Rivalen im Außenministerium, bis dieser ausgelaugt den Platz räumte. In den Kissinger-Memoiren ist nachzulesen, wie sehr er es genoß, hinter dem Rücken des Gegners außenpolitische Sensationen zu schaffen, von denen Rogers keine Ahnung hatte.

Es hat Kissinger nie geniert, seine überentwickelte Geltungssucht, mit der er seine angeborene Unsicherheit kompensierte, der Öffentlichkeit wie eine liebenswerte Schwäche vorzuführen. Er legte sich die publikumswirksame Rolle eines ausgepichten Playboys zu. Doch die Starlets, mit denen er sich in den schicken Lokalen sehen ließ, gingen rasch und meist spurlos durch seine Hände. Zum Ladykiller fehlte ihm fast alles, außer dem Publicity-Faktor.

Geltungssucht und Machtinstinkt steigerten sich in ihm gegenseitig auf den Sprossen des Erfolgs. Sein amerikanischer Patriotismus hinderte ihn nicht, Außenpolitik total unamerikanisch zu betreiben. Für die Kartoffelbrei-Demokraten im Kongreß, die ihm dabei in die Quere kamen, hatte er nur Geringschätzung. Ideologie und Weltverbesserung waren ihm nur Hindernisse für die große Aufgabe, die Welt sicherer für den Frieden zu machen. Es war unausweichlich, daß er die Nähe der Macht suchte. Er saß lieber mit Breschnew auf dem Hochsitz bei der Wildschwein-Jagd oder philosophierte mit Chou En-lai bis tief in die Nacht, statt sich mit dem hehren Geschwafel von Senatoren auseinanderzusetzen, die nicht einmal die Grundregeln der Machtpolitik begriffen.

Von Instinkt für Macht ist der Instinkt für Qualität nicht zu trennen. Keiner von Kissingers Vorgängern als Außenminister, alle 60 in Amerika geboren, hätte es vermocht, dieses meisterliche Kurzporträt de Gaulles zu zeichnen: „Er strahlte Autorität aus. Seine Präsenz bei diesem Empfang war so überwältigend, daß er der Mittelpunkt war, wo immer er stand. Man hatte das Gefühl, wenn er zum Fenster ging, würde der Schwerpunkt des Raumes mit ihm wandern und alle Anwesenden in den Garten kippen."

Doch nicht nur der Stil, auch die Erfolgsbilanz der Außenpolitik, die er im Einverständnis mit Nixon gestaltet hatte, machen Henry Kissinger zu einer einmaligen Erscheinung der amerikanischen Diplomatie. Es war ihm gelungen, die Sowjets im Nahen Osten zu überspielen und Ägypten auf die Seite des Westens zu ziehen. Die Überwindung der Isolierung Chinas hatte ein neues weltpolitisches Gleichgewicht hervorgebracht, das von Moskau akzeptiert werden mußte. Die Spannungen mit Frankreich waren überwunden. Die militärische Präsenz der USA in Europa stieß im Kongreß nicht mehr auf Widerstand.

Doch was als seine größte Leistung galt, die Liquidierung des Vietnamkrieges, warf die längsten Schatten. Es war ein Frieden, der den Nobelpreis nicht verdient hatte, den er später zurückgab. Saigon blieb einem Feind ausgeliefert, von dem klar war, daß er sein Wort nicht halten würde. Es ging nur um die „Anstandspflicht", wie er sagte, die nach dem Abzug verstreichen sollte, um das Gesicht zu wahren, bis die Verbündeten das unaufhaltsame Schicksal ereilte. Watergate ist keine Entschuldigung, daß es so kam, wie es kommen mußte.

Streit um Übergangsbezüge von Biedenkopf

CDU-Landeschef Bernhard Worms: Begriffe wie „Ablösesumme" und „Abfindung" treffen in keiner Weise zu

WILM HERLYN, Köln

Die Wahlen zum Vorstand und Präsidium wurden auf dem Bundesparteitag der CDU in Köln durch nicht verstummende Gerüchte belastet, die das ohnehin gespannte Verhältnis des rheinischen und des westfälisch-lippischen Landesverbandes weiter verschlechtern. Diese Gerüchte wollten wissen, daß der Westfalen-Chef Kurt Biedenkopf, der erst kürzlich dem Rheinländer Bernhard Worms in der Kampfabstimmung um die Spitzenkandidatur in NRW unterlag und darauf auch den Stuhl als Vorsitzender der Oppositionsfraktion im Düsseldorfer Landtag für Worms frei machte, massive materielle und immaterielle Forderungen an die Fraktion nach jedem freiwilligen Verzicht gestellt habe. Westfälische Delegierte lasten nun ihren rheinischen Kollegen an, sie hätten diese irreführenden Meldungen über Pfingsten lanciert, um Biedenkopf „endgültig zu demontieren".

In der Tat, so war in Düsseldorf wie gestern in Köln zu hören, gibt es keinen „Forderungskatalog" Biedenkopfs, sondern lediglich einen Brief, der in der Anlage mögliche Denkmodelle anbietet. In diesem Positionspapier soll die Rede davon sein, daß ein vorzeitig und freiwillig ausgeschiedener Fraktionsvorsitzender Übergangsbezüge beanspruchen könne. Als Modell dafür könne das sogenannte „Minister-Gesetz" herangezogen werden, nach dem ausgeschiedenen Ministern in Nordrhein-Westfalen Übergangsgelder für maximal drei Jahre zustehen.

Dabei gilt die Regel: für die ersten drei Monate das volle Gehalt, die nächsten 33 Monate das halbe Gehalt. Da die Fraktionsvorsitzenden im Düsseldorfer Landtag wie Landesminister (17 250 Mark) besoldet werden – allerdings nicht aus der Staats-, sondern aus der Fraktionskasse, um der Diätenentscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1978 Rechnung zu tragen – erhielte Biedenkopf danach Bezüge von insgesamt 232 000 Mark.

Nach einer weiteren Rechnung soll Biedenkopf auch ein Büro, eine Schreibkraft, einen persönlichen Referenten und Dienstwagen mit Chauffeur geltend gemacht haben. Drei Büroräume wurden in der Zwischenzeit schon im ehemaligen Innenministerium nahe des Landtages für diesen Zweck geräumt. Hochgerechnet entspräche eine solche Regelung etwa 400 000 Mark, die aus der Fraktionskasse gezahlt werden müßten.

Angesichts der Verdienste Kurt Biedenkopfs scheint eine derartige Übereinkunft durchaus im Rahmen des Normalen zu liegen. Die mit großen Emotionen geführte Dikussion um das Für und Wider verstieg sich gar in Vergleiche zu Ablösesummen hochbezahlter Fußballspieler aus der Bundesliga, wenn diese ihren Verein wechseln.

Worms machte sehr deutlich, daß derartige Begriffe wie „Ablösesumme" und „Abfindung" in keiner Weise zutreffen könnten. Allerdings vermißten vor allem die Westfalen eine energische Klarstellung von Worms schon dazu am Montagabend, als er in der Sendung „Ich stelle mich" dazu befragt wurde. Erst am folgenden Tag stellte Worms ausdrücklich fest: „Es gibt keine Forderungen, und es gibt auch keine Vereinbarungen zwischen Kurt Biedenkopf und mir."

In Köln wurde auch deutlich, daß Biedenkopf jede Regelung akeptieren wird, die der Fraktionsvorstand ihm vorschlagen werde. Worms will in spätestens drei Wochen ein Lösungsmodell erarbeiten und sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Biedenkopf, der die Gerüchte und Meldungen sehr erregt aufgenommen hat, erklärte nach Ohrenzeugen in einer geschlossenen Sitzung der westfälischen Union, man könne über ihn politisch und demokratisch entscheiden, aber niemand habe das Recht, ihm Geldgier vorzuwerfen.

Albrecht gegen erneute Verschiebung

FDP will sich auf Termin für Rentenanpassung aber noch nicht festlegen

HEINZ HECK/DW. Bonn

Nach Vertretern der CDU-Sozialausschüsse hat sich jetzt auch der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) gegen eine erneute Verschiebung der Rentenanpassung ausgesprochen. Es sei „kein Zustand", daß jedes Jahr erneut darüber diskutiert werde, ob die Renten erhöht werden oder nicht, erklärte Albrecht gestern in Hannover. Die älteren Mitbürger hätten einen Anspruch darauf, daß ihre Rente verläßlich finanziert sei.

Demgegenüber beharrte der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Dieter Julius Cronenberg darauf, im jetzigen Stadium der Beratungen auch die neuerliche Verschiebung der Rentenanpassung 1984 zumindest nicht auszuschließen. „Die Verschiebung des Anpassungstermins der Renten beruht auf einer Vereinbarung der Koalitionsparteien, die nicht zuletzt auf Wunsch des Bundesfinanzministers zustande kam", erklärte Cronenberg gestern im Pressedienst der Fraktion. Ein Verzicht „auf dieses unbestritten wirksame Instrument" zur Konsolidierung der Rentenfinanzen sei dann nicht ausgeschlossen, wenn in der Koalition mittel- und langfristig wirkende Entlastungsmaßnahmen vereinbart würden.

Cronenberg reagierte damit auf Äußerungen des CDU-Politikers Heimo George, der die FDP am Vortag davor gewarnt hatte, „eine Entscheidung in Richtung Verschiebung erzwingen zu wollen". Dies dürfte, so George, „für den Koalitionspartner FDP äußerst brisant und für die weitere Arbeit der Koalition nicht ungefährlich sein".

Den Befürwortern der Verschiebung in der FDP hatte George vorgeworfen, sie bezweckten „letztlich eine Reduzierung des Rentenniveaus". Für die Union dagegen ist „eine zusätzliche Verschiebung rechnerisch und politisch unnötig"; sie werde nicht nur von der Unionsfraktion, sondern auch von der ganzen Fachwelt abgelehnt.

Das Thema wird nicht nur heute den Kölner CDU-Parteitag beschäftigen, sondern am 6. Juni auch die von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler geleitete Parteikommission „Soziale Sicherheit". Entgegen anderslautenden Meldungen haben die für diese Sitzung erarbeiteten Papiere keine konkreten Beitragssätze zum Inhalt. Es geht vielmehr darum, wie die in den nächsten Jahrzehnten zu erwartenden Lasten vor allem aus der demographischen Entwicklung (der Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung wächst) „solidarisch" auf Aktive und Rentner verteilt werden können.

Weitere Themen sind die durch Verfassungsgerichtsurteil geforderte Gleichstellung von Mann und Frau in der Altersversorgung sowie die Anerkennung von Familienleistungen (die zum Beispiel in der Anrechnung von Kindererziehungsjahren konkretisiert wird).

Strauß nach Gespräch mit Ceausescu optimistisch

CSU-Chef in Rumänien wie ein Staatsgast empfangen

MANFRED SCHELL, Bonn

Für die drängenden Probleme zwischen Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere im Hinblick auf die künftige Aussiedlung von Deutschen, zeichnen sich nach den politischen Gesprächen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in Bukarest Lösungen ab. Danach ist in erster Linie eine Übereinkunft in Sicht, die eine Verlängerung des am 30. Juni 1983 auslaufenden Abkommens über die Aussiedlung von Deutschen vorsieht. Danach soll das Abkommen um weitere fünf Jahre verlängert werden mit der Maßgabe, daß – wie bisher – jährlich 11 000 Deutsche ausreisen können. Im Gegenzug wird Bonn eine Pauschalsumme zahlen, die bei etwa 8000 bis 10 000 Mark pro Aussiedler liegen dürfte. Bisher lag dieser Betrag bei 5000 Mark.

Die humanitären Probleme, die seit geraumer Zeit das deutsch-rumänische Verhältnis besonders belasten, standen im Mittelpunkt der insgesamt viereinhalbstündigen Begegnung zwischen Strauß und dem rumänischen Staats- und Parteichef Ceausescu, der seinen Gast in seiner Sommerresidenz in Snagov, rund 30 Kilometer außerhalb der Hauptstadt, empfing. Strauß wurde in Rumänien wie ein Staatsgast behandelt; zu seiner Begrüßung auf dem Flughafen Bukarest war Außenminister Stefan Andrei gekommen. Der CSU-Vorsitzende wohnte in einem Gästehaus der Regierung.

Zuerst humanitäre Fragen

Das lange Gespräch mit Ceausescu fand in kleinstem Kreis statt: Neben einem Dolmetscher war nur noch der Außenminister zugegen. Ceausescu eröffnete den Teil des Gesprächs, bei dem es um humanitäre Fragen ging, mit der Erklärung, Rumänien wäre es am liebsten, wenn die Deutschen, die hauptsächlich in Siebenbürgen und im Banat leben, im Land bleiben würden.

Ceausescu sprach von loyalen, überaus fleißigen Bürgern des Staates. Wenn aber die Ausreise beantragt und genehmigt werde, müsse der rumänische Staat die ihm entstandenen Ausbildungskosten zurückfordern. Damit sprach Ceausescu konkret das Auswanderungsdekret vom 6. November 1982 an, nach dem auch deutsche Aussiedler als „Rückerstattung" für Ausbildungskosten vorab zwischen 7000 und 100 000 Mark in Devisen zahlen müssen.

Strauß erwiderte, er verstehe zwar die Argumentation der Rumänen, aber Bukarest müsse sich seinerseits die Frage stellen, warum die Deutschen, denen man eine gewisse kulturelle Eigenständigkeit zugestehe, so stark an der Aussiedlung interessiert seien? Rumänien sollte diese Motive überprüfen und ihnen Rechnung tragen. Minderheiten müßten unter normalen Bedingungen leben können.

Wunsch nach Kredit

Um eine kontinuierliche Fortsetzung des Aussiedlungsabkommens zu sichern, schlug Strauß Ceausescu vor, die von Rumänien in diesem Zusammenhang angeschnittenen „flankierenden Maßnahmen" abzukoppeln. In Erwartung eines gewissen Entgegenkommens von Bonn aber sollte Rumänien auf die Anwendung des Auswanderungsdekrets auf Deutsche verzichten.

Konzessionen dieser Art hat Rumänien auch gegenüber Personen gemacht, die in die USA auswandern wollen. Dafür hat Washington wirtschaftliche Unterstützung, wozu auch die Weitergewährung der Meistbegünstigungsklausel gehört, zugesagt.

Diese „flankierenden Maßnahmen", von denen Rumänien spricht, bedürfen freilich noch der Klärung in Bonn. Strauß sprach von „gewissen Hürden". Bukarest, das wurde bei der Begegnung zwischen Strauß und Ceausescu deutlich, wünscht von Bonn einen Kreditrahmen bis zu einer Milliarde Mark mit entsprechenden Zinssubventionen.

Die Erfüllung dieses Wunsches dürfte das größte Problem sein, wobei die Rumänen indirekt darauf verweisen, daß Bonn Polen gegenüber sehr großzügig gewesen sei. Die Rumänen formulieren es umgekehrt: Bukarest sollte nicht schlechter gestellt werden als andere Länder.

Ein anderer Wunsch, den Rumänien hat, dürfte schon in Kürze erfüllt werden. Strauß stellte gegenüber Ceausescu die Unterzeichnung des Umschuldungsabkommens für die Verpflichtungen Rumäniens im Westen in Aussicht. Um seine Kreditfähigkeit zu belegen, hat Rumänien auch in wirtschaftlich sehr schwieriger Situation immer seine Zinsen gezahlt, war aber nicht zu Tilgungsleistungen in der Lage.

Kohl: Wir lassen das politische Entscheidungszentrum in Bonn

Von MANFRED SCHELL

Helmut Kohl ist seinen Ratgebern gefolgt und hat zum Auftakt des 31. CDU-Bundesparteitages in den Kölner Messehallen ein klärendes Wort zum Verhältnis zur bayerischen Schwesterpartei CSU und zur Machtverteilung in einer Koalitionsregierung gesagt. Franz Josef Strauß muß es in den Ohren geklungen haben. Er kommt zwar erst heute nach Köln, um vor den 781 Delegierten zu sprechen, aber er war der Adressat des Kanzlers.

Partnerschaft, so meinte Kohl in eher begütigendem Ton, „darf nicht in eigensüchtige Nörgelei ausarten. Sie darf nicht zu Schaukämpfen persönlicher Profilierungsversuche mißbraucht werden, die zudem von den eigenen Leuten gar nicht mitgetragen werden." Kohls Mahnung, die gelte für CDU, CSU und FDP, ging halb im Applaus und in Bravo-Rufen unter. Der Kanzler, der sich über die Reibereien und den Nervenkrieg zwischen FDP und CSU ärgert und seine Autorität tangiert sieht, machte auch deutlich, daß er die Richtlinien der Politik bestimmt. „Die Bundesregierung hat ihren Sitz in Bonn. Das weiß jeder in der Union. Wir lassen die Kirche im Dorf und das politische Entscheidungszentrum der Republik in Bonn."

CDU in der CSU-Domäne?

Abweichend vom gedruckten Redetext fügte Kohl noch an: „Wer etwas anderes will, der soll es sagen und wir werden antworten." Es kann kein Zufall sein, daß die Delegierten zu diesem Zeitpunkt einen zunächst recht harmlos erscheinenden Antrag der CDU-Führung auf eine Änderung des Parteistatuts vorliegen hatten, der das Ziel verfolgt, bei der nächsten Europawahl 1984 eine „Bundesliste" auflegen zu können, die, wenn der Vorstand es so will, Bayern einschließen kann. Würde diese Absicht tatsächlich realisiert, wofür zunächst nichts spricht, wäre es das erste Mal, daß die CDU in Bayern, der Domäne der CSU, auftritt. Kohl weiß, daß diese Statutenänderung erhebliche Brisanz enthält. Aber ihm kommt es offensichtlich vorrangig darauf an, Handlungsspielraum gegenüber der CSU zu schaffen.

Der Kanzler taucht die Delegierten in Köln in ein Wechselbad. Er spricht von Stolz und Freude über die errungene Regierungsmacht. Der Parteitag teilt mit ihm dieses Glücksgefühl. Vorne, auf der Ehrentribüne, sitzt Kurt Georg Kiesinger: Der letzte CDU-Parteitag in Regierungsverantwortung fand vor fast 15 Jahren in Berlin statt. Heute ist die CDU wieder Regierungspartei. Vielen wurde gestern Dank gesagt, für treues Verhalten und dafür, daß sie den von Kohl in Oppositionszeiten so oft geforderten, nicht selten geringschätzig belächelten „langen Atem" gehabt haben.

Nach dem Dank kommt die Mahnung, keine Gefühle des Übermuts oder der Arroganz der Macht aufkommen zu lassen und der Appell an die drei Koalitionsparteien, Regierungsarbeit „als Gemeinschaftswerk" zu begreifen. Kohl trifft die Stimmungslage in der Union ziemlich exakt, als er sagte, die Mitglieder von CDU und CSU und die Wähler „von Flensburg bis Rosenheim" hätten kein Verständnis dafür, wenn der Wahlsieg vom 6. März „im kleinlichen Streit um Begriffe und Positionen" verspielt würde.

Kohl spricht in seiner durchweg verhaltenen, eher dem Charakter eines Sachvortrags entsprechenden Parteitagsrede zweimal von der „Wende". Einmal, als er das „volle Risiko" beschreibt, das die Union und er persönlich mit den vorgezogenen Neuwahlen am 6. März eingegangen seien, um die „Wende" einzuleiten. Dann sieht er diese Vokabel eher als Ärgernis. Es sei ein „überflüssiger Streit, ob die CDU/CSU/FDP-Regierung eine Außenpolitik der Kontinuität verfolgt oder eine Wende vollzieht". Verbindliche Grundlagen seien seine Regierungserklärungen. Der Kanzler pocht auf seine Richtlinienkompetenz.

Aber gerade auf diesem Feld, der Außenpolitik, verlaufen die Konfliktlinien zwischen CSU und FDP, zwischen Strauß und Genscher. Der CSU-Vorsitzende mahnt, immer energischer, die „Wende" an und – das sagt er nicht öffentlich – er hält Genscher für den falschen Mann auf diesem Posten. Umgekehrt weiß Genscher, was Strauß von ihm hält. Er kennt die Argumentation des CSU-Vorsitzenden, der meint, es sei ein Fehler, daß die FDP seit nunmehr 1969 die Außenpolitik „monopolartig" in den Händen halte. Strauß hält es im Interesse der Bundesrepublik Deutschland auch für falsch, daß mit Genscher ein Mann das Amt des Außenministers bekleidet, der nach seiner Auffassung „in und mit seiner Partei" ums politische Überleben kämpft. Nicht nur einmal hat Strauß kritisch angemerkt, ihn störe, daß Genscher seine außenpolitischen Aktivitäten zu sehr unter dem Gesichtspunkt der potentiellen „Medienträchtigkeit" plane. Unabhängig von dieser Kritik gibt es zwischen Strauß und Genscher einen offenen Dissens in der Mittelamerika- und in der Südafrikapolitik. Darüber soll nun gemeinsam mit Kohl am 1. Juni gesprochen werden. Mit Kohl, das hat Strauß wiederholt gesagt, habe er keine Probleme. Hier klappt die Kommunikation.

Keine Richtungskämpfe

Der Kanzler hat in seiner gestrigen Rede aber auch deutliche Signale an die Kreml-Führung gesandt, mit der er am 4. Juli zusammentreffen wird. Sie soll sich keine Hoffnungen über eine Akzentverschiebung Bonns in der Frage der Nachrüstung machen. „Ich werde in Moskau nicht als Vermittler und nicht als Dolmetscher auftreten. Ich werde die Gespräche in enger Abstimmung mit unseren Freunden führen", sagte Kohl. Das war zugleich eine Ohrfeige für Helmut Schmidt, seinen Amtsvorgänger, der sich solche Rollen zuschreiben ließ.

Der CDU-Parteitag in Köln ist, wenn man von der Spannung des Auftrittes von Strauß einmal absieht, ohne Konfliktstoff. Die CDU ist angesichts der Scharmützel zwischen CSU und FDP die intakte Regierungspartei. Die Erinnerung an den großen Wahlsieg ist noch frisch. Es gibt weder Richtungskämpfe noch Personaldiskussionen. Durch eine geschickte Regie hat es Kohl vermocht, selbst Kampfabstimmungen bei der Besetzung der Präsidiumsplätze zu vermeiden. Es gibt nur so viele Bewerber wie Sitze zur Verfügung stehen. Es gibt einzelne CDU-Politiker, Generalsekretär Geißler gehört dazu, die befürchten, die CDU könnte ihre Spontaneität und Sensibilität verlieren. Ob sie Gehör finden werden, ist ungewiß. Jetzt sieht es eher danach aus, als ob sich die CDU auf Helmut Kohl, den Kanzler, verläßt. So, wie sie es bei Konrad Adenauer getan hat.

Abbau von Mißtrauen durch mehr Transparenz?

Symposium für Abrüstungsexperten auf Schloß Gracht

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundesregierung hat ihre Bemühungen intensiviert, möglichst viele Länder mit den Prinzipien vertraut zu machen, die zu umfassender Abrüstung führen können. Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher begrüßte gestern in Bonn die Teilnehmer eines international besetzten Symposiums über „vertrauensbildende Maßnahmen" als Teil eines weltweiten Entspannungsdialogs. Die etwa sechzig unabhängigen Fachleute und Wissenschaftler kommen aus allen Kontinenten, aus den Industrieländern wie auch aus der Dritten Welt.

Bei einem Abendessen sagte Genscher, vertrauensbildende Maßnahmen allein könnten Interessenskonflikte und ideologische Gegensätze nicht lösen, aber helfen, Gegensätze und Spannungen zu mildern und das Ausbrechen von bewaffneten Konflikten zu verhindern. Wie er weiter sagte, war es besonders die Bonner Regierung, die in den Vereinten Nationen auf die Entwicklung eines Dialogs über die Möglichkeiten von vertrauensbildenden Maßnahmen als Teil der Rüstungskontrolle gedrungen hatte. Ein Ausschuß der Vereinten Nationen arbeitet gegenwärtig an einem Katalog von denkbaren Prinzipien; und ebenfalls auf Betreiben der Bundesregierung ist es jetzt zu dem internationalen Symposium gekommen. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt lud dazu auf der 2. Sonderversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung im vergangenen Jahr in New York ein.

Die auf Schloß Gracht in Erftstadt bei Bonn versammelten Experten wollen in mehreren Arbeitsgruppen innerhalb von zwei Tagen bestimmte Aspekte vertrauensbildender Maßnahmen untersuchen, so die Frage, inwieweit Offenheit und Transparenz militärischer Daten zum Abbau von Mißtrauen beitragen kann, oder die Beschneidung militärischer Offensivfähigkeiten, sowie schließlich inwieweit derartige Maßnahmen helfen können, bestimmte Krisenregionen auf der Welt zu beruhigen. Teilnehmer der Konferenz äußerten sich in ersten Stellungnahmen skeptisch über denkbare Ergebnisse eines derartigen Meinungsaustauschs. Besonders der sowjetische Vertreter ließ erkennen, daß aus seiner Sicht nicht Moskau, sondern der Westen die Schuld trage am von ihm sogenannten Rüstungswettlauf. Professor Bogdanow, der Vertreter von Arbetow im Moskauer Amerika-Institut, erklärte der Konferenz, sein Land sei selbst zu „aufsehenerregenden Vorschlägen" zur Abrüstung bereit.

In den das Symposium vorbereitenden Papieren fielen besonders Vorschläge des Leiters des norwegischen Instituts für internationale Beziehungen, Johan Holst, auf. Das frühere Mitglied der Regierung in Oslo bedauerte das Fehlen zuverlässiger offener Daten über die sowjetischen Rüstungsanstrengungen, wie sie zum Beispiel die USA jährlich in ihrem Bericht des Verteidigungsministers über den Zustand ihrer Streitkräfte veröffentlichen. Darin werde zuverlässig nicht nur über Rüstungsabsichten berichtet, sondern auch über die Zielsetzung der amerikanischen Militärstrategie. Damit die westliche Öffentlichkeit ähnlich zuverlässige Einsichten in die sowjetischen Absichten erhalte, regte Holst die Einrichtung eines „Ständigen Seminars über Strategie" zwischen den beiden Supermächten an. Zur weiteren Offenlegung militärischer Daten in Europa empfahl der Norweger ein Rüstungs-Jahrbuch, in dem alle Teilnehmerstaaten der Helsinki-Schlußakte ihre Verteidigungsaufwendungen spezifizieren können.

Saß Flüchtling in beschossenem Flugzeug?

AP/dpa, Hof/Hamburg

Der 43jährige Pilot Friedemann Späth hat möglicherweise am Pfingstsamstag nördlich von Hof an der Saale einen Flüchtling aus der „DDR" abgeholt und mit einem Sportflugzeug in den Westen gebracht. Beim Rückflug war die Maschine von drei „DDR"-Hubschraubern verfolgt und beschossen worden. Die Staatsanwaltschaft in Hof bestätigte gestern, daß derzeit nach Späth in mehreren Orten gesucht wird. Es stehe fest, daß Späth allein in die „DDR" geflogen sei und sich dort eine Stunde aufgehalten habe.

Friedemann Späth ist bei den Behörden kein Unbekannter. 1969 wurde er wegen eines riskanten Flugmanövers, das den Tod eines Kindes zur Folge hatte, zu einer 18monatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Im Jahr darauf setzte er sich mit einem gestohlenen Flugzeug in die „DDR" ab. Dort wurde er wegen „Fliegens ohne Lizenz und Grenzverletzungen" erneut zu einer Haftstrafe verurteilt. Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik versuchte Späth 1978 ein Kind aus der „DDR" herauszuschmuggeln. Er wurde daraufhin in Kassel erneut verurteilt.

Ermittlungen gegen AL-Abgeordnete

F. D. Berlin

Die Staatsanwaltschaft beim Berliner Landgericht hat jetzt die Ermittlungen gegen die AL-Abgeordnete Rita Kantemir aufgenommen. Die 43jährige Parlamentarierin steht unter dem Verdacht der Begünstigung einer Straftat. Wie von der WELT berichtet, soll sie Akten entgegengenommen haben, die von zwei AL-Mitgliedern aus den Büroräumen des Berliner CDU-Abgeordneten Karl-Heinz Schmitz im Februar dieses Jahres entwendet worden waren.

Die Abgeordnete wollte bisher zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen nicht Stellung nehmen. Auf Beschluß ihrer Fraktion muß sie jetzt ihre Arbeit in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß niederlegen, der Vorgänge bei der Berliner Ausländerbehörde aufklären soll, in die auch Schmitz verwickelt sein soll.

„Bayernkurier" kritisiert Engelhard

rtr, München

Die CSU-Parteizeitung „Bayernkurier" hat Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) vorgeworfen, mit einem von CDU und CSU abgelehnten Entwurf zur Änderung des Demonstrationsstrafrechts Koalitionsvereinbarungen unterlaufen zu haben. Als „besonders arglistig" müsse angesehen werden, wie der Minister es durch seine „unbrauchbare Vorlage" so gut wie unmöglich mache, das Demonstrationsstrafrecht bis zu möglicherweise gewaltsamen Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß im Herbst zu ändern, hieß es in der jüngsten Ausgabe der Zeitung.

Engelhard und sein zuständiger SPD-Abteilungsleiter hätten sich als „wendeunfähig" erwiesen und setzten „sich stocktaub stellend, auf ‚Kontinuität'". Der Entwurf, gegen den CSU-Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann „die Notbremse" gezogen habe, sei „nichts anderes als eine blanke Fortschreibung von FDP-Positionen", hieß es in dem Artikel.

Marokkanische Soldaten schützen Regierung in Äquatorial-Guinea

Putsch vereitelt / Spaniens Außenminister flog in die Ex-Kolonie / Moskau sucht Einfluß

ROLF GÖRTZ, Madrid

Hals über Kopf flog Spaniens Außenminister Fernando Morán für knapp 24 Stunden nach Bioko (früher Fernando Poo), der zu Äquatorial-Guinea gehörenden Hauptinsel. Ein äquatorianischer Feldwebel der Armee war in die spanische Botschaft in der Inselhauptstadt Malobo geflüchtet und bat dort um Asyl. Er gehörte einer Verschwörergruppe an, die am 10. Mai den Staatschef Oberstleutnant Obiang stürzen und ermorden wollte.

Morán stimmte der Auslieferung des Feldwebels zu, nachdem ihm zugesagt worden war, daß er nicht zum Tode verurteilt wird. Madrid sorgt sich aber um die ungefähr 300 Spanier, die auf der westafrikanischen Insel leben. Offensichtlich zu deren Schutz machte der 10 000-Tonnen-Truppentransporter „Aragon" seeklar und lief mit einer Kompanie Marineinfanterie aus zu einer Übung, wie das Verteidigungsministerium mitteilt. Der bewaffnete Transporter liegt zur Zeit in einem Hafen der Kanarischen Inseln.

Spaniens Außenminister wollte vor allem erfahren, wer in Äquatorial-Guinea revoltierte und welchen Standort die ehemals spanische Kolonie zwischen den Interessenten Spanien, Frankreich (für das frankophone Afrika) und der Sowjetunion einnimmt. Bis zum Sturz des Diktators Macias im Jahre 1979 waren sowjetische Militärberater praktisch die Herren des zu jener Zeit völlig heruntergekommenen Landes. Moran traf zu einem Gespräch mit Regierungschef Obiang zusammen und überreichte ihm eine Botschaft von Ministerpräsident Gonzales. Sie besagt: „Wir werden an unserer Hilfestellung für die Entwicklung des Landes festhalten."

Äquatorial-Guinea ist seit 1968 ein selbständiger Staat und zählt etwa 370 000 Einwohner. Die meisten von ihnen leben auf dem Festland, das von Gabun und Kamerun umgeben ist. Nach wie vor zeigt die Sowjetunion großes Interesse. Ohne sich um die Bevölkerung zu kümmern, ließ sie seinerzeit den brutalen Diktator Macias gewähren, der ihr dafür die Insel Bioko praktisch überließ. Moskau begann allerdings, junge Leute in der Sowjetunion und Kuba zu Offizieren auszubilden in der sicheren



Staatschef Obiang Nguema Mbasogo FOTO: DPA

Annahme, daß diese eines Tages in ihrem Land einen kommunistischen Satellitenstaat errichtet würden. Der Selbstmord des sowjetischen Militärattachés nach dem Sturz Macias durch den von Spanien gestützten Oberstleutnant Obiang ist geeignet, diese These zu stützen. Auf Bioko unterhielten die Sowjets einen Stützpunkt mit einem großen Schwimmdock. Der Flughafen von Malabo ist inzwischen für jeden Zivilverkehr gesperrt worden.

Wie die WELT erfährt, zogen die Sowjets nach 1979 nur einen Teil ihrer Besatzung ab. Nach wie vor soll sich zum Beispiel nicht weit von San Carlos in der Nähe der Hauptstraße der Insel in einer ehemals spanischen Hazienda ein Ausbildungslager befinden, in dem vor allem Angehörige der Ostblockstaaten für ihren Einsatz in Afrika vorbereitet werden. Im sowjetischen Atlantik-Konzept soll Bioko eines Tages wieder seine Rolle als „Rückendeckung" für den Seestützpunkt in Luanda (Angola) voll übernehmen.

Der in Madrid gehegte Verdacht, daß die Sowjets die früheren Gegebenheiten wiederherstellen wollen, wird aus der Tatsache genährt, daß der in die spanische Botschaft geflüchtete Feldwebel nach seiner Grundausbildung in Spanien ebenfalls einen Speziallehrgang in Moskau absolvierte.

Seit dem Sturz der Diktatur 1979 pumpte Spanien mehrfach bedeutende Mittel – offenbar à fonds perdu – in seine ehemalige Kolonie. Nach wie vor liegen jedenfalls die Hauptwirtschaftszweige des Landes brach; dies betrifft den Export von Kakao, Kaffee und Holz.

Die Opposition, die sich unter den gelockerten Verhältnissen bilden konnte, reichte bis in den engsten Offizierskreis um den Clan des jungen Staatschefs. In Madrid berichteten Guineaner von hundert Verhafteten. Unter ihnen sollen auch die Botschafter des Landes bei der UNO und bei der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) sein, wie Madrider Zeitungen berichten. Den wirksamsten Schutz des Staatspräsidenten und seiner Regierung stellt indessen eine Einheit marokkanischer Soldaten. Angesichts der strategischen Bedeutung der Insel für die friedliche Entwicklung Westafrikas entsandte König Hassan von Marokko diese Truppe. Die Maßnahme fand offensichtlich die Unterstützung Spaniens – und anderer westlicher Länder. (SAD)

Polarisflotte soll Teil der Nukleardebatte sein

Labour rückt vom Wahlmanifest ab / Risse in der Partei

FRITZ WIRTH, London

Die Nuklearfrage ist über Nacht zum Zentralthema des britischen Wahlkampfs geworden. Im Laufe dieser Debatte sind innerhalb der Labour-Führung deutliche Spannungen und Meinungsunterschiede über die Rolle Großbritanniens als unabhängiger Nuklearmacht und die Zukunft der britischen Polarisflotte sichtbar geworden.

Besonders Parteichef Michael Foot, seit über 20 Jahren ein überzeugter Anti-Nuklear-Feldzügler, steht plötzlich mit dem Rücken an der Wand und ist unter starken Druck aus der eigenen Partei geraten, das resolute einseitige nukleare Abrüstungskonzept seiner Partei, wie es im Wahlmanifest Labours festgelegt ist, zu ändern.

Die Konservative Partei und die sozialliberale Allianz haben die interne Krise Labours in der Verteidigungspolitik entschlossen genutzt und sind in die Offensive gegangen.

Ursprünglich war das Verteidigungskonzept Labours am Beginn dieses Wahlkampfs klar. Die Partei hatte sich, besonders unter dem Druck des linken Flügels, darauf festgelegt, daß Großbritannien innerhalb der fünfjährigen Amtszeit einer Labourregierung nuklearfrei sein solle. Das bedeutet: ein Veto gegen die Stationierung von Marsch-Flugkörpern, Auflösung aller amerikanischen Nuklearbasen in Großbritannien, Abschaffung der britischen Polarisflotte und ein Veto gegen die von den Konservativen geplante Umrüstung der Polarisflotte auf das amerikanische Tridentsystem. Zugleich wollte Labour die britische Polarisflotte in die gegenwärtigen Genfer Abrüstungsverhandlungen mit einbringen.

Im Laufe des Wahlkampfs stellte sich heraus, daß Teile dieses Verteidigungskonzepts der Labour Party beim Wähler in hohem Maße unpopulär sind. So ergab eine Meinungsumfrage, daß 72 Prozent der Briten gegen die Verschrottung der Polarisflotte und damit gegen das Ende der britischen Rolle als unabhängiger Nuklearmacht sind. Die Gegner der Labour Party hatten mit Erfolg den Mangel an Realitätssinn im Nuklearkonzept Labours bloßgestellt, das auf der Hoffnung basiert, von den Sowjets Konzession für eine Polarisflotte abzuhandeln, von der sie ohnehin sagt, daß sie in fünf Jahren verschrottet werden solle.

Es war der ehemalige Labour-Verteidigungsminister Denis Healey der öffentlich erste Korrekturen an diesem Konzept vornahm. Er stellte plötzlich die fünfjährige Überlebensfrist der Polarisflotte in Frage und erklärte öffentlich: „Sollten die Sowjets in den Nuklearverhandlungen nicht zu hinreichenden Konzessionen bereit sein, so ergibt sich damit für die Zukunft der Polarisflotte eine neue Situation."

Totale Verwirrung

Die Verwirrung über das Verteidigungskonzept Labours war nun so groß, daß die Partei ein neues Statement zur Verteidigungspolitik anfertigte. Foot selbst erschien nicht, wie zunächst geplant, zur morgendlichen Pressekonferenz, sondern versuchte statt dessen hinter den Kulissen in Gesprächen mit Healey und Peter Shore, der den Gedanken Healeys teilt, die Risse zu heilen und wieder einen gemeinsamen Nenner in diesem Themenbereich für den Rest des Wahlkampfes zu finden.

Das ist ihm offenbar nicht gelungen. Statt eines gedruckten „Statements" erläuterte er das Konzept in einer Rede in Birmingham. Dabei betonte er lediglich, daß die Polarisflotte Teil von Abrüstungsverhandlungen sein solle, die zu wichtig seien, als daß man sie „allein den Herren Andropow und Reagan überlassen" könne. Foot jedoch erwähnte nun mit keinem Wort mehr, was mit der Polarisflotte geschehen solle, wenn diese Verhandlungen unbefriedigend verlaufen. Das sieht deshalb sehr deutlich nach einem Sieg von Healey und Shore aus, zwei Männern übrigens, die als die aussichtsreichsten Kandidaten für die Nachfolge Michael Foots als Parteichef gelten.

Tories in der Offensive

Um die Verwirrung vollständig zu machen, erklärte Schatten-Verteidigungsminister John Silkin nur wenige Stunden nach der Birminghamer Rede von Foot im britischen Fernsehen, daß das Wahlmanifest Labours unverändert nach wie vor gültig sei und daß die Verteidigungspolitik bei einem Wahlsieg Labours innerhalb von fünf Jahren nuklearfrei sein werde.

Diese Verwirrungen und internen Querelen haben den Glauben zahlreicher Wähler an der Regierungsfähigkeit Labours kaum stärken können. So zeigt die letzte Gallup-Umfrage des „Daily Telegraph", daß der Vorsprung der Konservativen in der Wählergunst vor der Labour Party innerhalb der letzten Woche von 13 auf 17,5 Punkte gestiegen ist.

Insgesamt belegt die Flut von Meinungsumfragen der letzten Wochen nach 14tägigem Wahlkampf trotz gelegentlicher Differenzen ein sehr stabiles Wählerverhalten. So zeigt der Durchschnittswert aller bisher vorgelegten Meinungsumfragen der letzten 14 Tage dieses Bild: Konservative 46,5 Prozent, Labour 34 Prozent, sozialliberale Allianz 18 Prozent, andere Parteien 1,5 Prozent.

Dieser gegenwärtige Stand der Dinge ist für die sozialliberale Allianz noch alarmierender als für die Labour Party. Sollte der Allianz in den nächsten zwei Wochen kein entscheidender Durchbruch gelingen, könnte sie höchstens auf 15 bis 20 Unterhaussitze hoffen.

Das Handicap der Labour Party ist, daß sie nur ein wirksames Wahlthema hat, das der Arbeitslosigkeit. Für die Konservativen ist deshalb die nun ausgebrochene Verteidigungsdebatte bedeutsam, weil sie damit verhindern konnte, daß dies zu einem „Ein-Thema-Wahlkampf" wird. Sie befindet sich nunmehr zum ersten Mal in diesem Wahlkampf in der Offensive.

Seit dem Versuch, die Aufmerksamkeit wieder auf Wirtschaftsthemen zu lenken, ist der Labour Party gestern ein Bericht des Finanz-Ausschusses des Unterhauses zu Hilfe gekommen. Der Bericht stellt fest, daß die Zahl der Arbeitslosen durch die resolute Finanzpolitik, vor allem durch die von der Thatcher-Regierung in den letzten zwei Jahren herbeigeführte Überbewertung des Pfundkurses, stärker angestiegen sei als in anderen Ländern.

Labour hat das Thema sofort aufgegriffen, um zu belegen, daß mindestens die Hälfte der Arbeitslosen, die „Arbeitslosen der Frau Thatcher" seien. Die Konservativen spielen die ganze Angelegenheit herunter mit der Behauptung, daß es sich hier nur um einen Entwurf und ein Diskussionspapier handele.

Amman bremst Palästinenser-Zustrom

Nur begrenzter Aufenthalt in Jordanien, um die besetzten Gebiete „nicht auszubluten"

PETER M. RANKE, Beirut

Der Militärchef der PLO, „Abu Jihad" oder Khalil el Wazir, hat sich in Amman beim jordanischen Minister für die besetzten Gebiete, Hassan Ibrahim, besorgt nach den Folgen der jüngsten jordanischen Einschränkungen für Palästinenser erkundigt.

In den vergangenen Tagen sind an den beiden Jordan-Brücken, den israelisch und jordanisch kontrollierten Übergängen zwischen dem israelisch besetzten Gebiet und Jordanien, zahlreiche Palästinenser trotz ihrer jordanischen Pässe von den jordanischen Grenzposten zurückgewiesen worden. Offenbar vermutete die Polizei, daß die Palästinenser über Jordanien in andere arabische Länder ausreisen und dort bleiben wollten. Das aber soll auf Weisung von König Hussein jetzt verhindert werden.

Seit voriger Woche dürfen Palästinenser aus den besetzten Gebieten nur noch über die beiden offenen Brücken nach Jordanien einreisen. Dort wird ihre Aufenthaltsdauer auf eine Woche bis sechs Monate begrenzt, dann sollen sie in die besetzten Gebiete zurückkehren, oder sie verlieren den jordanischen Paß. Mit den Maßnahmen soll die Ausreise von Palästinensern über den israelischen Flughafen Lod, über die ägyptische oder libanesische Grenze verhindert werden, damit die besetzten Gebiete nicht „ausbluten", wie es in Amman heißt.

Nach den gescheiterten Versuchen König Husseins, über den Plan von US-Präsident Reagan zu einem gemeinsamen Friedensprozeß mit der PLO zu kommen, hat die PLO in den besetzten Gebieten nicht nur viele Anhänger verloren, sondern mehr denn je enttäuschte Palästinenser wollen die besetzten Gebiete für immer verlassen. Tatsächlich hat die arabische Bevölkerung dort trotz des Geburtenüberschusses mit rund 720 000 Personen auf dem Westufer durch Auswanderung eher abgenommen als zugenommen. Für eine Auswanderung in arabische Golfländer, bisher vor allem das Ziel junger Palästinenser, ist es aber wegen der Einschränkung der Entwicklungspläne und schmelzender Finanzreserven schon fast zu spät.

Maßnahmen gegen die Abwanderung der Palästinenser liegen nur äußerlich im gemeinsamen Interesse der PLO und der jordanischen Regierung. Die Jordanier fürchten eine neue „Überflutung" des Landes mit Palästinensern vom Westjordanland, da bei 2,4 Millionen Einwohnern schon mehr als 60 Prozent Palästinenser sind. Die PLO wiederum fürchtet, daß ihr die jungen Leute weglaufen, daß aber die Jordanier jetzt vor allem die schärferen Kontrollen eingerichtet haben, um an den Brücken die PLO-Anhänger herauszufiltern und festzusetzen.

Da die israelischen Behörden anstreben, daß Unruhestifter in den besetzten Gebieten künftig häufiger mit Ausweisung nach Jordanien bestraft werden, will Amman den Zustrom der Palästinenser nicht nur schärfer kontrollieren, sondern drastisch einschränken. Jedes Jahr passieren rund eine halbe Million Palästinenser die beiden Brücken, dazu kommt eine beträchtliche Ausfuhr von Obst und Gemüse vom besetzten Westufer nach Jordanien und in andere arabische Länder.

Die jordanische Regierung prüft zur Zeit, ob Palästinenser aus den besetzten Gebieten zwischen 18 und 24 Jahren zur dreijährigen jordanischen Wehrpflicht einberufen werden sollen. Bisher waren die jungen Männer trotz ihrer jordanischen Pässe davon freigestellt, andernfalls hätten die Israelis ihre Rückkehr verboten. Jetzt versprechen sich die Jordanier von einer solchen Wehrpflicht abschreckende Wirkung, so daß die Palästinenser in den besetzten Gebieten bleiben oder über andere Länder wie Ägypten und Libanon auswandern. (SAD)

Polen wiesen schwedischen Spion ab

AFP/dpa/rtr, Stockholm

Ein im Generalstab der schwedischen Luftwaffe tätiger Oberstleutnant ist unter dem Verdacht der Spionage für eine fremde Macht festgenommen und verhört worden. Dies verlautete in Stockholm aus Kreisen schwedischer Sicherheitsbehörden. Der 51jährige Offizier, dessen Name nicht genannt wurde, soll der polnischen Botschaft in Stockholm geheime Dokumente – vor allem Unterlagen über Militärausgaben – angeboten haben. Der Mann stritt bei der Polizei die Anschuldigungen ab.

Wie verlautete, hat die polnische Botschaft die schwedischen Behörden informiert, da sie das Angebot des Offiziers als eine Provokation bewertet hatte. – Von informierter Seite wird dazu bekannt, daß der Osten die angebotenen Informationen bereits besitzen hatte. Der schwedische Justizminister Ove Rainer sagte, es handele sich um keine große Affäre. Der Oberstleutnant habe keine Informationen gehabt, deren Weitergabe die Landesverteidigung beeinträchtigen könne. In der polnischen Botschaft war keine Stellungnahme zu dem Vorfall zu erhalten.

Radio Moskau: Fehler Dantschows

AFP, Moskau

Als einen „persönlichen Fehler" des Rundfunksprechers Wladimir Dantschow hat ein Mitglied des englischsprachigen Dienstes von Radio Moskau die wiederholten Meldungen Dantschows bezeichnet, in denen scharfe Kritik an der sowjetischen Besetzung Afghanistans geübt worden ist. Die Sendung, die zunächst vom Abhördienst der britischen BBC empfangen wurde, hatte im Westen allgemeines Rätselraten ausgelöst. Dabei wurde auch die Frage aufgeworfen, ob die sowjetische Führung ideologische Vorbereitungen für einen Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan treffen wolle. Auf Anfrage einer westlichen Agentur erklärte ein Verantwortlicher von Radio Moskau, gegen den Rundfunksprecher würden „voraussichtlich" Disziplinarmaßnahmen ergriffen. Die rätselhaften Kommentare des internationalen Dienstes von Radio Moskau gaben unter anderem Aussagen von islamischen Rebellen wider, die den „Kampf gegen die sowjetischen Besetzer" verschärfen wollten.

Kreml lehnt Wunsch nach U-Booten ab

gko, München

Die „DDR", das neben Rumänien der einzige Seeanliegerstaat des Warschauer Paktes in Europa ist, und über keine U-Boote verfügt, hat in Moskau versucht, die Genehmigung für eigene U-Boote zu bekommen. Zur Begründung wurde in Moskau vorgetragen, daß Ost-Berlin ebenso geeignet und zuverlässig als Polen sei. Dies wird aus militärischen Kreisen in der „DDR" bekannt.

Nach den vorliegenden Informationen soll es von Ost-Berlin aus zwei diesbezügliche Vorstöße im Kreml gegeben haben. Moskau hat den Wunsch der „DDR" in beiden Fällen abgelehnt. Bulgarien besitzt zwei U-Boote vom Typ Romeo mit den Namen Slawa und Pobeda und Polen ist im Besitz von vier U-Booten vom Typ Whiskey mit den Namen Orzel, Kondor, Sokol und Bielik.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Geförderte Prozeßlust

„Rechtsanwälte geben den Richtern contra"; WELT vom 16. Mai

Sehr geehrte Redaktion,

die Prozeßflut, die beklagt wird, liegt doch sicherlich nicht daran, daß die Menschen streitsüchtiger, die Gerichte fauler, die Anwälte Beutelschneider geworden sind, sondern es liegt nach meinem Dafürhalten an folgenden Gründen:

Viele Menschen sind rechtsschutzversichert und sind daher wegen des geringen Risikos klagefreudiger. Die Anwälte verdienen ja daran.

Die Rechtsfindung ist durch die Änderungen der Gesellschaftsnormen unheimlich schwer geworden.

Viele Paragraphen im HGB und im BGB waren sicherlich im vorigen Jahrhundert gut genug, um Recht zu sprechen. Heute aber geben Gesetzestexte den Richtern ein zu großes Beurteilungsfeld, um ein Urteil zu sprechen.

Alles aber könnte mit einem einzigen Federstrich beseitigt werden. Die Gebührenordnung der Rechtsanwälte und damit analog die Gerichtskostenordnung muß in dieser Form überarbeitet werden. Es muß der Schritt gewagt werden, die Gebühren nicht mehr am Streitwert zu messen, sondern an den Durchschnittskosten, die pro Fall angefallen sind. Die Untergliederung muß neu gefaßt werden.

Erstes Glied ein feststehendes Beraterhonorar (heute schon durch Honorarvereinbarungen möglich).

Einen feststehenden Klagebetrag unabhängig von der Höhe des Klagewertes.

Wir müssen in Deutschland schon allein der Marktgerechtigkeit wegen uns dazu durchdringen, neben dem Klagehonorar ein sog. „Erfolgshonorar" einzuführen.

Einen jungen Rechtsanwalt verleitet es sehr stark, einem Mandanten mit hohem Streitwert eher zur Klage zu raten, als einem Ratsuchenden mit einem Streitwert von DM 500,–. Dies ist zwar standeswidrig, aber beweisen werden wir es nicht können.

Mit der Änderung der Gebührenordnung tritt gleichzeitig auch die berühmte Chancengleichheit ein. Die Beratung wird besser abgewogen.

Mit freundlichen Grüßen
C. Weidlich, Berlin 15

Mit viel Mut

„Höchste Eisenbahn"; WELT vom 14. Mai

„Die Bahn braucht jetzt die Entscheidung" kann einem Kenner der Verhältnisse nur ein müdes Lächeln abringen. Denn diese Worte waren in den letzten 30 Jahren von jedem Bahnvorstand, von jedem Verkehrspolitiker und von jedem Verkehrsminister zu hören. Ich kann davon als jemand, der zwei Jahrzehnte lang im Bundestag auf die Verkehrspolitik Einfluß zu nehmen versuchte, ein Lied singen. Mein 1973 erschienenes Buch „DB-Sanierung – höchste Eisenbahn" ist noch heute aktuell.

Die Eisenbahngewerkschaften versuchen mit dem Reizwort „Schrumpf-Bahn" und der Forderung nach staatlicher Umlenkung des Verkehrs die technische Entwicklung zurückzudrehen und gegen die personellen und strukturellen Veränderungen anzugehen, die in allen Industriebereichen selbstverständlich geworden sind. Die Verkehrspolitiker wollen niemandem weh tun; nicht den Eisenbahnern, nicht ihren Wahlkreisen und nicht denen, die die Steuerzahler für alle volkswirtschaftlichen Fehlentwicklungen bezahlen lassen wollen. So kommt die Verantwortung in erster Linie auf den Finanzminister zu, dem eines Tages aus Sorge um den Staatshaushalt der Kragen platzen muß (dies hat übrigens schon Helmut Schmidt als Bundesfinanzminister vor 10 Jahren in einem bemerkenswerten Artikel festgestellt).

Wer der Bahn und der Allgemeinheit einen Dienst erweisen will, muß die Bundesbahn zu einem hoch modernen, leistungsfähigen Fernverkehrsunternehmen mit schnell operierenden Umschlagszentren ausbauen. Ihm muß ein begrenzter gemeinwirtschaftlicher Sektor, vorwiegend für den Personennahverkehr und für bestimmte Hauptlinien, zur regionalen Erschließung beigegeben werden, für den die öffentliche Hand die nachweislich nicht gedeckten Kosten übernimmt. Das erfordert allerdings sehr viel Mut und den Abschied von der Konservierung veralteter Strukturen. Ich bin sicher, daß die neue Bundesregierung diesen Mut haben wird.

Dr. E. Müller-Hermann, Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Welche Gründe?

„T. E. Lawrence hat heute noch recht"; WELT vom 14. Mai

Sehr geehrte Herren,

man muß Benjamin Netanyahu zustimmen: Keines der Probleme des Nahen Ostens wäre gelöst, wenn Israel von der Landkarte verschwände. Aber eine Schwächung der israelischen Ordnungsmacht würde einen Umschwung der Kräfte in dieser Region auslösen, der auf das gesamte Ost-West-Verhältnis ausstrahlen und dem sowjetischen Imperium Optionen öffnen könnte, die gerade wir Deutschen zu fürchten hätten.

Um so schwerer verständlich ist die Israel-Feindschaft linksgerichteter Meinungsmacher, die in einem Teil der Massenmedien immer neue Blüten treibt. Gibt es eine Seelenverwandtschaft zwischen unseren Weltverbesserern und den Propheten des arabischen Nationalismus? Sind Minderwertigkeitskomplexe frustrierter Intellektueller gegenüber den militärischen Tugenden Israels im Spiel? Oder soll mit der giftigen Kritik an der vorgeschobenen Bastion der westlichen Welt unsere im Grunde immer noch konservative Lebensordnung getroffen werden?

Mit freundlichem Gruß
W. Fleischer, Hamburg 70

Wort des Tages

„Man nützt und versteht nur solche Lebensregeln, von denen man die Erfahrungen, worauf sie ruhen, so durchgemacht, daß man die Regeln selber hätte geben können."

Jean Paul, dt. Dichter (1763–1825)

Ein Amtsträger

„Wörner: Generalstreik verfassungswidrig"; WELT vom 14. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

der saarländische SPD-Politiker Lafontaine stellt den Generalstreik als Mittel zur Kriegsverhütung zur Diskussion, da er mit seinen Gesinnungsgenossen in einer gemäß dem Doppelbeschluß eventuell notwendig werdenden Nachrüstung eine Vergrößerung der Kriegsgefahr sieht. Heißt das im Klartext, daß gegen eine solche Nachrüstung gestreikt werden soll?

Dies ist ein so ungeheuerlicher Vorschlag von seiten eines maßgeblichen Politikers und öffentlichen Amtsträgers, daß man über das Ausbleiben eines Sturms der Entrüstung erstaunt sein muß. Die Parteien haben vor der letzten Bundestagswahl ihre Vorstellungen zur Rüstungsproblematik klargemacht, und die Wähler haben in Kenntnis dieser Auffassung die Sozialdemokraten zusammen mit den Grünen in die Minderheit verwiesen.

Würden sich die Gewerkschaften auf die Idee Lafontaines einlassen, so könnten sie durch die Mobilisierung der bei ihnen organisierten SPD-Mitglieder und -Anhänger durchaus einen die Wirtschaft lähmenden „Generalstreik" zustande bringen. Das Votum der Mehrheit würde durch eine Gewaltaktion der Minderheit korrigiert. Mit der auch von der SPD bejahten parlamentarischen Staatsform, die auf Mehrheitsentscheidung der Wähler und der gewählten beruht, hat dies nichts mehr zu tun. Die Bürger der Stadt Saarbrücken und die Sozialdemokraten müssen sich fragen, ob ein Amtsträger mit einem solchen Demokratieverständnis tragbar ist.

Dr. K. Neundörfer, Bad Homburg

Personalien

ERNENNUNGEN

Den Botschafterposten im afrikanischen Staat Lesotho besetzt die Bundesregierung neu. Botschafter wird **Dr. Hans Henning Wolter**, der seit 1980 Botschafter in Nepal ist. Hans Henning Wolter, Jahrgang 1923, ist in Halle an der Saale geboren. Er studierte nach dem Krieg Soziologie, Staatslehre, Geschichte und Psychologie in Heidelberg, München und Hamburg und promovierte zum Dr. phil. 1962 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. Er war in den deutschen Botschaften in Rabat, Tunis und Bagdad tätig und wurde 1974 Geschäftsträger in der deutschen Botschaft der Zentralafrikanischen Republik. Von 1975 bis 1980 bezog er seinen ersten Botschafterposten in Santo Domingo, der Dominikanischen Republik.

*

Die Regierung der afrikanischen Republik Tschad hat **Franz Josef Meurer** das Agrément als Botschafter erteilt. Der gebürtige Saarbrücker, Jahrgang 1933, studierte Rechtswissenschaften. Ehe er 1963 in das Auswärtige Amt eintrat, legte er die beiden juristischen Staatsprüfungen ab. Er war in New Orleans, in Dakar und Khartoum auf Auslandsposten und schließlich in Bangkok, ehe er 1980 in die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes versetzt wurde.

*

Neuer deutscher Generalkonsul im spanischen Bilbao wird **Dr. Walter Repkes**, der seit 1978 in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes tätig ist und hier als stellvertretender Leiter des Referates Wissenschaft und Hochschulen arbeitet. Dr. Repkes stammt aus Xanten. Er ist Jahrgang 1928. Nach einem Studium der Theologie, der Philologie, der Rechts- und Staatswissenschaften machte er seinen Dr. phil. und legte seine Prüfungen für das Lehramt an Höheren Schulen ab. 1960 ging er in das Auswärtige Amt. Er war in Kolumbien, Chile und Portugal tätig, ehe er 1978 in die Kulturabteilung versetzt wurde.

EHRUNG

Professor Dr. Emil Heinz Graul, einer der führenden Zukunftsmediziner in der Bundesrepublik, erhielt von Bundespräsident **Karl Carstens** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Professor Graul wurde für seine wissenschaftlichen Verdienste auf dem Gebiet der Weltraummedizin ausgezeichnet. Graul ist Ordinarius für Strahlenkunde und Direktor des Instituts für Radiologie und Nuklearmedizin der Universität Marburg. Zur Zeit hält er sich zu einem Forschungssemester an der Universität Hanford/Richmond im Staat Washington auf, wo er an einer Studie über die Behandlung von Plutoniumvergiftungen arbeitet.

GEBURTSTAG

Dr. Jürgen Stahlmann, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, feiert heute seinen 50. Geburtstag. Stahlmann ist seit 24 Jahren in der Verbandsarbeit des Deutschen Groß- und Außenhandels tätig. Er gehört auch dem Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften an, ist Vorstandsmitglied im Verband Europäischer Groß- und Außenhandel und Mitglied der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer. Neben zahlreichen weiteren Funktionen engagiert er sich auch im Beirat der Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs und der Internationalen Liga gegen unlauteren Wettbewerb.

Fragen nach chemischen US-Waffen

DW. Bonn

Wenn die Frage der Mittelstrekkenwaffen gelöst ist, will sich Washington offensichtlich verstärkt mit der Modernisierung der chemischen Waffenpotentiale befassen.

Unter Berufung auf einen entsprechenden Bericht des Auswärtigen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses forderte der SPD-Sicherheitsexperte Karsten Voigt die Bundesregierung gestern nachdrücklich auf, ihre Haltung zu einer „Modernisierung" der auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland gelagerten amerikanischen C-Waffen klarzustellen und einer weiteren chemischen Aufrüstung eine deutliche Absage zu erteilen.

Wie die WELT aus zuverlässiger Quelle erfuhr, liegen der Bundesregierung bislang keine Wünsche der US-Regierung nach Lagerung erweiterter oder modernisierter Bestände von chemischen Waffen auf deutschem Boden vor. Ein entsprechender Antrag aus Washington sei wahrscheinlich auch nicht zu erwarten.

Die C-Waffen aus amerikanischem Besitz lagern auf deutschem Boden aufgrund des Deutschlandvertrages aus dem Jahre 1955, der vom Bundestag genehmigt wurde. Der Vertrag sieht vor, daß die Bundesregierung diese Lagerstätten öffentlich nicht bekanntgibt.

Genscher: Bonn steht weiter zu Namibia-Plan

Rede vor Botschaftern aus Afrika / UNO setzt Debatte fort

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung will sich auch durch heftige Angriffe afrikanischer Politiker im Weltsicherheitsrat nicht von dem westlichen Plan für die Unabhängigkeit Namibias (Südwestafrika) auf der Grundlage der Sicherheitsrats-Resolution 435 abbringen lassen. Das erklärte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gestern in einer Rede vor afrikanischen Botschaftern aus Anlaß des 20. Gründungstages der Organisation der Afrikanischen Einheit in Bonn.

Ohne die afrikanische Kritik an der westlichen Fünfer-Gruppe (USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die Bundesrepublik) direkt zu erwähnen, sagte Genscher: „Das namibische Volk muß endlich sein Recht auf eigenverantwortliche Gestaltung seines politischen Schicksals ausüben können. Die möglichst baldige Verwirklichung des Lösungsplans der Vereinten Nationen bleibt vorrangiges Ziel der Namibia-Politik der Bundesregierung. Die europäischen Zehn unterstützen geschlossen diese Politik."

Der Minister bezeichnete die Haltung gegenüber Afrika als Teil der Bonner Friedenspolitik. „Diese Politik der konstruktiven Verständigung wird durchkreuzt durch Aktionen der Gewalt, wie sie sich in diesen Tagen in Südafrika und in Moçambique wiederum ereignet haben." Generell versprach Genscher den afrikanischen Staaten auch künftig partnerschaftliche Zusammenarbeit und wirtschaftliche Hilfe.

Zur gleichen Zeit setzte der UNO-Sicherheitsrat in New York seine Namibia-Debatte fort, die nach der Absicht maßgeblicher afrikanischer Staaten dazu führen soll, daß die Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias nicht mehr über die westliche Kontaktgruppe, sondern künftig wieder im Rahmen der UNO geführt werden. Mehrere afrikanische Redner, darunter der Vorsitzende der Unabhängigkeitsbewegung SWAPO, Sam Nujoma, beschuldigten die Westmächte und vor allem die USA, die Verhandlungen für ihre eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen zu mißbrauchen. Das ganze Unternehmen habe sich als eine „pure Rettungsoperation für die weißen, rassistischen Besetzer in Namibia" herausgestellt, behauptete Nujoma.

Der SWAPO-Chef sowie die Außenminister Angolas, Sambias und Kubas, wandten sich scharf gegen die Forderung der USA und Südafrikas, die Unabhängigkeit Namibias mit dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola zu verknüpfen. Die fünf westlichen Außenminister werden wahrscheinlich am kommenden Wochende am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg über ihr weiteres Vorgehen beraten.

Polen verweigert Journalisten Reise nach Loccum

dpa/AP, Loccum/Warschau

Das polnische Außenministerium hat die Reisegenehmigung für zehn Journalisten zurückgezogen, die an einer deutsch-polnischen Tagung der Evangelischen Akademie Loccum über die Bündnis- und Sicherheitspolitik teilnehmen sollten. Als Grund für die Absage wurde, wie die Akademie mitteilte, die Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angegeben, den Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, als Sprecher der Fraktion zu der Tagung zu schicken.

Die Loccumer Journalistentagung 1983 zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik, die mit dem Thema „Verständigung mit Polen in den 80er Jahren" vom 29. bis 31. Mai stattfinden sollte, sei daher abgesagt worden. An der Diskussion sollten Parlamentarier und Regierungsvertreter aus beiden Ländern teilnehmen.

Eine Erklärung des französischen Außenministeriums zur Lage in Polen ist von der polnischen Regierung als Einmischung in innere Angelegenheiten bezeichnet worden, meldete die amtliche Nachrichtenagentur PAP. Frankreichs Botschafter wurde zur Entgegennahme eines offiziellen Protestes ins Außenministerium in Warschau zitiert. Paris hatte nach dem Tod eines Schülers im Anschluß an Polizeihaft, der polnischen Regierung vorgeworfen, mit ihrer Politik könne sie keine nationale Versöhnung erreichen.

Paris will Hochschulreform schnellstens verwirklichen

Früherer Premier Barre kritisiert Politisierung

A. GRAF KAGENECK, Paris

Vor dem Hintergrund neuer heftiger Straßenschlachten zwischen Polizei und Demonstranten, die in der letzten Nacht in Paris, aber auch in einigen großen Provinzstädten wie Bordeaux und Montepellier, mehrere hundert Verletzte auf beiden Seiten gefordert hatten, will die französische Regierung das Gesetz zur Reform der Hochschulzyklen jetzt im parlamentarischen Schnellverfahren durchziehen.

Ein entsprechendes Dekret ermächtigt sie, Gesetze, die eine gewisse Dringlichkeit haben, nach nur einer Lesung in der Nationalversammlung und im Senat zu verabschieden. Obendrein verfügt die Regierung über die ausschlaggebende Mehrheit in der ersten Kammer. Auf diese Weise vermeidet sie eine Debatte über sämtliche Zusatzanträge sowie Änderungsvorschläge der konservativen Opposition und der sozialistischen Fraktion. Sie kann so nach den Wünschen des Bildungsministers Savary die Reform bereits ab Sommersemester 1984 anwenden.

Diese sieht eine neue Zwischenprüfung nach einem zweisemestrigen Anfangsstudium sowie eine klare Festlegung des Weiterstudierenden ab Beginn des zweiten Studienabschnittes auf eine bestimmte Berufsrichtung vor. In gewissen Fächern, wie Medizin oder Rechtswissenschaft, soll aber der Eintritt in die zweite Studienphase „je nach Aufnahmefähigkeit der Fakultäten" von einem weiteren Examen oder der Prüfung eines Dossiers des Bewerbers abhängig gemacht werden. Schließlich sollen die Universitäten künftig von Aufsichtsräten kontrolliert werden, die sich aus Vertretern der Lehrer- und Studentenschaft, des Verwaltungspersonals, einschließlich der Putzfrauen und mindestens 40 Prozent „auswärtiger Persönlichkeiten" zusammensetzen. Besonders hiergegen richten sich die Proteste der Studenten, die in der Zusammensetzung dieses Kontrollorgans eine „Politisierung" der Universität sehen.

Großen Eindruck in der Kammer-Debatte von gestern hatte der frühere Premierminister Barre gemacht, der zum ersten Mal seit seinem Rücktritt als Sprecher der Opposition zum Reformgesetz Stellung nahm. Der ehemalige Universitätsprofessor kritisierte nicht nur die Einmischung der Politik in die Alma Mater, sondern vor allem die „Nivellierung des Studiums auf dem niedrigst möglichen Niveau". Dies werde, so sagte Barre mit großem Ernst, Frankreich seiner Eliten berauben, die es morgen dringend im Kampf gegen die ausländische Konkurrenz auf den Spitzengebieten der Technologie benötige. Zum ersten Mal in Frankreich seien vor Einführung einer Studienreform nicht einmal die Professoren befragt worden.

Syrien beschießt israelische Flugzeuge

DW. Tel Aviv/London

Eine Staffel israelischer Aufklärungsflugzeuge ist gestern über Libanon von syrischen Kampfmaschinen angegriffen und mit Raketen beschossen worden. Nach Angaben des Armeesprechers in Tel Aviv haben die Raketen ihr Ziel verfehlt, die israelischen Maschinen seien unversehrt geblieben.

Der israelische Ministerpräsident Menachem Begin hat sich in einem Brief an US-Präsident Ronald Reagan besorgt über die Haltung Syriens ausgedrückt. Die unabhängige Zeitung „Yedioth Ahronot" berichtete, Begin habe sich pessimistisch über die Aussichten auf eine Bereitschaft Syriens zu einem gleichzeitigen Truppenabzug aus Syrien geäußert. Damaskus habe bisher nicht zu erkennen gegeben, daß es an einer politischen Lösung in Libanon interessiert sei. Statt dessen seien die militärischen Vorbereitungen Syriens besorgniserregend.

Saudi-Arabien und Syrien haben nach Mitteilung informierter Kreise in Damaskus am Dienstag offenbar im Zusammenhang mit dem libanesischen Abkommen Botschaften ausgetauscht. Der saudiarabische Sonderbeauftragte Scheich Abdel Asis el Toweidschari überbrachte im Auftrag König Fahds dem syrischen Staatspräsidenten Assad ein Schreiben und kehrte mit der syrischen Antwort in sein Land zurück. Saudi-Arabien setzt sich nach Informationen von Beobachtern bei der syrischen Regierung für einen gleichzeitigen Truppenabzug mit Israel aus Libanon ein.

Die Streitkräfte der PLO werden Libanon nach Ansicht von Abu Jihad, dem stellvertretenden Chef der palästinensischen Truppen, nur unter bestimmten Bedingungen verlassen. In einem Interview mit der britischen Zeitung „The Times" nannte Jihad folgende Voraussetzungen: Das israelisch-libanesische Abkommen müsse den Palästinensern politische Aktivitäten in Libanon erlauben, die Sicherheit der dort lebenden Palästinenser müsse gewährleistet werden, eine militärische Präsenz der PLO in Libanon müsse zugelassen werden, und zwischen der libanesischen Regierung und der PLO müßten direkte Verhandlungen eingeleitet werden.

Hinter der Spaltung in der größten Untergrundorganisation der PLO, der Fatah, sehen PLO und Fatah-Chef Yassir Arafat sowie Abu Jihad den libyschen Staatschef Khadhafi.

Seite 2: Clausewitz und die Friedenschance im Nahen Osten

Washington will Weg zu mehr Stabilität weisen

Fortsetzung von Seite 1

Begrenzung von Sprengkopfzahlen zugehen, wobei die schließlich zu vereinbarende Obergrenze bei Trägerwaffen höher liegen kann als bisher.

Interessant ist, daß das Pentagon an eine Obergrenze von 1150 Systemen denkt (die Sowjets haben ca. 1850 vorgeschlagen), während das State Department dafür eintritt, überhaupt keine Festlegung mehr in diesem Bereich zu treffen.

● Mit dem Übergang zum Zählprinzip nach Sprengköpfen will man den Sowjets den Weg in die Zukunft eines stabileren strategischen Gleichgewichts weisen: Gedacht ist an eine zukünftige Aufstellung von nur noch Ein-Sprengkopf-Raketen (im landgestützten Bereich). Mit dieser Idee versuchen die Amerikaner praktisch die Entwicklung der MIRV-Technologie (Mehrfachsprengköpfe) rückgängig zu machen. Sie deuten damit auch an, daß die MX, während sie ins US-Arsenal eingeführt wird, gleichzeitig ein Objekt der Abrüstungsverhandlungen sein kann.

● Studieren will die Administration die von Senator Cohen eingeführte Idee eines Atomwaffen-„build-down". Danach müßten beide Großmächte für jede neu eingeführte Waffe – ob Träger oder Sprengkopf, ist derzeit noch nicht klar – zwei alte aus dem Verkehr ziehen. Diese „sehr komplizierte Gleichung", wie Admiral Howe vom Planungsstab des State Department im Kongreß aussagte, kann, extrem ausgelegt, eine Radikalabrüstungskur bedeuten, die nicht unbedingt mehr Sicherheit brächte. So müßten die USA, theoretisch, für die neu einzuführenden tausend MX-Sprengköpfe (auf hundert Raketen) nahezu das gesamte vorhandene Minuteman-Arsenal (2100 Sprengköpfe) reaktivieren.

Am Tag der Abstimmung im Repräsentantenhaus verpflichtete sich Präsident Reagan in einem gezeichneten Meinungsbeitrag in der „Washington Post" noch einmal zu diesen Prinzipien des mit dem Kongreß ausgehandelten Kompromisses. Der ungewöhnliche Schritt eines präsidentiellen Kommentars in der „Washington Post" dramatisierte erneut die außergewöhnlichen Anstrengungen, die das Weiße Haus zur Rettung des MX-Programms hat unternehmen müssen.

Nach zehn Jahren einer unschlüssigen nationalen Debatte war das System Ende letzten Jahres praktisch gestorben, als der damals letzte Dislozierungsvorschlag, das „dichte Bündel", im Kongreß scheiterte. Erst die Scowcroft-Kommission und Reagans bereitwilliges Eingehen auf ihre Vorschläge brachten die Wende. Mitentscheidend war bei den Abgeordneten auch das Argument, wie man die Nachrüstung in Europa vertreten könne, wenn die USA selber nein sagten zur Modernisierung ihres landgestützten strategischen Arsenals.

Empfindlich getroffen in ihren Zielen wurden durch den neuen Gang der Dinge jetzt die Kongreß-Anhänger eines nuklearen „Freeze". Nachdem die Freeze-Resolution Anfang Mai die Kongreß-Hürde genommen hatte, begannen viele Abgeordnete, sich auf den Kampf gegen Einzelpunkte des Reaganschen Verteidigungsprogramms zu konzentrieren. Die MX war ihr erstes Ziel. Das Votum relativiert die „Freeze"-Resolution von Anfang Mai fast bis zur Bedeutungslosigkeit.

Kohl warnt vor Nörgelei

● Fortsetzung von Seite 1

Bundesrepublik Deutschland in eine tiefe Orientierungslosigkeit geführt. Außerdem hätten Flügelkämpfe die SPD gespalten. Kohl: „Ihre linken Exponenten führen heute lautstark das Wort. Manche von ihnen predigen bereits den Generalstreik."

Der will Kohl bei seiner Reise nach Moskau am 4. Juni insbesondere auf den Feldern Außen-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik gerecht werden. Er werde in der Sowjetunion weder als Vermittler noch als Dolmetscher auftreten und auch keine Verhandlungen führen. Seine Gespräche würden aber in enger Abstimmung mit den westlichen Partnern stattfinden. Kohl: „Unsere Einbindung in den Westen bleibt das politische Widerlager für unsere Ostpolitik." Gleichzeitig kündigte er an, das Vertrauensverhältnis mit den USA als „wichtiges politisches Kapital" sorgfältig zu hüten und sich weiterhin intensiv für die europäische Einigung einzusetzen. „Die Einheit der deutschen Nation ist nur mit und in einer Europäischen Gemeinschaft zu erreichen."

Genauso wie zuvor Kohl hat auch Generalsekretär Heiner Geißler betont, die CDU müsse auch als Regierungspartei ihre „eigenständige Rolle wahren". Die wichtigste Aufgabe bestehe darin, anders als es die SPD mit dem ehemaligen Kanzler Helmut Schmidt gemacht hatte, die jetzige Bundesregierung zu unterstützen. Es sei aber selbstverständlich, daß die Partei eine über den Inhalt einer Regierungserklärung oder einer Koalitionsvereinbarung hinausgehende Aufgabe habe. Geißler: „Wir wollen nicht nur vier Jahre an der Regierung bleiben. Wir wollen dieses ganze Jahrzehnt prägen."

Hermes muß allein fliegen

Mk. – Hermes sind die Flügel schwer geworden. Ohne eine kräftige Hilfe des Bundes kommt er nicht mehr über die Runden. Die Lasten wachsen noch. Drückte zunächst die Zahlungsunfähigkeit Polens und Rumäniens, so kommen jetzt Staaten der Dritten Welt hinzu. Immer mehr Länder müssen umschulden – mit der Folge, daß die Exportkreditversicherung jetzt zahlt, aber erst sehr viel später das Geld zurückbekommt.

Jede Versicherung steht in einer solchen Situation vor der Wahl, entweder nur noch solche Risiken zu übernehmen, die sich im bisherigen Rahmen rechnen lassen, oder die Gebühren zu erhöhen. Eine geringere Risikobereitschaft paßt nicht in die Landschaft. Zum einen würde sie manches Exportgeschäft unmöglich machen und so Arbeitsplätze gefährden. Zum anderen würden manche Staaten in noch größere Schwierigkeiten geraten, weil sie auf Importe für ihre Produktion angewiesen sind. Die Rückzahlung der Schulden würde in noch weitere Ferne rükken.

Es bleibt also nur die Erhöhung des Entgelts. Kurzfristig sollte zwar der Bund einspringen, immerhin gab es früher auch stolze Gewinne. Mittelfristig muß sich die Exportkreditversicherung selber finanzieren, angesichts der verschlechterten Wirtschaftslage kann sie dies nicht. Geschieht dies nicht, so ändert sich der Charakter. Die Exportkreditversicherung wird zu einem Subventionsinstrument, mit all den Folgen für internationale Diskussion. Die verbürgten Kredite würden dann auch unter den OECD-Konsensus für Mindestzinsen fallen.

Sicher, Gebührenerhöhungen sind immer schmerzlich, zumal dann, wenn die Konkurrenz weniger zahlen muß. Die Alternative schreckt aber noch mehr. Auf Dauer muß Hermes allein fliegen können.

Zuversicht

fu (London) – Die Zuversicht des P & O-Managements, daß ihr Konzern vom Konkurrenten Trafalgar House schon nicht geschluckt werde, hat durchaus ihre Berechtigung. Die älteste britische Reederei besitzt heute 18 Containerschiffe, 16 hochmoderne Flüssiggas-Tanker, rund 50 Frachter, sieben Kreuzfahrtschiffe und elf Fähren. Durch Diversifikation (Bau, Immobilien, Öl, Bankgeschäft) wurde die Grundlage verbreitert. Bei einem Umsatz von 1,213 Milliarden Pfund endete das letzte Geschäftsjahr mit einem Vorsteuer-Gewinn in Höhe von 33,5 Millionen Pfund. Weil Trafalgar House weit stärker im Immobilien- und Baubereich tätig war und sich weniger im schwierigen Schiffahrtsgeschäft engagierte (19 Handelsschiffe, fünf Kreuzfahrtschiffe), konnte im letzten Geschäftsjahr ein Gewinn vor Steuern in Höhe von 65,6 Millionen Pfund bei einem Umsatz von 1,051 Milliarden Pfund erwirtschaftet werden. Ob diese Differenz allerdings den Übernahme-Versuch rechtfertigt, bleibt zu bezweifeln. Das letzte Wort werden wohl ohnehin die Kartellbeamten haben.

Budgetstreit spitzt sich zu

Von HORST-ALEXANDER SIEBERT, Washington

Die Verabschiedung eines Haushalts durch den republikanischen Senat, den Präsident Reagan wegen zu hoher neuer Steuern ablehnt, hat eines mit großer Deutlichkeit gezeigt: Etabliert hat sich auf dem Kapitol eine aus moderaten Republikanern und Demokraten bestehende neue Koalition der Mitte, die aus Furcht vor den Rekorddefiziten einen vorsichtigeren Kurs steuert als das Weiße Haus. Damit ist aber zugleich das Fundament für heftige fiskalpolitische Auseinandersetzungen zwischen Exekutive und Legislative gelegt.

Wenige Tage vor dem Beginn des Wirtschaftsgipfels in Williamsburg muß das Ausland diese tiefe Kluft in Washington als Beweis dafür auffassen, daß die USA nicht mehr in der Lage sind, ihre gewaltigen Budgetprobleme auf pragmatische Weise zu lösen. Das bedeutet, daß die Defizite eher noch steigen werden, was bei einem stärkeren Anziehen der Konjunktur zwangsläufig zu höheren amerikanischen Zinsen führen muß. Die Alternative wäre eine Geldausweitung über die Notenpresse, was neue Inflationsschübe auslöst und zu einer Verteuerung des Geldes führt.

Den USA steht eine fiskalpolitische Schüttelperiode bevor: Reagan kann nach amerikanischem Haushaltsrecht zwar kein Veto gegen das Gesamtbudget einlegen, auf das sich Senat und Repräsentantenhaus in dieser Woche einigen müssen. Aber er wird, wie schon angekündigt, die Bereitstellung von Mitteln, die seinen Planzielen nicht entsprechen, durch Vetos im Appropriationsverfahren abblocken. Die Gegenseite verfügt nicht über die notwendige Zweidrittelmehrheit, um den Präsidenten zu überstimmen. Unter diesen Voraussetzungen werden die Steuergesetze mit großer Wahrscheinlichkeit die Komiteebeschlüsse nicht überleben.

Wo liegen die Unterschiede? Reagans Haushalt, den der Kongreß sofort in den Papierkorb beförderte, sah für 1984 Ausgaben über 848,5 und ein Defizit über 188,8 Milliarden Dollar (ohne außerordentliche Aufwendungen) vor. Der Verteidigungsetat sollte um real zehn Prozent auf 245,3 Milliarden Dollar erhöht werden. Die Kalkulationen basierten auf einem preisbereinigten Wirtschaftswachstum von 3,1 Prozent, einer Teuerungsrate von 5,6 (Deflator), gemessen am Bruttosozialprodukt, und einer Arbeitslosenquote von 10,4 Prozent. Diese Annahmen für das Kalenderjahr 1983 haben sich als zu pessimistisch erwiesen.

Den ersten „Gegenhaushalt" beschloß das demokratische Repräsentantenhaus am 23. März. Hier betragen die Ausgaben, die um rund 24 Milliarden Dollar zunehmen, 863,6 und das Defizit 174,5 Milliarden Dollar. Im Finanzjahr 1984, das am 1. Oktober beginnt, wachsen die Verteidigungsausgaben nur um vier Prozent auf 235,4 Milliarden Dollar. Beschlossen wurde eine im einzelnen noch nicht festgelegte Heraufsetzung der Steuern um 30 Milliarden Dollar.

Im Senat schließlich votierten von 99 anwesenden Senatoren in der Nacht zum Freitag 29 Demokraten und 21 Republikaner für Ausgaben und Steuern, die um zwölf und 6,5 Milliarden Dollar über dem Niveau liegen, die der US-Präsident zu akzeptieren bereit ist. Nach dem mühsam erreichten Senatsentwurf steigen die Ausgaben des amerikanischen Bundes 1984 auf 849,7 und der Verteidigungsetat um sechs Prozent auf 241,6 Milliarden Dollar, während das Defizit 178,6 (1983: 210,2) Milliarden Dollar ausmacht. Im ersten Jahr werden die Steuern um neun Milliarden Dollar angehoben. Sowohl dem Haus- als auch dem Senatsbudget liegen realistischere makroökonomische Daten zugrunde: Reales Wirtschaftswachstum 3,9 Prozent, Inflationsrate (Deflator) 4,8 und Arbeitslosenquote 10,2 Prozent.

Man muß davon ausgehen, daß sich Senat und Repräsentantenhaus etwa auf der Mitte einigen. Die Steuern würden demnach auf dem Papier um 15 Milliarden Dollar, die Verteidigungsausgaben um rund fünf Prozent zunehmen. Folgt man dem Weißen Haus, dann ist beides für Ronald Reagan, der die Bevölkerung schon auf den Wahlkampf 1984 einzustimmen versucht, völlig unannehmbar. Nachdem der Kongreß schon 1982 Steuererhöhungen – 98 Milliarden Dollar in drei Jahren – durchgesetzt habe, heißt es, werde er vom konservativen Postulat der gesenkten Steuerlast und verstärkten militärischen Macht nicht noch einmal abrücken. Die Crux bleibt, daß die massiven Steuerkürzungen, wie erhofft, mehr einbringen als sie kosten, nämlich 750 Milliarden Dollar in fünf Jahren. Der Staat darf also nicht verschenken, was er nicht besitzt. Im Gespräch ist jetzt, die dritte Einkommensteuersenkung – um zehn Prozent am 1. Juli – wenigstens auf bestimmte Gruppen zu beschränken.

WIRTSCHAFTSGIPFEL / Shultz und Regan erläutern die US-Positionen

Arbeitslosigkeit, Protektionismus und die Schuldenkrise sind Hauptthemen

HORST-ALEXANDER SIEBERT, **Washington**

Auf dem neunten Wirtschaftsgipfel, der am Samstag im Williamsburg, Virginia, beginnt, müßten die sieben Staats- und Regierungschefs die Gelegenheit nutzen und Führerschaft demonstrieren, erklärte US-Außenminister George Shultz vor Journalisten in Washington. Was die Welt jetzt benötige, sei wirtschaftliches Wachstum, gekoppelt mit geringer Teuerung. Wegen der beginnenden Erholung in wichtigen Ländern sei die Ausgangslage günstig.

Es komme darauf an, abgestimmte Maßnahmen zu ergreifen, die sich gegenseitig verstärkten, fuhr Shultz fort. Die vordringlichsten Themen in Williamsburg seien die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Offenhaltung der Märkte und die Bewältigung der internationalen Verschuldungskrise, die sich übrigens auf wenige Staaten beschränke. In diesem Zusammenhang sagte Shultz als Ergebnis des Gipfels ein „Schnittmuster intensiverer Zusammenarbeit" voraus.

Hinsichtlich der Stabilisierung der Wechselkurse hält Shultz den „Beginn einer neue Ära" für möglich. Dafür sorgten die wirtschaftlichen Grundbedingungen, die in die richtige Richtung zeigten, erklärte er. Die USA würden sich um einen Abbau der Haushaltsdefizite bemühen, die zu groß seien. Sinkende Zinsen wirkten sich positiv an den Devisenmärkten aus. Eine solche Entwicklung sei zweifellos vorzuziehen.

Nur noch am Rande werden sich die Gipfelteilnehmer laut Shultz mit dem Osthandel – Technologie-Exporte, Kreditgewährung und Warenaustausch zu Marktkonditionen – befassen. Ein größerer Einstieg sei nicht nötig, weil sich die NATO im kommenden Monat in Paris abschließend mit den Ost-West-Beziehungen beschäftige.

Zufrieden seien die USA mit den Resultaten der Sitzungen des OECD-Ministerrats Anfang Mai. Sie hätten gezeigt, daß die führenden Industriestaaten dem Sicherheitsfaktor im Osthandel großes Gewicht beimessen.

Kaum zur Sprache kommen wird in Williamsburg auch die umstrittene Erneuerung des Export Administration Act. Trotz der Proteste der EG handele es sich hier mehr um ein internes Problem zwischen Administration und Kongreß, sagte Shultz. Man werde eine Lösung finden, die „richtig für unser Land ist". Dagegen wird Präsident Reagan den wunden Punkt unfairer Praktiken im Außenhandel – wie beispielsweise die Agrarexportsubventionen der EG – anschneiden. „Wir glauben an freie Märkte", erklärte Shultz. Sie seien die Voraussetzung für den Wirtschaftsaufschwung.

Ergänzend fügte US-Finanzminister Donald Regan hinzu, weltwirtschaftliches Wachstum sei nur durch koordinierte Aktionen innerhalb des Marktsystems zu erreichen. Bei den Gesprächen in Williamsburg komme es darauf an, die Erholung in Amerika „dauerhaft und global zu gestalten". Nach Regan werden sich die USA sorgfältig anhören, was der französische Staatspräsident Mitterrand über seinen Vorschlag, eine Währungskonferenz einzuberufen, zu sagen hat. Erst dann werde entschieden. Der Minister hält ein zweites „Bretton Woods" aber nach wie vor für verfrüht, überdies bedürfe ein solches Unternehmen umfangreicher Vorbereitungen. Regan erinnerte daran, daß die Vorarbeiten für die Währungstagung, die 1944 in dem kleinen Örtchen Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire stattfand, drei Jahre dauerten. Über die künftige Währungsordnung der westlichen Welt seien 150 Entwürfe angefertig worden.

Ansonsten lassen sich die Williamsburg-Ziele der USA auf diese Nenner bringen:

1. Engere Verflechtung finanz- und handelspolitischer Entscheidungen;

2. Unterstützung des internationalen Finanzsystems, um den lebenswichtigen Außenhandel, besonders für Entwicklungsländer, aufrechtzuerhalten;

3. Umkehrung des protektionistischen Trends;

4. Einbeziehung der Dienstleistungen in den liberalisierten Warenverkehr im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt);

5. Weitere Stärkung des Internationalen Währungsfonds (IWF);

6. Verbesserung des Überwachungsprozesses durch den IWF.

In der Frage staatlicher Eingriffe an den Devisenmärkten bleiben die USA dabei, daß Interventionen nur zur Glättung ungeordneter Verhältnisse und zur Reduzierung kurzfristiger Wechselkursschwankungen von Nutzen sind. Was die Administration verspricht, ist ein größerer Informationsaustausch über Marktkonditionen.

AUSSENHANDEL

Exportgarantien des Bundes werden demnächst teurer

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften des Bundes werden teurer. Der Grund: Die Schadensfälle werden in diesem Jahr wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage vor allem in den Entwicklungsländern weiter steigen, so daß der Bund „echt zur Kasse gebeten" wurde, wie Experten meinen. Im Haushalt ist für eine Milliarde Mark vorgesorgt worden. Das Bundeswirtschaftsministerium hat die Vertreter der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft für den 1. Juni zu Gesprächen über die Entgelterhöhung eingeladen.

Das Ausmaß stehe noch nicht fest, heißt es im Wirtschaftsministerium. Es sei jedoch nicht daran gedacht, das Entgelt so zu erhöhen, daß die vollen Bundesleistungon dieses und des nächsten Jahres ausgeglichen würden. Dies würde nicht nur eine Vervielfachung der Sätze bedeuten, sondern auch dem Sinn einer Versicherung widersprechen. *Mittelfristig* müßten „die Bücher jedoch wieder in Ordnung kommen".

Die Exportkreditversicherung, die von Hermes und Treuarbeit im Auftrag des Bundes abgewickelt wird, schloß im vergangenen Jahr noch mit einem Überschuß von 34 Millionen Mark. Dies lag allein an unerwarteten Rückflüssen. Eine deutsche Firma hatte sich mit Iran über die Entschädigung für Kraftwerke geeinigt. Da der Bund schon aus der Bürgschaft in Anspruch genommen worden war, erhielt er sein Geld zurück, immerhin 230 Millionen. Sonst hätte es bereits 1982 rote Zahlen gegeben.

Die Garantie- und Bürgschaftsfälle sind 1982 um 128 Prozent auf 806,83 Millionen Mark gestiegen. Von den Auszahlungen für politische Schäden von 757,69 Millionen entfiel mehr als die Hälfte auf Polen und 14 Prozent auf Rumänien. Bei den wirtschaftlichen Schäden wurde gegenüber 1981 fast eine Verdreifachung auf 38,54 Millionen Mark registriert. Hier wird wegen der angespannten Lage in Lateinamerika, Afrika und den europäischen Entwicklungsländern mit einer weiteren Zunahme gerechnet. Die Rückflüsse betrugen insgesamt 259,35 Millionen Mark.

Aufgrund von Umschuldungsabkommen wurden 123,9 Millionen Mark ausgezahlt, denen Rückflüsse von 103,1 Millionen gegenüber standen. Die Rückstände der Umschuldungsländer auf fällige Forderungen des Bundes und deutscher Deckungsnehmer stiegen 1982 um 400 Prozent auf 302,3 Millionen Mark. Hiervon entfiel die Hälfte auf Polen und mehr als ein Drittel auf Zaire.

Die Entgelteinnahmen erhöhten sich um 19,5 Prozent auf 661,2 Millionen. Die Gebühren brachten 5,9 Millionen. Die Verwaltungskosten betrugen 64,8 Millionen. Das Obligo des Bundes aus der Übernahme von Ausfuhrbürgschaften stieg um 15 auf 150,6 Milliarden. Der Ermächtigungsrahmen, der zu 94,1 Prozent ausgeschöpft war, wurde 1983 von 160 auf 185 Milliarden erhöht.

Für den OECD-Konsensus für die Mindestzinsen von staatlichen Exportkrediten zeichnet sich für Ende Juni ein Kompromiß ab. Die Sätze dürften um 0,5 bis 0,75 Punkte gesenkt werden. Ändern sich die Marktzinsen um 0,25 Punkte, soll automatisch in Zukunft neu beschlossen werden.

AUF EIN WORT



„Verluste, Preiskampf und unfairer Wettbewerb werden den Weltluftverkehr noch eine Weile begleiten, denn die Überkapazität – eine Hauptursache dafür – kann nur langsam abgebaut werden."

Heinz Ruhnau, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Lufthansa AG, Köln. FOTO: JUPP DARCHINGER

Protestwelle in Griechenland

SAD, **Athen**

Die Protestwelle gegen den von der sozialistischen Regierung Griechenlands unternommenen Versuch, das Streikrecht der im öffentlichen Sektor beschäftigten Griechen einzuschränken, rollt schon an. Ab Donnerstag wollen die bei den staatlich kontrollierten Banken 35 000 beschäftigten Hellenen für zwei Tage in den Streik treten. Anfang nächster Woche soll ein ebenfalls zweitägiger Streik aller bei den staatlichen Elektrizitätswerken arbeitenden Techniker stattfinden. Ähnliche Streikpläne haben auch die Fahrer der öffentlichen Transportmittel. Der Gesetzentwurf, der auch die Einführung von Mitbestimmungsmodellen im Staatssektor regeln soll, hat inzwischen eine interne Krise bei dem von den Sozialisten kontrollierten Gewerkschaftsbund GSEE ausgelöst.

IFO-KONJUNKTURTEST

Der leichte Optimismus erhielt einen Dämpfer

DANKWARD SEITZ, **München**

Die seit Herbst letzten Jahres spürbare Verbesserung des Konjunkturklimas hat sich sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch in der Bauwirtschaft und im Großhandel im April 1983 nicht fortgesetzt. Vielmehr erhielt der in den Vormonaten erkennbare leichte Optimismus wieder einen Dämpfer. Zu dieser Beurteilung kommt das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung nach seinem jüngsten Konjunkturtest.

Wenn auch die Industrie die Lage im April selbst etwas weniger ungünstig beurteilte, wird die Klimaverschlechterung nicht zuletzt mit einer von den Firmen festgestellten Verminderung der Exportchancen begründet. Es liegt nahe, so Ifo, hier einen Zusammenhang mit den Wechselkursänderungen im EWS zu vermuten. Im Investitionsgüterbereich hätten vor allem der Maschinenbau und die Elektrotechnik von geringeren Auftragseingängen berichtet, so daß kaum mit einem Anziehen der Produktion gerechnet werden könne. Bei den Gebrauchsgütern hingegen habe sich der Auftragseingang stabilisiert (elektrotechnische Produkte) oder weiter zugenommen (Pkw). In der Bauwirtschaft verschlechterte die Geschäftserwartung trotz gestiegener Bautätigkeit nach dem teilweise überzogenen Optimismus (Wohnungsbau) wieder etwas. Die Reichweite der Auftragsbestände hat sich weiter verlängert; mit 2,6 Monaten lagen sie um knapp einen halben Monat über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die Gerätekapazitäten waren mit 55 (54) Prozent nur geringfügig besser ausgelastet.

Im Großhandel dürften die Umsätze des Vorjahres im Durchschnitt deutlich unterschritten worden sein. Die Abschwächung sei stärker ausgefallen als saisonüblich.

BRASILIEN

Hält der IWF eine Milliarde Dollar Kredite zurück?

AP/dpa/VWD, **Washington**

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und eine Gruppe von Großbanken werden einem Bericht der „Washington Post" vom Mittwoch zufolge Brasilien mehr als eine Milliarde an Tilgungskrediten, die nächsten Dienstag fällig wären, nicht auszahlen. Unter Berufung auf Bankkreise schrieb die Zeitung, die Zahlungen würden mindestens einen Monat aufgeschoben, weil Brasilien die wirtschaftlichen Bedingungen der Geldgeber nicht erfüllt habe.

Ein IWF-Sprecher bezeichnete es jedoch am Dienstagabend als „etwas verfrüht" zu sagen, der Fonds werde seinen Anteil an den Zahlungen zurückhalten. Er werde Anfang Juni eine Delegation nach Brasilien entsenden, um über die Zahlungsschwierigkeiten des Landes zu beraten. Brasilien, das mehr als 80 Milliarden Dollar Auslandsschulden hat, ist mit einem Teil der Tilgungsraten im Rückstand. Der IWF hatte Brasilien im Februar ein Umschuldungsdarlehen von 4,6 Milliarden Dollar über drei Jahre angeboten, die Bankengruppe unter Führung des Morgan Guaranty Trust stellte 4,4 Milliarden bereit. Davon hätten nach Informationen der „Washington Post" am Dienstag vom IWF zwischen 400 und 500 Millionen, von den Banken 635 Millionen Dollar freigegeben werden sollen.

Mexiko hat dagegen sein Programm zur Sanierung der Wirtschaft nach Auffassung des Internationalen Währungsfonds bisher erfüllt. Es werde deshalb in Kürze von mehr als 500 Banken die nächste Tranche von 1,1 Milliarden Dollar (2,7 Milliarden Mark) erhalten, sowie weitere 325 Millionen Dollar vom IWF. Dies teilte der IWF der mexikanischen Regierung nach am Dienstag in Mexiko Stadt veröffentlichten Presseberichten mit.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG-Unternehmer für stabilere Wechselkurse

Brüssel (dpa/VWD) – Die Unternehmer in der Europäischen Gemeinschaft erhoffen vom bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg/USA eine Fortsetzung der Politik der Inflationsbekämpfung sowie Ansätze zu stabileren Wechselkursen und die Betätigung der Absage an den Protektionismus. In einer an die Regierungschefs der sieben großen Industrieländer gerichteten Erklärung zum Gipfel setzte sich die Union der Industrien der EG (UNICE) am Mittwoch auch für eine Stärkung der internationalen Währungs- und Finanzorgane ein, um den Gefahren der Verschuldenskrise begegnen zu können.

Industrieproduktion

Düsseldorf (rtr) – Eine spürbare Erholung der Industrieproduktion erwartet die Westdeutsche Landesbank im Verlauf des Jahres 1983. Wie die Bank in der neuesten Branchenprognose weiter mitteilt, wird dennoch das Gesamtergebnis in diesem Jahr noch um ein Prozent hinter dem des Vorjahres zurückbleiben. Erst 1983 werde die positive Entwicklung durchschlagen und sich bei der Industrieproduktion in einem Zuwachs von möglicherweise vier Prozent widerspiegeln.

Umschuldungs-Karussell

Frankfurt (rtr) – Die Zahlungsprobleme von Entwicklungsländern und die Wünsche nach der Umschuldung von fälligen Tilgungen halten die Banken der westlichen Industrieländer weiter in Atem. Nach Informationen aus Bankenkreisen vom Mittwoch hat kürzlich auch Nicaragua seine Gläubigerbanken um die Neuverhandlung von bestehenden Kreditverträgen (100 Millionen Dollar) gebeten.

Außenhandelspreise

Wiesbaden (rtr) – Die Einfuhrpreise haben sich nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes von März bis April kaum verändert, während die Exprortpreise in diesem Zeitraum leicht gestiegen sind. Wie das Amt am Mittwoch weiter mitteilte, verteuerten sich die Importpreise um 0,1 Prozent und die Ausfuhren um 0,2 Prozent. Der Index der Einfuhrpreise (Basis 1976) habe mit 140,3 um drei Prozent unter dem Stand vom April 1982 gelegen. Im Februar und März hatte die Jahresveränderungsrate minus 3,1 Prozent und minus 2,1 Prozent betragen. Der Index der Ausfuhrpreise (Basis 1976) wies mit 127,7 einen um 0,9 Prozent höheren Stand auf als im April des Vorjahres. Die Jahresveränderung im Februar und März hatte plus 1,7 Prozent und plus 1,1 Prozent betragen.

Kritik an Pharmaindustrie

Düsseldorf (AP) – Kritik am Verhalten der Pharmaindustrie und ihrer Preisgestaltung haben der Präsident des Bundeskartellamtes, Wolfgang Kartte, und der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Friedhelm Farthmann geübt. In einem Interview für das Magazin „DM" kritisierte Kartte vor allem „die vom Staat festgelegte Handelsspanne für Apotheker", durch die jeder Wettbewerb ausgeschaltet werde. Der SPD-Politiker Farthmann setzte sich dafür ein, daß künftig alle Medikamenten-Pakkungen mit einem Verfalldatum versehen würden, das auch von Patienten entziffert werden könne.

Amati-Violoncello

München (dpa) – Ein Violoncello des Cremoneser Geigenbauers Andrea Amati (etwa 1535–1611), für König Karl IX. von Frankreich 1566 gebaut, ist die Attraktion der Sonderauktion „Erlesene Streichinstrumente" am 31. Mai in München. Das Stück, das als das älteste seiner Art in der Welt bezeichnet wird, gehörte zu einem Orchester von 38 Streichinstrumenten. „Es wird nicht unter einer halben Million Mark zu haben sein", schätzt Harald Pagena aus Bad Wiessee, der für die Versteigerung im Münchner Kunstauktionshaus Neumeister verantwortlich ist.

Niedrigere Gaspreise?

Essen (VWD) – Bei der Ruhrgas AG werden derzeit gute Chancen dafür gesehen, daß sich die Gaspreise im Herbst ermäßigen werden. Von Unternehmensseite wird diese Erwartung von der Entwicklung bei den konkurrierenden Energieträgern abgeleitet. Eine neue Lieferquelle für Erdgas – je ein Drittel stammt gegenwärtig aus deutscher und niederländischer Förderung, 20 Prozent kommen aus der UdSSR und 16 Prozent aus Norwegen – könnte Dänemark werden, wenn das Land Teile seiner Förderung exportieren sollte.

GROSSBRITANNIEN / Trafalgar House will die größte Reederei übernehmen

Fusionswelle in London hält an

WILHELM FURLER, London

Das unter britischen Unternehmen während der letzten Wochen und Monate ausgebrochene Übernahmefieber hat mit dem offiziellen Angebot des großen britischen Mischkonzerns Trafalgar House, den Reederei- und Baukonzern Peninsular and Oriental Steam Navigation Co. (P & O) zu übernehmen, einen vorläufigen Höhepunkt erfahren. Trafalgar House, dem unter anderem die Reederei Cunard mit dem Flaggschiff „QE 2" und das Londoner Hotel Ritz gehören, bietet fünf eigene Aktien gegen jeweils vier P & O-Nachzugsaktien.

Bei einem Kurs von 168 Pence je Trafalgar House-Aktie (ex Dividende) wird P & O, die älteste und größte Reederei des Landes, mit knapp 300 Millionen Pfund, umgerechnet mit 1,16 Milliarden Mark bewertet.

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Übernahme-Versuchs hat P & O das Angebot in einem offiziellen Statement als „lächerlich winzig" bezeichnet. Es gebe in keiner Weise den Wert des Unternehmens wieder. Nach dieser Äußerung steht fest, daß eine der größten Londoner Übernahme-Schlachten bevorsteht.

Zur Zeit wird Englands Metropole noch von dem größten Gefecht, das die City je erlebte, in Atem gehalten: Das Management des bedeutenden Mischkonzerns Thomas Tilling wehrt sich verzweifelt gegen den Übernahme-Versuch des großen britischen Herstellers von Gummi-Fabrikaten BTR, ein stark in den Sektoren Energie, Verpakkung und Transport engagierter Konzern. Dieses Angebot lautet auf insgesamt 580 Millionen Pfund, 2,23 Milliarden Mark.

Die Übernahme der UDS-Gruppe (Kaufhaus-Kette, Kleider-Einzelhandel) durch den großen Mischkonzern Hanson Trust wurde für 260 Millionen Pfund vor kurzem bereits abgeschlossen. Noch nicht ausgefochten sind dagegen gut ein halbes Dutzend anderer bedeutender Übernahmeschlachten, unter anderem der Kampf um das renommierte Auktionshaus Sotheby's Parke Bernet.

Für diese Übernahme-Welle in Großbritannien gibt es mehrere Gründe. Zum einen unterscheidet sich die angelsächsische Mentalität, was Kauf, Verkauf und Besitz von Aktien angeht, erheblich von der deutschen: Es wird in Großbritannien weit stärker umgeschichtet. Dies gilt übrigens in gleicher Weise für Immobilien. Während die Deutschen im allgemeinen an einer Wohnung oder an einem Haus so lange wie möglich festhalten, ändert der Engländer erheblich öfter seine Adresse – der Familiengröße und dem wechselnden Bedarf genau angepaßt.

Zum zweiten ist der Aktienbesitz in Großbritannien anders gestreut als in Deutschland, da britische Banken praktisch keine Aktien halten. Es sind die Pensionskassen und Versicherungen, die als institutionelle Anleger auf dem Aktienmarkt dominieren. Mit einer großen Umschlagshäufigkeit in den Portefeuilles und einer ausschließlich auf Gewinn-Maximierung ausgerichteten Anlagepolitik – ohne Berücksichtigung langfristiger Aspekte – halten sie die Börse in Bewegung.

Schließlich begünstigt die gegenwärtige Wirtschafts-Konstellation in Großbritannien zwischen Rezession und Aufschwung die Übernahmeangebote ganz erheblich. Etliche Unternehmen stecken noch in der Rezession, auch wenn sie grundsätzlich kerngesund sind, was sich in niedrigen Aktienkursen niederschlägt. Viele Firmen werden daher an der Börse stark unterbewertet.

EG / Verhandlungen mit Grönland drohen zu scheitern

Streit um Fischereirechte

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Bemühungen um eine Neuregelung der Beziehungen Grönlands zur Europäischen Gemeinschaft drohen zu scheitern. Auch *die Außenminister vermochten* jedenfalls gestern den festgefahrenen Beratungen der Experten keine neuen politischen Impulse zu geben. Alle EG-Länder respektieren zwar den Wunsch Grönlands nach einem Austritt aus der Gemeinschaft. Die Mehrheit will den Grönländern jedoch nur dann den Status eines mit der Gemeinschaft assoziierten „Überseeischen Gebietes" zugestehen, wenn das kleine Inselvolk sich zu langfristigen Abmachungen für die Gewährung von Fischereirechten an die EG bereit erklärt.

Unterstützt vom dänischen Außenminister Ellemann Jensen appellierte der grönländische Regierungschef Jonathan Motzfeldt gestern vergeblich an die EG, die Verknüpfung beider Fragen aufzugeben. Die Grönländer seien zwar durchaus bereit, deutschen Schiffen Fangrechte einzuräumen und entsprechende Verhandlungen mit der Gemeinschaft aufzunehmen. *Sie hätten jedoch nicht die Absicht* für ihren Sonderstatus einen besonderen Preis zu zahlen.

Nach Meinung Motzfeldts schafft der angestrebte Vertrag über die Einstufung als „Überseeisches Gebiet" bereits gleichgewichtige Beziehungen, da Grönland der EG als Gegenleistung für den zollfreien Zugang für seine Fischexporte den eigenen Markt offen halten würde. Die deutsche Fischereiwirtschaft fürchtet dagegen aufs neue einen ihrer wichtigsten Fanggründe zu verlieren.

Ellemann Jensen sprach nach der Ratssitzung von einer Verhärtung der deutschen Position. Er sei zunehmend besorgt darüber, da die Zeit nicht für sondern gegen eine konstruktive Lösung der Probleme arbeite.

FRANKREICH / Initiative für eine „freie Wirtschaft"

Kritik am Dirigismus

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik und damit die deutsch-französische Freundschaft steht auf dem Spiel. Diese These vertritt der Präsident der parlamentarischen Vereinigung „Economie et Progrès" (Wirtschaft und Fortschritt) William Francois in einer von verschiedenen französischen Zeitungen veröffentlichten Darstellung. Sie mündet in die Forderung auf eine verfassungsmäßige Garantie der wirtschaftlichen Freiheit nach deutschem Vorbild.

Bereits im November letzten Jahres hatte die Vereinigung ein entsprechendes Manifest herausgegeben, welches inzwischen von 60 französischen Abgeordneten unterzeichnet wurde. Es handelt sich dabei ausschließlich um Parlamentarier der Oppositionsparteien. William Francois hofft, wie er der WELT erklärte, demnächst auf mindestens 100 Unterschriften zu kommen. Das Projekt würde von den deutschen Regierungsparteien unterstützt.

Die wichtigste Ursache für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs sei der allmächtige staatliche Dirigismus. Er wurde schon unmittelbar nach Kriegsende mit den ersten Nationalisierungen und der Planifikation aus der Taufe gehoben. Die Folge davon seien ökonomische Fehlentscheidungen am laufenden Band gewesen. Während die Bundesrepublik auf dem Weg der sozialen Marktwirtschaft immer größere Erfolge verbuchte, ging es mit der französischen Wirtschaft eher nach unten. Inzwischen aber haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu einem „Dilemma" zugespitzt, meint Francois.

Heute bliebe festzustellen, daß sich die französische Industrie in der Bundesrepublik, ihrem größten Auslandsmarkt, mangels Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr weiter entwickeln kann. Umgekehrt bietet der französische Markt der deutschen Industrie nur noch „entmutigende Perspektiven". Das gleiche gelte für die deutschen Kapitalinvestitionen in dem vom Staatskapitalismus dominierten Frankreich. Die Konvergenz zwischen der Wirtschafts- und Währungspolitik beider Länder war nach Ansicht Francois' noch niemals so gering wie heute. Wie lange wird es die unabhängige Deutsche Bundesbank noch verantworten wollen, Frankreich Hilfe zu leisten, fragt Francois.

Kein Land kann sich auf die Dauer mit reglementierten Preisen, einer schmelzenden Währung und einer durch Dekrete verwalteten Volkswirtschaft hinter seinen Grenzen verschanzen. Um aus dem Dilemma herauszukommen, müsse in Frankreich eine „neue Gesellschaft" der wirtschaftlichen Freiheit und Prosperität geschaffen werden. Die derzeitige französische Verfassung schweigt sich aber über die Wirtschaftsordnung aus.

Protektionismus muß abgebaut werden

dpa/VWD, Berlin

Die westlichen Industrieländer sollten sich nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) dazu durchringen, den von den Entwicklungsländern geforderten Abbau von Handels-Hemmnissen anzubieten. Hier stehe das Verhalten der Industrieländer „in eklatantem Widerspruch zu ihren wiederholten Bekenntnissen zum Freihandel und ihrer grundsätzlich eher marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung", kritisiert das DIW anläßlich der vom 6. bis 30. Juni in Belgrad stattfindenden Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD).

Das wichtigste Hemmnis für eine Liberalisierung der Handelspolitik sei „der bisher fehlende politische Wille in einigen Industrieländern", beklagt das in Berlin ansässige Institut. Ein ernsthafter Versuch zur Liberalisierung der Einfuhr aus Ländern der Dritten Welt hätte dann am ehesten Realisierungschancen, wenn er mit international abgestimmten Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einhergeht.

COMECON / Investitionen wurden stark gedrosselt – Industrieproduktion gesunken

Fünfjahrespläne bereits gescheitert

ULRICH B. MARKER, Wien

Die lange anhaltende Weltwirtschaftsflaute und die Unfähigkeit des planwirtschaftlichen Systems, auf veränderte Bedingungen kurzfristig zu reagieren, haben nach neuesten Analysen in fast allen Comecon-Ländern weit stärkere Spuren hinterlassen, als ursprünglich angenommen wurde. Die bis 1985 laufenden Fünfjahrespläne gelten bereits als gescheitert.

Mit den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben sich auch Einkommen und Lebensstandard der Bevölkerung verschlechtert, und die Inflation hat in einigen Comecon-Ländern die negativsten Teuerungsraten der westlichen Welt erreicht. Unter diesen Gegebenheiten werden die Prognosen der Comecon-Strategen, die für 1983 ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,2 Prozent, eine Zunahme der Industrieproduktion von 3,4 Prozent und eine Steigerung der Westexporte bis zu 10 Prozent voraussagen, von Ostwirtschaftsexperten mit großer Skepsis aufgenommen.

Derartige Ergebnisse, so wird erklärt, würden nicht nur einen nachhaltigen internationalen Konjunkturaufschwung mit nachfolgender Sogwirkung für die Comecon-Länder voraussetzen. Sie würden vor allem eine weitgehende Änderung der Produktionsstruktur voraussetzen, die der Nachfrage auf den Inlandsmärkten und im Ausland entspricht.

Nach einer Untersuchung des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche ist das Wirtschaftswachstum des Comecon-Blocks 1982 erneut von 1,8 auf 1,5 Prozent, die Industrieproduktion auf 2,3 Prozent zurückgegangen. Dabei wurde der statistische Durchschnitt noch durch die verhältnismäßig hohe Wachstumsrate der Sowjetunion (2,6 nach 3,3 Prozent) positiv beeinflußt.

Die Investitionen, besonders die importabhängigen Investitionen, wurden in allen Ländern 1982 weiter stark gedrosselt. Gleichzeitig ging der Inlandskonsum auffällig zurück, teils weil sich die Realeinkommen bei zunehmender Inflation (von drei Prozent in der Sowjetunion bis 20 Prozent in Rumänien und 100 Prozent in Polen) verminderten, teils weil die Regierungen die Preise gezielt verteuerten, um unzureichende Versorgung zu überbrücken und den Konsum zu drosseln.

Die Drosselung von Investitionen und Konsum hatte positive Auswirkungen auf die Handelsbilanzen der Comecon-Länder. Innerhalb des Blocks konnten die meisten ihre Defizite gegenüber der Sowjetunion trotz Verteuerung der Energieimporte abbauen, indem sie den Export verstärkten. Im Westhandel stagnierte der Comecon-Export 1982 zwar bei 45,4 Milliarden Dollar, aber der Importwert schrumpfte um 18 Prozent auf 44,9 Milliarden Dollar. 1981 wurde im Westhandel noch ein Defizit von 3,9 Milliarden Dollar ausgewiesen. Da jetzt auch gegenüber den Entwicklungsländern Überschüsse erzielt wurden, kann laut dem Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche angenommen werden, daß 1982 die gesamte Handelsbilanz des Comecon in harten Währungen erstmals aktiv war.

Erschwerend für die weitere Entwicklung im Comecon ist nach Meinung von Ostwirtschaftsexperten die Tatsache, daß fast alle Länder die Grenze ihrer Kreditfähigkeit erreicht haben und die westlichen Banken immer weniger Kreditbereitschaft bei immer härteren Konditionen zeigen. Sofern das Ziel einer Ausweitung der Westexporte nicht zu erreichen ist, werden die Comecon-Länder noch mehr als bisher gezwungen sein, ihren Bedarf an Hartwährungskrediten aus anderen Quellen zu decken. Das sind in erster Linie ihre Lieferanten.

BRAUEREI GANTER / Neuer Marketing-Leiter

Konsolidieren ist das Ziel

HANS BAUMANN, Freiburg

Am 1. Juni tritt er offiziell an, aber heute schon führt er mit Verwaltung und Vertrieb die ersten Gespräche: Gerhold Morgner, promovierter Jurist, der drei Jahre lang in Donaueschingen eine Kanzlei unterhielt, nachdem er aus der Geschäftsführung der Fürstlich Fürstenbergischen Brauerei ausgeschieden war. Nun ist er für Markt und Marketing bei der Privatbrauerei Ganter GmbH, Freiburg, tätig. Seine Hauptaufgabe – vorerst – Konsolidieren.

Unter Jochen Köhler, der das Haus jetzt weit vor Vertragsende verließ, lag das Badische Brauhaus auf Expansionskurs. Hans Ganter (67) und seiner Familie ging diese Strategie zu sehr ins Geld. „Natürlich wollen wir wachsen", sagt er, „aber es darf nicht an die Substanz gehen."

Was da in den vergangenen fünf Jahren „an die Substanz" gegangen ist, waren die Zukäufe der Löwenbräu in Baden und der Brauerei Feierling, für die Ganter seit Jahren Bier im Lohnverfahren herstellte. Löwenbräu brachte 90 000 Hektoliter mit, wovon aber rund 20 Prozent „abschmolzen". Der Ausstoß von Feierling von rund 50 000 Hektoliter konnte fast ganz gehalten werden, weil die Freiburger schon vor der Übernahme wußten, in welchen Kesseln dieses Bier gekocht wurde. So existiert heute noch die Marke Feierling.

Der Ausstoß des traditionellen Hauses Ganter (seit 1865 im Zentrum von Freiburg) heute: 390 000 Hektoliter Bier und 180 000 Hektoliter alkoholfreie Getränke. Das Haus hält eine Pepsi-Konzession, füllt für andere Brauereien Vita-Malz ab und hat unter Exklusivrecht Spezialbiere auf der Vertriebspalette, um alle Kundenwünsche befriedigen zu können. Beispiel: Hannen-Alt, Salvator, Stauder Pils. Als einzige Brauerei in Baden braut Ganter auch Weizen-Bier (10 000 hl, stark steigend). Sein Malz produziert das Haus noch zu 90 Prozent selbst.

Ganter achtet auf die Preise. Während der Ausstoß im letzten Brauwirtschaftsjahr um 4 Prozent stieg, erhöhte sich der Umsatz um 8,4 Prozent auf 65 Mill. DM. Ganter zielt als zweitgrößte Brauerei im Einzugsgebiet von rund 100 Kilometern auf Stärkung der Gastronomie. Der Faßbierausstoß beträgt zur Zeit 32 Prozent; er stieg im letzten Jahr um 10 Prozent. Investiert in Sachanlagen hat das Haus in den vergangenen fünf Jahren über 10 Mill. DM. Der Einweganteil liegt unter 10 Prozent des Ausstoßes. Vertrieben wird über den in Baden-Württemberg unterentwickelten Fachgroßhandel und über 11 Depots. Der Kasten Ganter-Pils kostet im Handel (20 Flaschen je 0,5 Liter) zwischen 13,98 und 15,98 DM). Der Engpaß der Brauerei liegt im Flaschenkeller, dessen Kapazität für 420 000 hl ausreicht.

HOCHTIEF / Belebung im Inland kompensiert Rückgang der Auslandsaufträge

Hohe Eigenmittel bilden solide Basis

HANS BAUMANN, Essen

„Für 1983 erwarten wir ein deutlich niedrigeres Ergebnis", sagte Finanzvorstand Hermann Cobet vor der Presse bei Vorlage des Geschäftsberichtes der Hochtief AG, Essen, für 1982. Die lukrativen Auslandsaufträge werden magerer, weil in den Opec-Ländern eine gewisse Sättigung an Baubedarf erreicht ist und die Ölpreissenkungen die Kassen leerten, was zum Beispiel Irak veranlaßte, mit einem Baukonsortium (zu dem Hochtief gehört) über Umschuldung von 40 Mill. DM zu verhandeln, die eigentlich schon 1982 fällig geworden wären.

Nun wird man feststellen müssen, daß selbst „ein deutlich niedrigeres Ergebnis" nur wenig über die Kraft des Bauriesen aussagt, der aus einem Gewinn von 83 (91) Mill. DM wieder 9 plus 2 Prozent Dividende auf das Aktienkapital von 150 Mill. DM zahlt (das sind einschließlich Steuergutschrift 17,19 DM je 50 DM nom.). 50 Mill. DM aus diesem Gewinn gehen in die Rücklagen für Auslandsrisiken. Hochtief ist damit fest gegründet auf einem Eigenmittelsockel von 731 Mill. DM nach 582 Mill. DM im Vorjahr bei einem Anlagevermögen von 1,22 Mrd. DM.

Ganz generell läßt sich sagen, daß das Unternehmen mit seinen 18 800 Beschäftigten im Inland seine Substanz wesentlich gestärkt hat durch die Auslandsgeschäfte der vergangenen Jahre. Dennoch betont Enno Vocke, Vorsitzender des Vorstandes, daß das eigentliche Fundament des Hauses das Inlandsgeschäft sei und bleibe. Und hier sieht Vocke leichte Silberstreifen am Horizont. In den ersten vier Monaten stieg die Bauleistung im Inland um 13 Prozent, im Ausland ging sie jedoch weiter zurück. Der Auftragsbestand stellt sich Ende April auf 4,4 Mrd. DM, das sind 11,5 Prozent mehr. Leistung und Bestand erreichen damit die Werte des Vorjahres, was zumindest eine Stabilisierung signalisiert.

Die Gesamtbauleistung des Konzerns im Berichtsjahr belief sich auf 4,65 (5,32) Mrd. DM. Der Rohertrag ging damit auch auf 1,82 (2,12) Mrd. DM zurück. Die wieder 33 Mill. DM für die Dividende zahlt das Haus spielend aus dem saldierten Zinsertrag von 123 (104) Mill. DM, der aus einer ungewöhnlich hohen Liquidität resultiert (2,66 Mrd. DM Bankguthaben und Wertpapiere).

Das Unternehmen setzt weiterhin auf „baunahe" Beteiligungen, um die Fortentwicklung der baulichen Aktivitäten zu sichern. So erhöhten sich jetzt Finanzanlagen auf 457 (154) Mill. DM, darin 196 (51) Mill. DM Beteiligungen, im wesentlichen Aufwendungen für die Übernahme der im vorigen Jahr aus der Löwenbräu-Gruppe ausgegliederten Monachia-Grundbesitz-Gesellschaft zu 45 Prozent. Weitere 45 Prozent liegen bei der Allianz, der Rest bei freien Löwenbräu-Aktionären. Für solche Beteiligungen habe man auch künftig ein waches Auge, sagte Enno Vocke.

Die Investitionen lagen mit gut 100 Mill. DM wieder etwas über Vorjahreshöhe bei einem Netto-Cash-flow von 282 (338) Mill. DM. Über die Aufwendungen im laufenden Jahr können Baukonzerne schlecht Vorausschätzungen machen, da die Anschaffung von Gerät von den jeweiligen Aufträgen abhängt.

Hochtief hält das RWE zu 39 Prozent, Agricola, München (Merck, Finck & Co.), besitzt eine Schachtel und die Francommerz 25 Prozent plus eine Aktie. Acht Prozent sind in freier Hand und zwei Prozent als Belegschaftsaktien in der Hand der Mitarbeiter.

FIAT / Amerikanische Töchter fuhren Verlust ein

Pkw-Absatz sinkt weiter

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Automobilindustrie hat im 1. Quartal dieses Jahres 345 033 Pkw produziert; ein Prozent weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Davon wurden 37,5 Prozent exportiert gegenüber 34,7 Prozent in der Vergleichsperiode. Insgesamt wurden 129 267 Autos ausgeführt. Das entsprach einer Steigerung von 6,9 Prozent. Am Export war Italiens größter Hersteller Fiat Auto S. p. A. in Turin mit über 80 Prozent beteiligt.

Im Inland wurden in den Monaten Januar–April 596 182 Pkw verkauft. Davon entfielen 61,7 Prozent auf die inländischen Hersteller, beinahe drei Prozentpunkte mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Den Löwenanteil beanspruchte auch in diesem Fall der Fiat-Konzern, der seinen Marktanteil (1. Quartal) um zwei Prozentpunkte auf 53,3 Prozent verbessern konnte. Insgesamt verminderte sich der Pkw-Absatz auf dem italienischen Inlandsmarkt gegenüber der Vergleichsperiode um fast 10 Prozent, wobei die Inlandsmarken um 5,8 Prozent und die Auslandsmarken um 15,9 Prozent zurückstecken mußten.

Entscheidend für das schlechte Abschneiden der ausländischen Hersteller war vor allem die größere Typenvielfalt der italienischen Unternehmen. Gut eingeschlagen haben dabei vor allem der Fiat Uno und der Lancia Prisma, die beide in ihren Marktsegmenten die ersten Plätze belegten.

Die Automobil-Betriebsführungsgesellschaft des Fiat-Konzerns, Fiat Auto, erlitt bei einem von 9578 auf 10 400 Mrd. Lire gestiegenen Umsatz einen Verlust von 80 Mrd. Lire gegenüber 255 Mrd. Lire im Vorjahr. Dabei stand einem Reingewinn des europäischen Firmenteils in Höhe von 260 Mrd. Lire ein Verlustloch der amerikanischen Konzerntöchter und Beteiligungsunternehmen von 340 Mrd. Lire gegenüber. Die Konzernholding Fiat S. p. A. erzielte 1982 aus einem Umsatz von 20 750 Mrd. Lire (37,3 Mrd. DM) dagegen einen Reingewinn von 111 (97) Mrd. Lire, aus dem der für den 4. Juli einberufenen Hauptversammlung eine von 140 auf 160 Lire erhöhte Dividende vorgeschlagen wird.

Italiens zweitgrößtes Automobilunternehmen, Alfa Romeo, Mailand, hat 1982 rund 85 Mrd. Lire verloren gegenüber einem Verlust von 116 Mrd. Lire in 1981. Der Umsatz erhöhte sich von 1038 auf 2300 Mrd. Lire.

SPARKASSE MÜNCHEN / Vorsorge getroffen

Kreditnachfrage hält an

DW. Bonn

Fast nahtlos hat die Entwicklung der Stadtsparkasse München im ersten Quartal 1983 an das gute Jahr 1982 angeknüpft. Im Kreditgeschäft, das schon im vergangenen Jahr bei einem Anstieg des Kundengeschäfts um 12,7 Prozent mit einer Zuwachsrate von 7,9 Prozent auf 5,5 Mrd. DM aufwartete, hat sich dieser Trend weiter fortgesetzt. Dies gilt nach Angaben des Vorstands insbesondere für das Hypothekengeschäft, wo bis Ende März über 113 (29) Mill. DM neu zugesagt wurden. Hochgerechnet bedeute dies, daß 1983 das Rekordergebnis von 1982 mit über 330 Mill. DM nochmals übertroffen wird. An gewerblichen Krediten wurden bereits 129 Mill. DM zugesagt; per Ende 1982 hatte sich hier der Bestand um 70 Mill. DM auf knapp 1,2 Mrd. DM erhöht.

Weiter erfreulich verläuft, so der Vorstand, auch die Entwicklung der Spareinlagen, die um 4,5 Prozent zugenommen haben. Schon im vergangenen Jahr konnte bei einer Zuwachsrate von 6,4 Prozent auf 4,4 Mrd. DM der Rückgang des Bestandes von 1981 mehr als wettgemacht werden.

Das gute Jahr 1982 hat die Sparkasse München genutzt, für die weitere Belebung des Kreditgeschäfts gerüstet zu sein. Das Institut, das seine Zinsspanne 1983 von 2,9 Prozent auf 3,24 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme verbessern konnte, wandte „für Vorsorgemaßnahmen im weitesten Sinn" 44 Mill. DM auf. Das Eigenkapital beträgt nun 358 Mill. DM und erreicht damit eine Quote von 4,4 Prozent der Bilanzsumme (8,1 nach 7,5 Mrd. DM). Wie gut verdient wurde, zeigt auch der Steueraufwand, der sich mit fast 90 Mill. DM mehr als verdoppelte. Als Jahresüberschuß werden 28 (24) Mill. DM ausgewiesen.

Dralle: Wachstum wird langsamer

J. BRECH, Hamburg

Die Dralle GmbH, Hamburg, Spezialist für Haarpflege, ist 1982 weiter gewachsen, ohne jedoch die Zuwachsraten des Vorjahres zu erreichen. Nach der Expansion im Jahr 1981 um 21,6 Prozent ist der Inlandsumsatz im Berichtsjahr nominal um 5;5 und real um 2,6 Prozent gestiegen.

Im Auslandsgeschäft betrug das Plus 14 (20) Prozent. Den weltweiten Gesamtumsatz gibt das Unternehmen mit 110 (100) Mill. DM an. Zur Ertragslage heißt es, daß sich das im großen und ganzen befriedigende Ergebnis gegenüber dem Vorjahr kaum verändert habe.

Die abgeschwächte Entwicklung am Inlandsmarkt begründen die geschäftsführenden Gesellschafter Rolf, Jörg und Frank Breckwoldt mit der drastisch verschärften Wettbewerbssituation, die nun auch den Bereich der anspruchsvollen Haarpflege erreicht habe. In den ersten Monaten dieses Jahres hat sich die Tendenz fortgesetzt. Das reale Umsatzplus betrug im Inland 1,5 Prozent, im Ausland wurde eine zweistellige Zuwachsrate erreicht.

Vergleichsverfahren der Suag aufgehoben

W. WESSENDORF, Bremen

Das Amtsgericht Bremerhaven hat das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Werft Schichau Unterweser AG (Suag) am 6. Mai 1983 aufgehoben. Die Suag erfüllte gegenüber allen Gläubigern die im Vergleich am 7. Januar zugesicherten Forderungen in Höhe von 35 Prozent. Mit Hilfe des Landes Bremen, das rund 40 Prozent des Grundkapitals in Höhe von 10 Mill. DM hält, soll ein neuer Start erfolgen.

Auf der nachträglichen ordentlichen Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 1981 am 5. Juli 1983 wird ein Kapitalschnitt von 10:1 vorgeschlagen. Mit dem Kapitalschnitt von 9 Mill. DM wären dann alle früheren Verluste ausgeglichen. Die landeseigene Bremer Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit mbH will den Kapitalabfluß wieder mit kapitalersetzenden Darlehen in Höhe von 9 Mill. DM auffüllen. Der derzeitige Auftragsbestand sichert die Auslastung der Werft bis zum Ende des dritten Quartals 1983 und eine Teilauslastung bis zum Ende dieses Jahres.

Bauherrenmodell stark gefragt

LEO FISCHER, Düsseldorf

Die Dr. Jung AG Anlageberatung, München, alleiniger Vertriebspartner der Treuwo Verwaltungs-AG, Lübeck, einer der führenden Anbieter von Bauherrenmodellen, meldet einen 89prozentigen Umsatzzuwachs in den ersten drei Monaten 1983 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Neben dem Vorzieheffekt aufgrund des Auslaufens der Mehrwertsteueroption führt der Vorstandsvorsitzende Jung den Umsatzanstieg auf das verbesserte Anlageklima im Wohnungsbau (geänderte Mietgesetzgebung, Rückgang der Zinsen) und die Investitionshilfeabgabe zurück, der viele Anleger durch Investitionen in steuerbegünstigten Kapitalanlagen ausweichen wollen.

Für das laufende Geschäftsjahr erwartet die Gesellschaft einen Anstieg des Umsatzes von Bauobjekten nach dem Bauherrenmodell auf etwa 400 Mill. DM nach 327 Mill. DM im Vorjahr. In Erwartung des steigenden Bauvolumens hat die Treuwo Verwaltungs-AG ihr Grundkapital um 6,5 Mill. DM auf 10 Mill. DM erhöht.

BRZ-BANK / Dem Jubiläum entsprechender Abschluß

Sparbuch wiederentdeckt

DANKWARD SEITZ, München

„Uns ist es gelungen, zum bevorstehenden 90jährigen Jubiläum für 1982 einen diesem Ereignis entsprechenden Abschluß präsentieren zu können." Daran werden auch, wie Konrad Vilgertshofer, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Raiffeisen-Zentralbank AG (BRZ-Bank), München, erläuterte, die Aktionäre mit einem Jubiläumsbonus von 5 Prozent zur langjährigen Dividende von 8 Prozent (Grundkapital 104 Mill. DM) partizipieren.

Die Bilanzsumme des Spitzeninstituts der 962 bayerischen Raiffeisenbanken erhöhte sich 1982 um 11,9 Prozent auf gut 13,5 Mrd. DM. Wachstumsimpulse gingen, so Vilgertshofer, vor allem von der Einlagenentwicklung aus. Die Guthaben der angeschlossenen Institute stiegen um 16,9 Prozent auf 6,3 Mrd. DM. Nichtbankeneinlagen stehen mit rund 2,4 Mrd. DM (plus 4,4 Prozent) zu Buche. Von der Kundschaft sei das Sparbuch dabei als Anlageart wiederentdeckt worden. Hier ergab sich ein Anstieg von 13,1 Prozent nach minus 6 Prozent im Vorjahr.

Im Kreditgeschäft spürte die BRZ-Bank eine deutliche Zurückhaltung. Die Forderungen an Kunden stiegen nur um 6,2 (14,1) Prozent auf 3,7 Mrd. DM und an Raiffeisenbanken um 5,2 (17,1) Prozent auf 3,4 Mrd. DM. Dadurch sei es möglich gewesen, die Liquiditätsreserven weiter um 14 Prozent auf 2,7 Mrd. DM anzureichern.

Bei einer auf über 1 Prozent verbesserten Zinsspanne konnte die Ertragskraft, so Vilgertshofer, weiter gestärkt werden. Trotz hoher Risikovorsorge von 28 Mill. DM, wobei keine Wertpapierabschreibungen nötig waren, stieg der Jahresüberschuß auf 53,2 (31,1) Mill. DM. Davon wurden vorweg 29,2 Mill. DM den Rücklagen zugewiesen; weitere 7,2 Mill. DM sollen ihnen auf Beschluß der Hauptversammlung zugeführt werden. Nach der 1982 durchgeführten Kapitalerhöhung um 26 Mill. auf 130 Mill. DM verfügt die BRZ-Bank nun über ein Eigenkapital von 401,3 Mill. DM.

RAMADA HOTELS INTERN./ Expansionskurs

Spielbank-Probleme behoben

JAN BRECH, **Hamburg**

Die drittgrößte Hotelgruppe der Welt, die Ramada Hotels International, Arizona, USA, geht nach einer Phase der Konsolidierung wieder auf Expansionskurs. Die Gesellschaft, die eine führende Position im Mittelpreis-Markt anstrebt, will bis Mitte der 80er Jahre über 600 Ramada Inns, 110 Ramada Hotels und 42 Ramada Renaissance Hotels verfügen. Zur Zeit umfaßt die Gruppe weltweit 613 Motels, davon allein 570 in den USA. Die überwiegende Zahl der Herbergen werden nach dem Franchise-System betrieben.

Mit dem Programm von kleinen Ramada Inns in den USA sowie den internationalen Ramada Hotels und Renaissance-Häusern würden im sogenannten „midprice market" die verschiedensten Kundenkreis-Segmente angesprochen. Im Mittelpunkt der Ausbaupläne steht die neue Hotelgeneration der luxuriösen Renaissance-Hotels. In den kommenden 3 Jahren ist die Eröffnung von 32 Einheiten, davon 25 in den USA, vorgesehen. In Deutschland wird neben dem bestehenden Haus in Hamburg ein weiteres in Stuttgart geplant. Die gesamten Investitionen für den Ausbau der Renaissance-Kette sind in den nächsten drei Jahren mit rund 1 Mrd. Dollar veranschlagt.

Der Umsatz für 1982 wird bei einem Plus von 4,8 Prozent mit 1,25 Mrd. Dollar angegeben. Die durchschnittliche Belegungsquote in den USA habe 66,9 Prozent, im internationalen Bereich 71,1 Prozent betragen. Als Betriebsergebnis weist Ramada 75 Mill. Dollar aus.

Überwunden hat die Gruppe nach eigenen Angaben die schweren Belastungen aus ihren Spielbank-Projekten, vor allem in Atlantic City. Zusätzliche Mehrkosten von rund 170 Mill. Dollar beim Bau des Hotels hatten die Finanzlage erheblich strapaziert. Nach der Ausgabe eigener Aktien, dem Verkauf von Hotels, die nicht mehr in das Konzept paßten und langfristiger Umschuldung seien die Probleme endgültig behoben, heißt es.

ALUSINGEN / Auftragsbücher wieder voller – Preisdruck bleibt bestehen

Das Rezessionsjahr gut überstanden

MANFRED FUCHS, **Singen**

Die zum Konzern der schweizerischen Aluminium AG (Alusuisse), Zürich, gehörende Aluminium-Walzwerk Singen GmbH (Alusingen), Singen, hat das schwere Rezessionsjahr 1982 relativ gut überstanden. Dieser Aluminium-Weiterverarbeiter konnte im Gegensatz zu einigen Wettbewerbern sein operatives Ergebnis im Geschäftsjahr 1982 auf 10,4 (Vorjahr: 8,3) Mill. DM verbessern und kam ohne Kurzarbeit oder auftragsbedingte Entlassungen aus.

Für 1982 wird ein Cash-flow von 34,4 (30,1) Mill. DM und ein mit dem Bilanzgewinn identischer Jahresüberschuß von 3,6 (1,1) Mill. DM ausgewiesen. Als Dividende an die Muttergesellschaft wurden 3,5 Mill. DM überwiesen. Für 10,2 Mill. DM wurde eine 98prozentige Beteiligung an der Werkswohnungsgemeinschaft Rheinfelden der Schwestergesellschaft Aluminium-Hütte Rheinfelden GmbH erworben.

Im laufenden Jahr erreichte der Auftragseingang, so Dietrich H. Boesken, Vorsitzender der Alusingen-Geschäftsführung, im Februar erstmals wieder die eingeplante Produktionskapazität. Der Auftragsbestand liegt nach dem Tiefstand im Herbst 1982 im April 1983 wieder in einer Größenordnung von knapp 30 000 Tonnen, die eine rationellere Fertigung ermöglicht. Allerdings sei der Druck auf die Verkaufspreise immer noch spürbar. Im Bereich Leichtbau hat sich insbesondere die Nachfrage nach Luftfracht-Containern und Ladebordwänden belebt. Das Angebot an Aufbauten für leichte Nutzfahrzeuge wurde erweitert.

Im Geschäftsjahr 1982 wurde bei einer Absatzmenge von 126 700 (Vorjahr: 123 200) Tonnen ein Umsatz von 860,2 (859,7) Mill. DM erzielt. Dieser nahezu gleiche Umsatzwert spiegelt den mit 17 (10) Prozent höheren Anteil an Umarbeitungsgeschäften wider, der im März 1983 wieder stark zurückging. Die Mitarbeiterzahl lag Ende 1982 bei 4201 (4316) Beschäftigten.

Die Investitionen und Reparaturen sollen 1983 wieder in der Größenordnung von 60 Mill. DM liegen. 1982 wurden 38,0 (24,0) Mill. DM investiert und für 34,3 (32,2) Mill. DM repariert. Ende September 1983 soll bei Alusingen eine neue Folienveredelungsanlage in Betrieb gehen. In den letzten Tagen wurde der Ausbau der größten Horizontalstrangpresse Europas mit einem Aufwand von rund 10 Mill. DM beschlossen.

Ein im Februar 1983 ausgebrochener Brand verursachte einen Versicherungsschaden von schätzungsweise 50 bis 70 Mill. DM (einschließlich Betriebsunterbrechungsversicherung) und legt bis Anfang 1984 etwa 30 Prozent oder 1600 bis 1800 Monatstonnen der Folienproduktion still. Der Produktionsausfall kann zum Teil mit alten Anlagen und mit der Fertigung im Alusuisse-Verbund ausgeglichen werden.

WHB / Mutter zahlt Kleinaktionären die Dividende

Bauflaute brachte Verluste

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Wie bereits in den Jahren zuvor wird die Wickrather Handels- und Beteiligungs-AG (WHB), Mönchengladbach, ihren wenigen verbliebenen Kleinaktionären auch für 1982 keine selbst verdiente Dividende ausschütten. Dennoch zeigt die Muttergesellschaft der als Holding einer im Leder-, Industrie- und Baubereich tätigen Unternehmensgruppe, die britische Bowater Corp., (99 Prozent des 9 Mill. DM Grundkapitals) ein Herz für „die Kleinen": Sie stellt einen Betrag für eine Ausschüttung von 3 (5) DM je 50 DM-Aktie zur Verfügung (HV.: 24. Juni).

Die WHB AG weist für 1982 einen Verlust von 8,9 (0,1) Mill. aus, der durch Entnahme aus den Rücklagen getilgt wird. Im Teilkonzern verbleibt nach einem Fehlbetrag von knapp 13 (2,4) Mill. DM und Rücklagenauflösung noch ein Verlust von 4,7 Mill. DM nach einem Gewinn von 7,3 Mill. DM. Dies war ausschließlich eine Folge der krassen Unterbeschäftigung des Baubereichs (63 nach 71 Prozent des Gruppenumsatzes von 161 nach 159 Mill. DM), der in den zurückliegenden Jahren der Baukonjunktur eine starke Kapazitätsausweitung erfahren hatte. Massenentlassungen (945 nach 1247 Beschäftigte) und Sanierungsaufwendungen kosteten 1982 rund 13 Mill. DM.

Im Gegensatz zu den Markteinbrüchen im Bausektor entwickelten sich die Leder- und Industrieaktivitäten durchaus positiv. Restrukturierungs- und Sanierungsmaßnahmen haben jedoch nach Ansicht von WHB und Bowater die Gruppe soweit gefestigt, um „nach einer Übergangsphase 1983 ab 1984 wieder positive Ergebnisse" zu erzielen. Dies unterstreicht Bowater nicht zuletzt durch ein der WHB gewährtes langfristiges Gesellschaftsdarlehen von 15 Mill. DM.

Überdies erwartet die Muttergesellschaft durch Einbeziehung der deutschen Gesellschaften in die Bowater Building Products Koordinierungserfolge in europäischem Rahmen und positive Impulse für die Geschäftstätigkeit auf dem deutschen Markt.

BREUNINGER / Gewinnziel voll erreicht

Besser als der Durchschnitt

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

„Wir haben den Gegenwind als Aufwind benutzt." So beschreibt Willem G. van Agtmael, Chef des Stuttgarter Warenhaus-Unternehmens Breuninger GmbH. & Co. die Geschäftsentwicklung im Jahre 1982 und verwies darauf, daß man das Ziel, einen angemessenen Gewinn zu erwirtschaften, voll erreicht habe. Während in dieser Branche viele Konkurrenzfirmen Umsatzrückgänge hinnehmen mußten, konnte Breuninger seinen Umsatz – wenn auch nur leicht – um 0,3 Prozent auf netto 455,7 Mill. DM ausweiten. Bereinigt man den als Vergleichsbasis herangezogenen Jubiläumsverkauf des Jahres 1981 (Breuninger feierte in jenem Jahr sein 100jähriges Jublilâum), so liegt das Umsatzplus des Jahres 1982 sogar bei 5,5 Prozent.

Die Weichen für diesen Erfolg wurden nach Angaben van Agtmaels mit Maßnahmen zur Kostensenkung, Verbesserungen der Mitarbeiter-Qualifikation durch Schulungsprogramme, durch strukturelle Veränderungen in der Organisation und mit marketing-technischen Maßnahmen gestellt. Überdies habe die Zahl der Stammkunden zugenommen.

„Große Umsatzsteigerungsraten" habe das Einkaufszentrum „Breuningerland" in Sindelfingen (neben Ludwigsburg) gebracht. Die gesamte Verkaufsfläche Breuningers liegt bei 88 000 m². Der Textilanteil am Umsatz beträgt etwa 60 Prozent. Bei den Investitionen (1,7 Mill. DM gegenüber 11 Mill. DM im Vorjahr) wurde eine Pause eingelegt. Für die nächsten 5 Jahre sind 30 Mill. DM Investitionen im Stammhaus vorgesehen. Die Eigenmittelquote des Familienunternehmens verbesserte sich auf 31,0 (24,6) Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Seife für Beiersdorf

Hamburg (JB.) – Die Beiersdorf AG, Hamburg, wird mit Beginn des nächsten Jahres Mehrheitsgesellschafter der Hirtler GmbH, einer Seifenfabrik in Heitersheim bei Freiburg. Das Hamburger Unternehmen übernimmt 70 Prozent von der Cassella AG, Frankfurt, die künftig nur noch mit 30 Prozent bei Hirtler beteiligt sein wird. Mit dem Erwerb von Hirtler kann Beiersdorf seinen Bedarf an Grundseife weitgehend aus eigener Produktion decken. Das erforderliche Kontrollverfahren beim Bundeskartellamt ist nach Mitteilung beider Unternehmen eingeleitet worden.

Unveränderte Dividende

Berlin (VWD) – Der Hauptversammlung der Herlitz AG (Berlin) am 17. August 1983 wird eine unveränderte Dividende von 8,00 DM je Stammaktie bzw. 9,00 DM je Vorzugsaktie vorgeschlagen. Das Grundkapital soll von 60 Mill. auf 80 Mill. DM durch Ausgabe neuer Vorzugsaktien erhöht werden. Die neuen Aktien erhalten für 1983 halbe Gewinnberechtigung. Sie werden den Inhabern der Stamm- und Vorzugsaktien im Verhältnis drei zu eins zum Kurs von 150,00 DM angeboten. Die Bezugsfrist soll nach Angaben der Gesellschaft voraussichtlich vom 11. bis 25. Juli 1983 laufen. Der Jahresüberschuß der Herlitz AG wird mit 15,7 (7,2) Mill. DM angegeben. Für die Ausschüttung ist ein Betrag von 8,0 (5,4) Mill. DM erforderlich, in die Rücklage sollen 7,7 (1,8) Mill. DM eingestellt werden.

Grundig mit 16 Prozent?

Nürnberg (dpa/VWD) – Bei der Grundig AG, Fürth, haben sich die positiven Erwartungen für das Geschäftsjahr 1982/83 (31. März) offensichtlich erfüllt. Bei einem Rekordumsatz von deutlich über 3 Mrd. DM dürfte, wie aus Bankenkreisen zu erfahren war, ein Dividendenvorschlag von mindestens 16 Prozent zu erwarten sein. Von der Geschäftsleitung wurde dies auf Anfrage weder bestätigt noch dementiert.

B. F. A. verbessert Ergebnis

Düsseldorf (Py.) – Die Banque Franco Allemande S. A. (B. F. A.), Paris, hat 1982 ihre Bilanzsumme um 16 Prozent auf 6,57 Mrd. FF erhöht und trotz der im Einlagen- und Kreditbereich bewußt unter Rentabilitätsaspekten vorgenommenen Volumenausweitung ihr Betriebsergebnis um 38 Prozent auf 36 Mill. FF gesteigert. Als Dividende wurden 150 FF je 1000-FF-Aktie plus 75 FF Steuergutschrift ausgeschüttet. Am 88 Mill. FF betragenden Grundkapital der ältesten deutsch-französischen Bank hält die Westdeutsche Landesbank (neben drei weiteren deutschen öffentlich-rechtlichen Instituten) 88 Prozent.

MÜHLE RÜNINGEN / Starke Exporteinbußen

Aussichten bleiben düster

D. SCHMIDT, **Braunschweig**

Die Mühle Rüningen AG, an der die Hamburger Getreidegroßhandlung Alfred Toepfer mehrheitlich beteiligt ist, hat im Geschäftsjahr 1982 die gegenüber den Vorjahren stark gesunkenen Exporte nur zum Teil durch das Inlandsgeschäft kompensieren können. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, führte die geringere Zermahlung zu einem Umsatzrückgang auf 129 (134) Mill. DM. Der Vorstand führt diese Entwicklung auf die „völlig unzureichenden Quoten im genehmigten Exportkartell" zurück.

Für die deutsche Müllerei sei 1982 ein schwieriges Jahr gewesen. Der Wettbewerb im Inland, der durch das Erliegen des deutschen Mehlexports noch verschärft wurde, habe zu einer geringeren Auslastung und teilweise zur Einführung von Kurzarbeit geführt. Eine Besserung dieser Situation sei derzeit nicht abzusehen. Entsprechend zurückhaltend müßten die Aussichten im laufenden Jahr beurteilt werden.

Die ungünstige Entwicklung im Berichtsjahr sei nicht ohne Auswirkungen auf das Betriebsergebnis geblieben, wenngleich der Rohertrag gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert ausgewiesen wird. Der Jahresüberschuß erreichte immerhin 0,74 (0,52) Mill. DM. Davon werden 0,25 Mill. DM der freien Rücklage zugewiesen.

Der Hauptversammlung am 21. Juni schlägt die Verwaltung die Ausschüttung einer Dividende von 10 Prozent auf das Grundkapital von 4,87 Mill. DM vor. Im Vorjahr hatte die Mühle Rüningen noch 16 Prozent gezahlt. Abgeschlossen sei die mit hohen Investitionen verbundene Modernisierung der Fertigungseinrichtungen und die Installation neuer Silo-Anlagen.

Bundesanleihen

		25. 5.	24. 5.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6
6 Bund 75 II	7/83	100,3G	100,3
5½ dgl. 78 I	1/84	99,9	100
6 dgl. 84 I	1/84	100,15G	100,15G
6 dgl. 78 I	2/84	101,5	101,5G
7 dgl. 77	3/84	100,3	100,7
7½ dgl. 76 II	4/84	101,2	101,2
5 dgl. 78	5/84	99,5	99,6
6 dgl. 78 III	9/84	100	100
8¼ dgl. 76	9/84	102,75	102,85
6 dgl. 78 IV	12/84	99,85	100,05
6¼ dgl. 79	1/85	100,05	100,25
8½ dgl. 73 I	3/85	103,55	103,55
7 dgl. 79	4/85	101,15	101,15
7¼ dgl. 79 II	6/85	101,65	101,65
7½ dgl. 79 I	7/85	102,1	102,35
8 dgl. 75 IV	10/85	102,65	103
5½ dgl. 78 II	3/86	96,8G	96,8
5¾ dgl. 78	5/86	97,05	97,05
7¼ dgl. 76 I	12/86	99,95	100,35
6½ dgl. 79	1/87	98,05	98,15
7¼ dgl. 76 II	1/87	99,5	100,05
6¾ dgl. 77	4/87	98,25G	98,25
6½ dgl. 77	7/87	97,5	97,5
6 dgl. 77	10/87	96,05	96,5
6 dgl. 78 I	1/88	94,8	95,2
6½ dgl. 78 I	9/88	97G	97,1
6½ dgl. 78 II	12/88	96,55G	96,65

		25. 5.	24. 5.
F 6 dgl. 77	9/87	95,4	95,6
6 dgl. 78 II	7/88	94,4	94,65
6½ dgl. 77	5/89	95,4	95,6
8 dgl. 79 I	7/89	101,85	102,05
6 dgl. 78 I	2/90	94,15	94,15G
8 dgl. 80 II	7/90	100,9	101,25
9 dgl. 81	3/91	105,66	105,85
10½ dgl. 81	9/81	114,6	114,7
10¾ dgl. 81	11/1	113,45G	113,55
8 dgl. 80 I	2/92	100,25	100,6
10 dgl. 82	2/92	112,35G	112,45
9½ dgl. 82	7/92	109,9	109,85
8 dgl. 82	11/92	100,1	100,3
7¾ dgl. 83	1/93	99,7	99,7

Bundespost

		25. 5.	24. 5.
F 4 Abl 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdpost 58	10/83	100,05G	100,25B
6 dgl. 63 II	7/83	100,25G	100,05
6 dgl. 72 II	12/83	101,25	101,25G
6½ dgl. 68	6/88	99,4	99,6
8 dgl. 72 I	9/87	102,35	102,5
10 dgl. 81	3/89	110,25G	110,25
10¼ dgl. 81	6/89	110,95B	110,95
8 dgl. 80	3/90	100,7	101,1
7¾ dgl. 80	9/90	100,25	100,35
8¾ dgl. 80	12/90	105,3	105,3
10½ dgl. 81	10/91	114,7	114,8
8¾ dgl. 82	2/92	110,9	111,3

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Rückkehr zum Achtprozenter

Am Rentenmarkt lagen öffentliche Anleihen und Pfandbriefe unter Druck, während sich die DM-Auslandsanleihen deshalb besser behaupten konnten, weil hier einiges Material ins Ausland abfloß. Bei den öffentlichen Anleihen, die bis zu 0,80 Prozentpunkte zurückgenommen werden mußten, verstimmten die Schuldscheinofferten des Bundes, der mit Renditen für 10jährige Papiere von 8,10 und für 5jährige von 7,90 die Zinsführerschaft wieder übernommen hat. Bei den Pfandbriefen kamen die ersten Achtprozenter an den Markt. Sie wurden den Versicherungen angeboten.

	25. 5.	24. 5.
M 5½ Bayer Hypo Pf 14	91bG	92
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	94,75bG	95bG
7 dgl. Pf 3	95bG	95,25bG
7 dgl. Pf 27	101bG	101,1G
6¾ dgl. KS 14	96,5bG	97G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	121G	121G

	25. 5.	24. 5.
Br 6½ dgl. Pf 77	93,35G	94,45
6 dgl. Pf 42	99,8G	99,9G
8½ dgl. Pf 47	102,5B	103G
F 5 Ffl. Hypobk. Pf 68	70,5G	70,5G
5½ dgl. Pf 53	77,5G	77,5G
6 dgl. Pf 79	82G	82G
6 dgl. Pf 130	93	93
6½ dgl. Pf 133	88G	88G
10 dgl. Pf 188	101,15	101,15

	25. 5	24 5
H 6 Schiffshyp Pf 23	99G	99G
7½ dgl Pf 45	101,25G	101,25G
M 6 Südboden Pf 41	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 57	78,25bG	78,25bG
6½ dgl. Pf 143	96,5G	96,5G
7 dgl. Pf 87	95bG	95bG
7½ dgl. Pf 104	97,5bG	97,5bG
7 dgl KS 49	94,5G	94,5G
7½ dgl. KS 61	100,5G	100,5bG

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

	25. 5.	24. 5.
F 11 BASF 82	38,8	37,7
7¼ Bayer Fin 79	36,5	35,7
10½ Bayer Fin 82	43	41,5
6¼ Ciba-Geigy 75	780	780
3½ Commerzbk 78	43,4	42,5
4½ Dt. Bk. Comp 77	131	129,5
10 Hoechst 75	173	172,5
6¾ dgl. 79	39,7	39,1
8 Hoechst 83	53,5	52,50
7½ Jap.Syn.Rubber 82	960	860
Mitsui 82	346	350
7¾ Siemens 83	140,80	129,5
6½ Watts F. 73	281	286

Optionsanleihen

	25. 5.	24. 5.
F 8¾ BASF 74 m O	140,75	140,5
8¾ BASF 74 oO	102	101,5bG
M 3½ Stumpf 88 mO	145TB	145TB
M 3½ Stumpf oO	75bG	76G

Währungsanleihen

	25. 5.	24. 5.
F 8 Bäckerei 72	49,5G	49,5G
8¾ Kopenhagen 72	95,7G	95,7G
7,875 Norwegen 78	–	–
9½ dgl. 79	100,25G	100,25G

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

	25 5	24 5
F L'Air Liquide	155G	150,5
D Akzo	53,7	52,2
F Alcan	83	80
F Alcoa	83,5	87
F Alg. Bk. Nedld	315	316
F All Nippon Air	3,5T	3,57
F Amax	74	71,2
F Am Cyanamid	119	119bzD
D American Expr.	172G	170bG
D Am Motors	24	23
F Am. T & T	166,5	165
F Amro Bank	49,8	49,3
M Anglo Am Gold	310G	310G
F Anglo Am m D.	58	57
F dgl. o D.	57,1	57
F Arbed	54bG	54G
F Asahi Chem	3,35	3,3bG
M Atl. Richfield	119,38	116,4
H Atlas Copco	42G	42,5G
M Avon	78,6	78,4
F Bell Canada	21,5	21,9
F Banco Central	26,9	26,5
F Banco de Bilbao	21,3	20,6
F Banco de Santander	18,35	18,4
F Banco de Vizcaya	32,1	31,9
F Banco Hisp. Americ.	19,6	19,8
D Beatrice Foods	68G	67G

	25 5	24 5
F Marudai Food	6G	6G
D Matsushita El	15,8bG	15,9
M McDonald's	–	162,5
M Merrill Lynch	237,2	235,6
F McDonnell D	148	147,5
D Minnesota M.	215T	212T
D Minolta Camera	5,46	5,26
F Mitsubishi Chem	2,55G	2,55G
F Mitsubishi El.	3,85T	3,8bG
F Mitsui Bk.	4,7	4,5G
F Mitsui & Co	4,1G	4,2
F Mitsui Engin	1,9G	1,9
F Mitsui O S K	2,1G	2,1G
F Mitsumi El	6,3	6,45
H Mobil Oil	75,5	75,5G
F Monsanto	210	203
F Montedison	0,23	0,22
F Moraza	20G	19,9G
M Nat Semicond	97,3	98,3
D Nat. Westminster	23,4T	23T
F Nestle	4850	4800bzD
D Nikko Sec.	4,35G	4,35G
F Nippon El.	11	10,8
F Nippon Kokan	1,5T	1,5bG
F Nippon Shinpan	8G	8,3
F Nippon Yusen	2,8G	2,8G
F Nissan Motor	7,55	7,7bG

Bank- und Autoaktien gesucht

Ausländer sorgten in Teilbereichen für freundlichere Tendenz

DW. – Inspiriert durch die vorangegangene kräftige Kurserholung an der New Yorker Börse und angelockt durch die vergleichsweise schwache DM auf den Devisenmärkten, orderten Ausländer zum erstenmal seit einigen Tagen wieder deutsche Aktien. Sie gingen dabei sehr selektiv vor und bevorzugten Bank- und Autowerte. Die Kaufaktivitäten der Ausländer veranlaßten den Berufshandel, seine Gewinnmitnahmen zu drosseln. Deshalb setzte sich nahezu auf der gesamten Marktbreite am Mittwoch eine widerstandsfähige Tendenz durch. Das Interesse der inländischen Anleger galt auch den Großchemieaktien.

Am Bankenmarkt galt das Hauptinteresse den Commerzbank-Aktien, die sich um weitere 4,50 DM befestigten. Angeregt wurde hier der Handel durch die Diskussionen über einen vermuteten ostasiatischen Großaktionär. Bei den Autoaktien lagen Daimler und Mercedes mit Kursgewinnen von 4 bzw. 3,50 DM vorn. Belebt hat sich die Nachfrage nach Spitzenpapieren der Versicherungswirtschaft.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten sich um 3 DM auf 240 DM, Schiess stiegen um 6,50 DM auf 139,50 DM und Colonia verbesserten sich um 7 DM auf 247 DM. Hageda sanken um 2 DM auf 93 DM, Keramag verminderten sich um 2 DM auf 153 DM und Mauser fielen um 2 DM auf 122 DM.

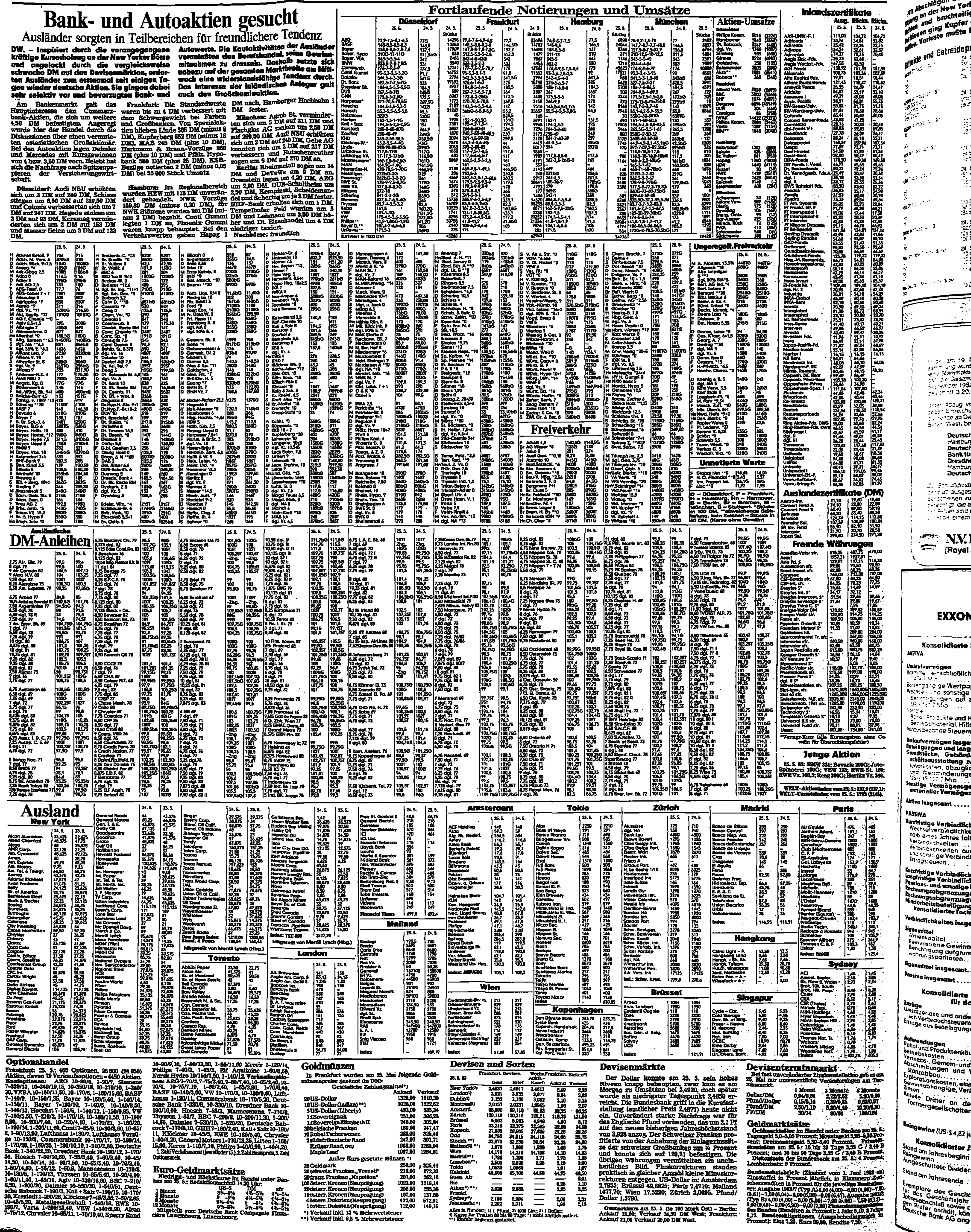
Frankfurt: Die Standardwerte waren bis zu 4 DM verbessert mit dem Schwergewicht bei Farben und Großbanken. Von Spezialaktien blieben Linde 385 DM (minus 8 DM), Kupferberg 652 DM (minus 18 DM), MAB 245 DM (plus 10 DM), Hartmann & Braun-Vorzüge 268 DM (plus 10 DM) und Pfälz. Hypobank 580 DM (plus 25 DM). KSB-Bezüge notierten 2 DM (minus 0,05 DM) bei 55 000 Stück Umsatz.

Hamburg: Im Regionalbereich wurden HEW mit 113 DM unverändert gehandelt, NWK Vorzüge 159,80 DM (minus 0,20 DM), für NWK Stämme wurden 201 DM (minus 2 DM) bezahlt. Conti Gummi legten 1 DM zu, Phoenix Gummi waren knapp behauptet. Bei den Verkehrswerten gaben Hapag 1 DM nach, Hamburger Hochbahn 1 DM fester.

München: Agrob St. verminderten sich um 5 DM auf 311 DM und Flachglas AG sanken um 2,50 DM auf 299,50 DM. Audi NSU erhöhten sich um 2 DM auf 240 DM, Gehe AG konnten sich um 2 DM auf 217 DM verbessern und Hutschenreuther zogen um 9 DM auf 270 DM an.

Berlin: Rheinmetall zogen um 14 DM und DeTeWe um 9 DM an. Orenstein lagen um 4,20 DM, AEG um 2,90 DM, DUB-Schultheiss um 2,50 DM, Kempinski, Scheidemandel und Schering um je 2 DM fester. BHF-Bank erholten sich um 1 DM. Tempelhofer Feld wurden um 5 DM und Lehmann um 3,50 DM höher und Dt. Eisenhandel um 4 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: freundlich



Optionshandel

Frankfurt: 25. 5.: 465 Optionen, 25 600 (24 850) Aktien, davon 79 Verkaufsoptionen = 4450 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-80/5, 1-90/7, Siemens 7-330/13, 10-340/19,15, 10-350/18, 10-370/10, 1-340/30, VEBA 10-160/11,50, 10-170/6, 1-160/15,60, BASF 7-140/9, 10-150/7,35, Bayer 10-160/5,40, 1-140/14, 1-150/11, Bayer 7-130/10, 7-140/5, 10-140/8,50, 1-140/13, Hoechst 7-150/5, 1-140/13, 1-150/9,85, VW 7-180/5,50, 7-210/2, 10-170/19, 10-180/11,50, 10-190/8,90, 10-200/7,40, 10-220/4,10, 1-170/27, 1-180/20, 1-190/14, 1-200/11,60, Conti 7-85/9, 10-90/8,60, 10-95/8, 1-90/13,90, Lufthansa 1-130/7, Lufthansa Vorzüge 10-130/8, Commerzbank 10-170/17, 10-180/14, 1-170/28, 1-160/35, 1-190/10,10, 1-210/2,80, Deutsche Bank 1-340/22,20, Dresdner Bank 10-190/12, 1-170/34, Hoesch 7-50/10,60, 7-55/5,40, 7-60/3,40, 10-45/14,50, 10-50/14, 10- 60/7,50, 10-65/5,40, 10-70/3,40, 1-50/14,60, 1-55/12, 1-60,9, Mannesmann 10-170/8, 10-180/5, 1-170/13, Thyssen 10-85/5,40, 10-90/4,90, 1-80/11,40, 1-85/10, Agiv 10-330/16,60, BBC 7-210/6,50, 1-200/20, Daimler 10-550/30, 1-540/51, Deutsche Babcock 7-190/3, Kali + Salz 7-190/15, 10-170/30, Karstadt 1-290/26, Klöckner 7-45/3,50, 7-50/2,85, 10-45/5,20, Metallgesellschaft 1-340/18, RWE 10-190/7, Varta 1-200/13,40, VEW 1-140/9,90, Alcan 7-75/12, Chrysler 10-65/11, 1-70/10,40, Sperry Rand 10-80/9,10, 1-90/13,30, 1-95/11,60 Xerox 1-120/14, Philips 7-40/3, 1-45/3, Elf Aquitaine 1-60/8,60, Norsk Hydro 10/150/7,50, 1-140/12. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-70/2, 7-75/3,40, 7-80/7,40, 10-65/2,40, 10-70/4, 10-75/7,10, 1-60/2,40, 1-65/3,90, 1-70/6,40, BASF 10-140/3,60, VW 10-170/3, 10-180/9,60, Lufthansa 1-120/11, Commerzbank 10-170/5,20, Deutsche Bank 7-330/9, 10-330/10, Dresdner Bank 10-190/10,60, Hoesch 7-55/3, Mannesmann 7-170/8, Thyssen 1-85/7, BBC 7-200/8, 10-200/11,20, 1-200/14,60, Daimler 7-530/10, 1-520/20, Deutsche Babcock 7-170/8,10, GHH 7-160/2,40, Kali + Salz 10-190/11, Klöckner 10-45/5, RWE 10-180/5,40, Chrysler 1-60/4,20, General Motors 1-170/13,35, Litton 1-160/15,80, Xerox 1-110/7,10, Philips 7-40/0,90, 1-40/4,20.

1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9⅛	4¾–5⅛	4⅞–5¼
3 Monate	9 –9⅜	4⅞–5⅜	4¾–5⅛
6 Monate	9⅛–9½	5 –5⅜	4⅞–5⅛
12 Monate	9⅜–9¾	5½–5⅞	4¾–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1325,00	1610,25
10 US-Dollar (Indian)**)	1028,00	1222,62
5 US-Dollar (Liberty)	483,00	585,34
1 £ Sovereign alt	251,00	306,23
1 £ Sovereign Elizabeth II	248,00	302,84
20 belgische Franken	189,00	247,47
10 Rubel Tscherwonez	263,00	325,44
2 südafrikanische Rand	247,00	301,71
Krüger Rand, neu	1098,00	1285,94
Maple Leaf	1097,00	1284,81
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	325,44
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	272,33
20 franz. Franken „Napoléon"	207,00	262,16
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1023,00	1218,14
20 österr. Kronen (Neuprägung)	206,00	255,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	137,86
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	472,00	572,91
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	112,00	149,16

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

25. 5. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,4837	2,4917	2,4613	2,49	2,59
London¹)	3,921	3,935	3,877	3,84	3,99
Dublin¹)	3,152	3,166	3,082	3,10	3,25
Montreal³)	2,0157	2,0237	1,9965	1,98	2,07
Amsterd.	88,890	89,110	88,83	88,25	90,25
Zürich	120,110	120,310	120,21	118,75	121,50
Brüssel	5,003	5,023	4,948	4,90	5,12
Paris	33,215	33,375	32,595	32,25	34,25
Kopenh.	27,885	28,005	27,635	27,25	29,25
Oslo	34,795	34,915	34,115	34,00	35,75
Stockh.**)	33,070	33,230	32,64	32,25	34,00
Mailand²) **)	1,678	1,688	1,638	1,66	1,75
Wien	14,178	14,218	14,198	14,10	14,33
Madrid**)	1,788	1,798	1,71	1,73	1,85
Lissabon**)	2,500	2,520	2,28	2,10	3,00
Tokio	1,0530	1,0560	—	1,01	1,07
Helsinki	45,500	45,700	44,58	44,75	46,50
Buen. Air	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,928	2,982	—	2,25	3,25
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,185	2,204	—	2,08	2,21
Johannesbg.*)	2,292	2,311	—	1,90	2,15

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der Dollar konnte am 25. 5. sein hohes Niveau knapp behaupten, zwar kam es am Morgen zu Umsätzen bei 2,4920, doch später wurde als niedrigster Tagespunkt 2,4850 erreicht. Die Bundesbank griff in die Kursfeststellung (amtlicher Preis 2,4877) heute nicht ein. Unverändert starke Nachfrage war für das Englische Pfund vorhanden, das um 2,1 Pf auf den neuen bisherigen Jahreshöchststand von 3,928 anzog. Der Schweizer Franken profitierte von der Anhebung der Einlagezinssätze der schweizer Großbanken um ¼ Prozent und konnte sich auf 120,21 befestigen. Die übrigen Währungen vermittelten ein uneinheitliches Bild. Pluskorrekturen standen praktisch in gleicher Anzahl kleine Minuskorrekturen entgegen. US-Dollar in: Amsterdam 2,7955; Brüssel 49,6825; Paris 7,4710; Mailand 1477,70; Wien 17,5220; Zürich 2,0695. Pfund/Dollar 1,5790.

Ostmarkkurs am 25. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 21,50; Verkauf 24,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei fast unveränderter Zinskonstellation gab es am 25. Mai nur unwesentliche Veränderungen am Terminmarkt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,94/0,84	2,72/2,62	5,20/5,00
Pfund/Dollar	0,15/0,14	0,39/0,35	0,62/0,57
Pfund/DM	2,50/1,10	5,80/4,40	10,20/8,80
FF/DM	30/14	80/64	180/164

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25. 5.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,20–5,30 Prozent; Dreimonatsgeld 5,30–5,40 Prozent. Privatdiskontsätze am 25. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 25. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/7 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,00 (4,98) – 7,00 (5,61) – 7,50 (6,04) – 8,00 (6,38) – 9,00 (6,47). Ausgabe 1983/8 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,66) – 7,50 (6,12) – 8,00 (6,49) – 9,00 (6,90) – 9,00 (7,20) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,10, 2 Jahre 6,12. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,80, Rendite 7,30.

Warenpreise – Termine

Mit Abschlägen beendeten die Edelmetalle am Dienstag die Sitzung an der New Yorker Comex. Gut behauptet in den ersten Sichten und bruchteilig schwächer in den darauffolgenden Positionen ging Kupfer aus dem Markt. Deutlich fester notierte Kaffee. Verluste mußte Kakao hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	24. 5.	23. 5.
Juli	358,25	354,25
Sept.	367,00	363,25
Dez.	380,25	376,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	24. 5.	23. 5.
St. Lawrence 1 CW	geschl.	244,41
Amber Durum	geschl.	221,38
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	122,30	geschl.
Juli	124,80	geschl.
Sept.	128,90	geschl.
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	104,70	–
Juli	94,60	–
Sept.	95,50	–
Hafer Chicago (c/bush)	24. 5.	23. 5.
Juli	157,50	156,00
Sept.	159,00	157,50
Dez.	170,00	168,50
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	310,50	306,75
Sept.	296,25	294,25
Dez	284,50	283,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	24. 5.	23. 5.
Mai	102,50	geschl.
Juli	104,50	geschl.
Sept.	106,80	geschl.
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	24. 5.	23. 5.
Juli	10,49	10,52
Sept.	10,80	10,84
Nov.	11,13	11,16
Jan.	11,41	11,45
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	19,25	19,25

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	24. 5	23. 5.
Terminkontr. Juli	133,20	130,75
Sept.	129,50	127,75
Dez.	127,70	125,50
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2040	2079
Sept.	2076	2110
Dez.	2105	2145
Umsatz	4805	3236
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	10,75	10,95
Sept.	11,23	11,39
Okt.	11,50	11,61
Jan.	12,82	12,30
März	12,70	12,72
Umsatz	32 125	23 924
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	24. 5. 10,30	23. 5. 9,30
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	24. 5.	23. 5.
Kontrakt Mai	1998–2000	1990–1995
Juli	1683–1684	1691–1693
Sept.	1657–1658	1654–1655
Umsatz	4126	3130
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1370–1382	1373–1398
Juli	1415–1417	1415
Sept.	1431–1432	1439–1440
Umsatz	5350	3130
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Aug.	179,00–179,35	172,75–172,85
Okt.	188,50–188,80	182,75–182,80
Dez.	193,50–194,50	188,50–189,00
März	204,30–204,50	198,75–199,00
Mai	208,50–209,00	203,25–203,75
Aug.	–	–
Umsatz	10 903	10 570

Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	24. 5.	23. 5.
schw. Sarawak spez.	255,00	265,00
weißer Sarawak	355,00	355,00
weißer Muntok	355,00	355,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	24. 5.	23. 5.
Juli	117,05	117,35
Sept.	115,80	116,00
Nov.	111,35	111,40
Jan.	104,50	105,00
März	103,35	103,90
Umsatz	220	200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	24. 5.	23. 5.
Südstaaten fob Werk	27,75	26,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	23,00	23,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	19,17	19,07
Aug.	19,30	19,20
Sept.	19,39	19,37
Okt.	19,53	19,48
Dez.	19,90	19,81
Jan.	20,05	19,99
März	20,40	20,35
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	23,50	23,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	16,75	16,75
Choice white hog 4% fr. F.	15,625	15,675
Talg		
New York (c/lb)		
top white	16,00	16,00
fancy	15,50	15,50
bleichfähig	15,25	15,25
yellow max. 10% fr. F.	13,75	13,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Juni	48,85	49,50
Juli	48,60	49,15
Aug.	45,05	46,00
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Juli	62,10	64,50
Aug.	59,20	62,90
Febr.	60,30	60,40

Häute		
Chicago (c/lb)	24. 5.	23. 5.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,50	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Juli	626,50	622,50
Aug.	633,50	627,75
Sept.	637,50	633,00
Nov.	647,00	641,25
Jan.	659,50	653,50
März	672,50	666,00
Mai	683,50	670
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Juli	184,00	182,40
Aug.	185,00	183,20
Sept.	186,50	184,50
Okt.	187,50	185,60
Dez.	192,70	189,80
Jan.	195,00	196,00
März	199,90	198,20
Leinsaat		
Winnp. (can. $/t)	24. 5.	23. 5.
Mai	289,00	geschl.
Juli	293,90	geschl.
Okt.	303,70	geschl.
Kokosöl		
New York (c/lb)	24. 5.	20. 5.
Westküste fob Werk	28,00	27,75
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	25. 5.	24. 5.
jegl. Herk. cif	565,00	560,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	437,50	427,50
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	410,00	422,50
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
rob Niederl. fob Werk	118,75	119,70
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	615,00	617,50
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	248,50	245,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	24. 5.	23. 5.
Kontrakt Nr. 2:		
Juli	73,60	74,00
Okt.	75,25	75,77
Dez.	75,65	76,10
März	76,95	77,50
Mai	77,40	77,90
Juli	78,00	78,50
Kautschuk New York		
(c/lb). Händlerpreis loco RSS –1:	unerhältl.	56,75
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	24. 5.	23. 5.
Aug.	449–451	415
Okt.	450–452	449–453
Dez.	446–450	449–455
Umsatz	81	127
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	24. 5.	23. 5.
Mai	43,60	geschl.
Juli	43,85	geschl.
Okt.	44,30	geschl.
Dez.	44,85	geschl.
Umsatz	ruhig	0
Tendenz: –		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	24. 5.	23. 5.
Juli	568,0–570,0	547,0–550,0
Okt.	565,0–567,0	570,00
Dez.	577,0	585,0–589,0
Umsatz	56	59
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	24. 5.	23. 5.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	24. 5.	23. 5.
Mai	unerhältl.	geschl.
Juni	unerhältl.	geschl.
Kautschuk		
London (p/kg)	24. 5.	23. 5.
Nr. 1 RSS loco	75,25–76,75	74,50–76,00
Juni	75,00–75,60	74,70–76,00
Juli	75,20–76,00	74,30–74,50
Juli/Sept.	75,10–75,30	74,20–74,30
Tendenz: stetig		

Kautschuk		
Malaysia (mal. c kg)	24. 5.	23. 5.
Nr 1 RSS loco	239,00–240,00	237,50–238,50
Mai	239,00–240,00	237,50–238,50
Juni	243,50–244,50	242,00–243,00
Nr 2 RSS Mai	236,50–237,50	235,00–236,00
Nr 3 RSS Mai	233,00–234,00	231,50–232,50
Nr. 4 RSS Mai	226,50–227,50	225,00–226,00
Tendenz: ruhiger		
Jute London (£ lgt.)	24. 5.	23. 5.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl – 76 WD – (–): BTC – (–): BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	25. 5.	24. 5.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	106,44–106,84	108,03–108,12
drittfolg. Monat	110,57–110,77	111,94–112,14
Zink: Basis London		
laufend. Monat	181,40–181,60	183,18–183,57
drittfolg. Monat	186,81–187,11	188,85–189,05
Produz.-Preis	194,35	186,98
Reinzinn 99,9%	3677–3713	3631–3667

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	25. 5.	24. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	438,95–441,31	442,87–445,22
Blei in Kabeln	114,25–115,25	115,75–116,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	25. 5.	24. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	360–371	362–373
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	399–403	401–406
MS 63	410–413	413–416

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	24. 5.	23. 5.
ab Werk prompt (Ring. kg)	30,76	30,76

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	25. 5.	24. 5.
Leg 225	311–318	311–318
Leg 226	314–320	314–320
Leg 231	350–351	350–351
Leg 233	356–366	356–366

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	25. 5.	24. 5.
Platin (DM je g)	30,96	38,20
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	35 400	35 400
Rücknahmepr.	34 600	34 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 440	35 400
Rücknahmepr.	34 380	34 340
verarbeitet	37 190	37 150
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 890	35 065
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1079,40	1077,10
Rücknahmepr.	1041,80	1039,40
Verarbeitet	1127,30	1124,90

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$-Feinunze)		
London	25. 5.	24. 5.
10.30	437,60	437,25
15.00	441,75	436,80
Zürich mittags	437,25–438,00	437,40–437,90
Paris (F 1-kg-Barren) mittags	105 050	105 500
Silber (p-Feinunze)		
London Kasse	840,30	843,05
3 Monate	861,60	864,76
6Monate	882,70	885,75
12 Monate	922,50	924,75
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	24. 5. 285,20	23. 5. 280,75
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	83,50	82,80

New Yorker Preise	24. 5.	23. 5.
Gold H & H Ankauf	438,80	432,75
Silber H & H Ankauf	1313,00	1277,00
Platin fr. Händlerpr	450,00–454,00	450,00–454,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr	131,00–133,00	unerhältlich
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c Feinunze)		
Mai	1320,00	1325,00
Juni	1321,00	1327,00
Juli	1334,00	1335,00
Sept.	1354,00	1356,00
Dez.	1390,00	1396,00
Jan.	1395,00	1399,50
März	1417,10	1427,00
Umsatz	26 000	27 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	24. 5.	23. 5.
Mai	78,10	77,85
Juni	78,10	78,05
Juli	78,95	76,80
Sept.	80,20	80,00
Dez.	82,15	82,00
Jan.	82,90	82,75
März	83,65	82,80
Umsatz	12 000	15 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	25. 5.	24. 5.
Kasse	953,00–954,00	961,50–962,50
3 Monate	982,50–983,00	990,00–990,50
Blei (£/t) Kasse	270,50–271,50	275,00–275,50
3 Monate	281,00–281,50	285,70–286,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1103,0–1103,5	1119,0–1119,5
3 Monate	1132,0–1133,0	1148,5–1149,0
abends Kasse	–	1115,5–1116,6
3 Monate	–	1145,0–1145,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1066,0–1067,0	1077,5–1078,0
3 Monate	1097,0–1098,0	1107,5–1108,0
Zink (£/t) Kasse	461,00–461,50	466,00–467,00
3 Monate	475,00–475,50	480,50–481,00
Zinn (£/t) Kasse	8655–8660	8635–8640
3 Monate	8705–8708	8710–8711
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	86–90

FINANZANZEIGEN

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: I. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Claire Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich E. Mackeri; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Bayer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

WILLI DAUME / Geburtstagsfeier mit 250 Gästen aus Sport, Politik und Kultur

Athleten schenkten eine Sonate, Bundespräsident Carstens lobte den „feinfühligen Beobachter"

dpa/sid, Bonn

„Ein kleines Fest" hatte sich Willi Daume zu seinem 70. Geburtstag vorgestellt – und rund 250 Repräsentanten aus Politik und Sport, Wissenschaft und Kultur waren in die Bad Godesberger Redoute gekommen. An der Spitze Bundespräsident Karl Carstens, der den Jubilar in seiner Ansprache einen „feinfühligen Beobachter, der nachdenkt über den Sport" nannte. Carstens sagte: „Wenn im internationalen Sport über die Großen dieser Bewegung gesprochen wird, dann ist auch Ihr Name mit dabei." Er erinnerte daran, daß die „mit dem Ehrenamt verbundene freiwillige Leistung ein unverzichtbarer Bestandteil des Sports" sei. Das habe Daume in seinem bisherigen Wirken im hohen Maße verdeutlicht. Er habe als Sportführer immer nach der Devise gehandelt: „Der Sport ist für den Menschen da."


Willi Daume und Gratulant Karl Carstens FOTO: SVEN SIMON

DSB-Präsident Willi Weyer erinnerte daran daß die Delegierten des Deutschen Sportbundes seinerzeit nicht den Macher, sondern den behutsamen Lotsen des Sports gewählt hätten. Michael Beckereit, der Sprecher der Aktiven, dankte Daume für den erfolgreichen Einsatz, den Sportlern auf nationaler und internationaler Ebene ein größeres Mitspracherecht einzuräumen. „Herr Daume, Sie sind ein Glücksfall für uns Sportler", sagte Beckereit. Unter Anspielung auf den Olympiaboykott 1980 meinte der Aktivensprecher bedauernd: „Auch wenn wir damals in der Diskussion um die Olympiateilnahme von Moskau gemeinsam verloren haben, so haben Sie doch die Situation der Besinnung genutzt und mehr Mitbestimmung für die Athleten durchgesetzt."

Die Sportler überreichten ein Präsent besonderer Art. Zuerst gaben die Olympia-Medaillengewinner von 1928 bis 1980 Bronze-Plastiken dem leidenschaftlichen Sammler. Die junge Athletengarde hatte Daume zu Ehren eine Sonate komponiert und vorführen lassen. Beckereit versprach für die kommenden Olympischen Spiele in Sarajewo und Los Angeles eine den Leistungssportlern angemessene Gabe, „nämlich Erfolge".

In seiner Laudatio erinnerte der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Professor Dr. Reimar Lüst, an die Brücken, die Daume „zwischen Sport, Wissenschaft und Kunst" geschlagen habe. Er zitierte aus der Verleihungsurkunde zum Kulturpreis der Stadt München, in der es heißt, Daume habe kulturelle Akzente gesetzt, die über die Spiele 1972 hinausgehen. „Die Entartung der Meßbarkeit der Leistungen bis hin zur Tausendstelsekunde, das war zum Beispiel ein Problem, das uns zusammenführte", sagte Professor Lüst.

Daume habe das Verdienst, die Zusammenarbeit zwischen Sport und Wissenschaft nun einmal fruchtbar gemacht zu haben. „Auch die Wissenschaft darf sich politisch nicht in den Dienst nehmen lassen", sagte Lüst unter Anspielung auf den Olympiaboykott. Es dürfe auch keinen Boykott von wissenschaftlichen Kontakten geben. Lüst: „Der Sport hat in Ihnen einen der großartigsten Mäzene gefunden."

Daume, der vor zehn Jahren noch der Gratulantenschar „aus Liebe zur Distanz" nach Südfrankreich entflohen war, entschuldigte sich in seiner Dankesrede bei all denen, deren Geselligkeitsbedürfnis er nie befriedigen konnte. „Die Vergangenheit", so Daume über seine Tätigkeit als Sportführer, „war sehr lang."

Gespräch mit dem Journalisten Horst Schättle

Ochsentour in Mainz

Ganz gewiß: Er unterscheidet sich von manchen TV-Gesichtern, die wie Arthur Millers Handlungsreisender kurz vor der Katastrophe aussehen. Horst Schättle, diesen wie aus dem Ei gepellten Strahlemann, könnte man sich auf jeder fröhlichen Party vorstellen. In puncto TV-Liebenswürdigkeit – da vermag ihm allenfalls nur noch Friedrich Nowottny das Wasser zu reichen.

Schättle, derzeit Leiter der Hauptredaktion Innenpolitik beim ZDF, lacht und bemerkt dazu: „Ich habe sicher das Lachen mit ins Fernsehen eingeführt, noch zu einer Zeit, als ich ‚Heute' produzierte. Ich finde, unser Gewerbe ist sicher ernsthaft, aber es muß nicht stur sein." Es beruhigt, daß er sich fürs Show-Geschäft ungeeignet hält, weil er doch „zu viele Ecken und Kanten" hat, als ein „sehr stolzer Schwabe", der allerdings in seinem leicht psalmodierenden Kunstdeutsch nur selten die Herkunft vom Neckar verrät.

Ist der nette Schättle denn auch ein netter Chef? Zunächst sucht er abzuwiegeln: „Da müssen Sie meine Sekretärin fragen." Dann gesteht er aber: „Ich glaube, daß ich ein kooperativer Häuptling bin. Mit autoritärer Betriebsführung hab ich eh nichts am Hut gehabt." Und er schwärmt von seinem Team von 16 Redakteuren (drei davon sind weiblichen Geschlechts): „Das ist kein Gentlemen-Club, wo es um 17 Uhr den Whisky gibt. Ich habe in den letzten Jahren ganz gezielt geguckt, daß junge Leute in die Redaktion reinkommen. Die Jungen sind es, die uns alle ein bißchen Dampf machen. Und das finde ich gut."

Manchmal gar nicht so nett fanden die interviewten Politiker den Schättle: „Ich habe mein Wehner-Syndrom. Der hat mich mal richtig runtergebürstet. Ich erinnere mich auch an ein Interview mit dem Strauß nach der letzten Landtagswahl in Bayern. Da haben wir uns zehn Minuten lang die Pfeile zugeworfen. Doch mir macht es jedesmal Spaß, wenn ich mit dem zu tun habe." Schättle beklagt die allgemeine Interview-Misere im Fernsehen: „Ich bedaure etwas, daß bei uns die amerikanische Interview-Technik so wenig gepflegt wird. Das hat irgend etwas zu tun mit dem Verhältnis der Deutschen zu Autoritäten. Manchmal lese ich in Briefen: Benehmen Sie sich doch mal ordentlich gegenüber den Politikern! Aber ein herausgeforderter Politiker ist besser als ein Spruchblasen-Produzent. Spröde sind alle Herrschafts-Träger, die Interviews als Pflichterfüllung verstehen und in vielen Worten immer nichts sagen, Spaß macht es, wenn Leute Interviews als Gespräch empfinden und nicht als Forum."

Zugleich wendet sich Schättle gegen die „Oligarchie der Medien-Omnipotenz". Um dieser „von den Medien verstärkten Oligarchisierung" entgegenzuwirken, will er in „5 nach 10"-Sendungen zeigen, „daß das politische Leben nicht nur aus 20 Köpfen besteht". Schättle verhehlt nicht, daß er schon als Student der SPD beigetreten ist. Doch er betont: „Ich bin stolz darauf, daß ich noch nie in einer Parteizentrale war, um für meine persönlichen Interessen zu werben."

In seinem Berufsleben kennt Schättle außer der Wissenschaft (als Diplomkaufmann war er für kurze Zeit Mitarbeiter bei Rudolf Wildemann) nur das ZDF. Schättle meint: „Dafür habe ich hier die


Horst Schättle (43) FOTO: HEINZ WESSLER/DPA

Ochsentour gemacht. Das fing an mit Kaffeeholen als Informant mit ‚Beschäftigungsauftrag für 450 DM im Monat. Dann habe ich immer rechtzeitig was anderes getan: drei Jahre Bonner Korrespondent, sechs Jahre Redaktionsleiter ‚heute", nun fast fünf Jahre Innenpolitik. Aber ich gebe zu: Ein Medium macht auch ein wenig betriebsblind." Wird er als Mainzelmann in den Ruhestand treten? „Ich hoffe nicht. Ich bin jetzt 43; das Leben ist viel zu spannend, um ab Zeitpunkt X in einen Kasten gesperrt zu werden."

Und welche Zukunftsträume hat denn ein TV-Hauptredaktionsleiter? Schättle bezieht sich auf ein chinesisches Sprichwort: „Ein Mann muß einen Sohn gezeugt, einen Baum gepflanzt und ein Buch geschrieben haben. Den Sohn habe ich, den Baum auch. Mit dem Buch – abgesehen von kleinen Beiträgen – hapert's noch. Das könnte aber etwas sein, was mich noch drei, vier Jahre lang zusätzlich beschäftigt – etwa über das Thema Telekratie."

GISELHER SCHMIDT

SPORT-NACHRICHTEN

Holmes: Rücktritt

New York (dpa) – Larry Holmes, Box-Weltmeister im Schwergewicht, wird Ende des Jahres seine Karriere beenden („Es soll das Weihnachtsgeschenk für meine Frau sein."). Holmes ist seit dem 9. Juni 1978 (Punktsieg über Ken Norton) Weltmeister und in 43 Profikämpfen unbesiegt.

Spieler müssen zahlen

Leverkusen (dpa) – Alle Spieler von Bayer Leverkusen, die an der 0:4-Niederlage im Fußball-Bundesligaspiel gegen Düsseldorf beteiligt waren, müssen „wegen lascher Einstellung" 1500 Mark Strafe zahlen. Trainer Dettmar Cramer: „Man kann verlieren, aber nicht ohne Gegenwehr."

Kraus operiert

München (dpa) – Für Wolfgang Kraus, Mittelfeldspieler des FC Bayern München, ist die Fußballsaison beendet. Kraus wurde gestern in München an der Leiste operiert.

Gummersbach im Halbfinale

Berlin (sid) – Europacupgewinner VfL Gummersbach hat das Halbfinale des deutschen Pokals erreicht. Die Gummersbacher gewannen in Berlin erst nach einer Verlängerung gegen die Reinickendorfer Füchse mit 21:19 (17:17 nach regulärer Spielzeit).

Kolbe versucht Comeback

Ratzeburg (sid) – Der dreimalige Ruder-Weltmeister im Einer, Peter-Michael Kolbe, wagt am Wochenende bei der 26. Ratzeburger Regatta ein Comeback. Kolbe will sich für die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles qualifizieren.

Engländer nach Neapel

Neapel (sid) – Für 1,5 Millionen Mark Ablöse wechselt Mittelfeldspieler Gordon Cowans von Aston Villa zum AC Neapel. Cowans soll für einen Zweijahres-Vertrag 750 000 Mark erhalten.

Mang will starten

Düsseldorf (sid) – Erstmals nach einer Knieverletzung will Motorrad-Weltmeister Anton Mang (Inning) am 29. Mai beim Großen Preis von Österreich in Salzburg wieder ein Rennen bestreiten.

Aufstiegsrunde komplett

Frankfurt (sid) – Die Aufstiegsrunde zur zweiten Fußball-Liga ist komplett, nachdem der DFB dem FC St. Pauli und Rot-Weiß Oberhausen die Lizenz erteilt hat. Am Wochenende spielen, Gruppe Nord: St. Pauli – Eintracht Hamm, SC Charlottenburg Berlin – Oberhausen. Gruppe Süd: SpVgg Unterhaching München – SSV Ulm, 1. FC Saarbrücken – VfR Bürstadt. Jeweils die beiden Gruppenersten steigen auf.

Rosberg auf dem Ring

Nürburgring (dpa) – Neben Titelverteidiger Jacky Ickx (Belgien) startet auch Formel-1-Weltmeister Keke Rosberg (Finnland) beim dritten Lauf zur Langstrecken-Weltmeisterschaft für Sportwagen, dem 1000-Kilometer-Rennen auf dem Nürburgring. Rosberg steuert im Wechsel mit Hans Heyer (Wegberg) einen Porsche 956 C.

Punkt für Nordiren

Glasgow (sid) – Die Fußball-Nationalmannschaft Nordirlands, die in der Europameisterschafts-Qualifikation mit Deutschland in einer Gruppe spielt, erreichte in Glasgow gegen Schottland in einem Spiel um die britische Meisterschaft ein 0:0.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 896 173,90 Mark, 2: 167 309,40, 3: 6 573,70, 4: 145,00, 5: 10,20. – **Toto,** Elferwette: 1: 842,70, 2: 51,50, 3: 7,90. – **6 aus 45:** 1. unbesetzt, 2: 12 311,20, 3: 3777,30, 4: 57,80, 5: 5,60. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 21,30, B: 9,80. – Rennen B: 1: 502,40, 2: 135,20. – Kombination: 314 169,10.

(Ohne Gewähr)

SPRINGREITEN

CSIO in Barcelona, Zeitspringen: 1. Whitaker (Großbritannien) Court Way 57,60 Sekunden, 2. Nuti (Italien) Jet Propelled 59,96, 3. Tyteca (Belgien) t'Soulaiky 61,54. – Mächtigkeitsspringen: 1. Whitaker auf Red Flight 0 Fehlerpunkte, 2. Yerley (Belgien) Vrijheid, Friedli (Schweiz) Volontaire, de Dios Garcia (Spanien) Futuro, Cladeira (Portugal) Recife und Dominici (Italien) Fausto, je 4, alle im dritten Stechen.

TENNIS

Meisterschaften von Frankreich in Paris, erste Runde, Herren: Noah (Frankreich) – Jarryd (Schweden) 6:1, 6:0, 6:2, Lendl (CSSR) – Rebolledo (Chile) 6:4, 6:1, 6:3, Vilas (Argentinien) – Segarceanu (Rumänien) 6:1, 7:5, 6:1, Simonsson (Schweden) Gerulaitis (USA) 6:4, 6:4, 2:6, 6:1, Maurer – Meiler (beide Deutschland) 6:2, 7:5, 6:4, Elter (Deutschland) – Doyle (USA) 6:2, 3:6, 7:5, 4:6, 6:2. – Damen: Navratilova (USA) – Piatek (USA) 6:1, 6:1, Jäger (USA) – Arraya (Peru) 7:5, 1:6, 6:0, Hanika (Deutschland) – Phan Thanh (Frankreich) 3:6, 6:2, 6:1, Bunge (Deutschland) – Fernandez (USA) 6:2, 6:0, Buderova (CSSR) – Pfaff (Deutschland) 6:2, 6:3, Kohde – Dries (beide Deutschland) 6:4, 6:3.

RADSPORT / Thurau überrascht beim Giro

Weltmeister Saronni bot ihm das rosa Trikot an

KLAUS BLUME, Bonn

Schemenhaft, unwirklich, eher wie im Traum, so erschienen ihm die Szenen auf einer langen Bergstraße. „Auf einmal", erinnert sich der Frankfurter Radprofi Dietrich Thurau, „überholte ich Baronchelli, den großen Gianbattista Baronchelli." Da habe er ständig zurückgeschaut, um sich zu vergewissern, ob das keine optische Täuschung gewesen sei. Und während er erstaunt und erregt zugleich bergan strampelte, machte der nächste italienische Radstar neben ihm schlapp: Silvano Contini, der Sieger von Lüttich–Bastogne–Lüttich 1982. „Verdammt noch mal, das ist kein Traum", sagte sich Thurau in jenem Moment. Und dann habe er nur noch Heiterkeit und Gelassenheit in sich gespürt – „das Fahrrad rollte wie von selbst".

Es rollte bis auf den vierten Platz im Gesamtklassement des Giro d'Italia vor, und die angesehene Mailänder Sportzeitung „Gazetta dello Sport" nannte es die „Wiedergeburt des Didi Thurau". „Die Zeitungen überschlagen sich hier fast", sagt er. Da schwingt keine Euphorie mit, er stellt fest, gelassen. Zweimal habe er seinen Kapitän, den italienischen Weltmeister Guiseppe Saronni, im Etappenfinale am Berg wieder ans Feld herangeschleppt und dennoch nicht die eigene vorzügliche Plazierung verloren. Das imponiert im Radsport-Land Italien, „denn die Leute sehen das ja alles live im Fernsehen" (Thurau).

Raimund Dietzen, Thuraus Profi-Kollege aus Trier, hat den Frankfurter zuvor bei der Spanien-Rundfahrt, der schweren Vuelta, beobachtet. Thurau fuhr damals mit fast einer halben Stunde Rückstand auf den Erstplazierten hinterher, erkältet und mit dem Gedanken spielend, aufzugeben. Doch er hielt durch, und Dietzen berichtete: „Der Mann hat eine so ungeheure professionelle Einstellung. Wenn er nur halbwegs gesund ist, muß er einen sagenhaft guten Giro fahren." Eine Meinung zum Nachdenken, denn Kollegenlob, wann gibt es das schon in dieser Branche? Eher böse Gerüchte, wie jenes, das am 2. Mai in der Brüsseler Zeitung „Het Laatste Nieus" veröffentlicht wurde: Saronni würde spätestens nach dem Giro anstelle Thuraus den jungen Belgier Eddy de Bie verpflichten. Im flämischen Ort Beerzel würde die öffentliche Vorstellung des neuen Weltmeister-Adjudanten erfolgen.

Nun hat Saronni dem Frankfurter seinen Vertrag für das Jahr 1984 zur Unterschrift vorgelegt. Doch Thurau zögert. Noch bleibt er dabei, was er Jean-Marie Leblanc, dem Star-Reporter des französischen Sportblattes „L'Equipe" gesagt hat: „Das ist mein letzter Giro. Definitiv. Ich bin fast 29, fahre neun Jahre als Profi und fühle mich etwas müde. Ich werde nur noch auf der Winterbahn starten, wie einst Patrick Sercu."

Am Dienstag in Pietrasanta Marina, am Ruhetag, so erzählte Thurau in einem Telefongespräch mit der WELT, hat er noch einmal Zeit gehabt, darüber nachzudenken. Vom Meer her stürmte es, und Thurau stand am Fenster seines Hotelzimmers und blickte in den Regen hinaus. Auf dem Tisch lag der unterschriftsreife Vertrag für 1984. „Wie schnell ändern sich Situationen, ich habe ihn nicht unterschrieben. Ich werde das mit meiner Frau bereden, wenn sie nächste Woche nach Italien kommt."

Wie schnell ändern sich Situationen. Beim Abendessen sagte Saronni auf einmal: „Ich hätte nichts dagegen, wenn du an meiner Stelle das Rosa Trikot übernimmst. Tue es doch." Da hat er erst mal erschrocken in seinem Salat herumgestochert und dann gesagt: „So etwas geht nicht. Überleg' doch mal: Thurau besser als der Weltmeister. Da spielen die Leute hier in Italien doch verrückt." Doch Saronni ließ nicht locker, denn im Rosa Trikot sei er ständig der Gejagte und das zerre mittlerweile über Gebühr an seinen Nerven.

Heute findet das Einzelzeitfahren über 38 Kilometer von Reggio Emilia nach Parma statt. „Sicher", sagt Thurau, „niemand kann von mir verlangen, daß ich eine kleine Übersetzung fahre und mich zurückhalte. Ich werde angreifen, mit vollem Einsatz und vollem Risiko. Ich werde versuchen, das Trikot zu holen."

Und dann? Dann müsse er abwarten, wie er in der letzten Woche in den Bergen zurecht käme. „Die Steigungen", sagt er, „sind nicht allzu lang, höchstens mal 9.4 Kilometer, und am Schluß in Udine gibt es noch mal ein Einzelzeitfahren."

Wenn nach den vielen Fehlschlägen der letzten Jahre alles gutgeht, wenn er in Udine immer noch unter den ersten Fünf ist? „Wäre ich nicht Thurau", sagt er, „dann würde ich sagen, das ist schon fast etwas Sensationelles."

KRITIK

Orientalisches Schicksal

Die Reihe nichteuropäischer Filme, deren Fremdheit sich uns teils überraschend, teils bedrückend, meist aber eindrucksvoll mitgeteilt hat, ist inzwischen Legion. Das ZDF tritt zur Zeit sozusagen als Impresario für ägyptische Spielfilme auf den Plan. Mit der Ausgrabung von Henry Barakats Schwarzweiß-Drama **„Die Sünde"** bescherte es uns eine unnötige deutsche Erstaufführung, deren Handlung auch noch in die Zeit König Faruks zurückverlegt wurde. So klopft denn das Schicksal überkommener Ehrbegriffe orientalischer Provenienz an die Pforten unserer locker-allzu lockeren westlichen Lebensauffassung von heute. Das muß eigentlich schiefgehen.

Die Sache ist ganz einfach: Auf Allahs freiem Acker wird die jungverheiratete Asisa, als sie nach der harten Tagelöhnerarbeit für Kind und kranken Mann Kartoffeln stiebitzt, vom Bauern vergewaltigt. Ob sie neun Monate darauf ihr Neugeborenes erdrückt oder ob es von selbst erstickt, wird nicht klar. Jedenfalls wird der tote Säugling gefunden und Asisa, die bisher alles verheimlichen konnte, als Mutter ermittelt. Nach orientalischem Kodex ist sie, obwohl schuldlos, eine Sünderin. Die Dorfgemeinschaft hat ihr fast schon verziehen, da stirbt Asisa – vermutlich an psychischer Überlastung. Das alles erstickt unter viel Geschwätz und einer allzu flinken Kamera, die nirgends verweilt und dem Zuschauer keine Atempause gönnt.

WALTER DEPPISCH


STUDIO

Eine Jury wählte beim Südwestfunk unter 16 Hörspielen und 10 Musikwerken die Produktionen aus, die von der ARD für den „Prix Italia" eingereicht werden. In der Kategorie Hörspiel entschieden sich die Juroren für „Brennende Geduld" von Antonio Skarmeta (SWF/BR/SFB) und „Wenn zum Beispiel nur einer in einem Raum ist" von Franz Mon (WDR). Lobend erwähnt wurde „Traumstaub" nach Rimboud von Ranuit (SFB). In der Kategorie Musikwerke benannte die Jury „Quando stanno morendo . . ., Diario polacco Nr. 2" von Luigi Nono (SWF) und „Rrrrrrr . . ., eine Radiophantasie" von Mauricio Kagel (SWF/WDR). Die Hauptjury für den international renommierten Prix Italia, der in diesem Jahr zum 35. Mal vergeben wird, tagt vom 20. September bis 2. Oktober in Capri.

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.03 Tokyo 264-4000
11.35 Welche Arbeit braucht der Mensch?
12.05 Umschau
12.20 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau

16.15 Frauengeschichten
Uta Ranke-Heinemann
Film von Christa Auch-Schwelk

17.00 Das große Abenteuer des Kaspar Schmeck (1)
Fernsehserie in 4 Folgen
1. Mit 16 als Söldner verkauft

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Vor dem Wirtschaftsgipfel
Fragen an US-Präsident Reagan

21.00 Chris Howland präsentiert Höchstleistungen (9)
Hundert Eiskugeln auf einer Waffeltüte / Drei-Meter-Seifenblasen / Weltrekord im Schlagsahneessen / Eine „Weltmaschine" / Der kleinste Zirkus der Welt / Zehn Instrumente gleichzeitig.

21.30 Krimistunde
Geschichten für Kenner von Henry Slesar
Mit den Geschichten:
„Die Rettung" / Falsche Perlen" / „Die Abrechnung"
Mit Peer Augustinski, Helmut Qualtinger u. a.

22.30 CDU-Parteitag
Bericht aus Köln

23.00 Tagesthemen

23.30 Der Wald
Stück von Alexander Ostrowskij
Mit Maria Schell, Ekkehardt Belle u. a.
Regie: Wilm ten Haaf
Auf ihrem Besitz, umgeben von Wäldern, lebt die verwitwete Gutsherrin Gurmyschkaja. Sie ist nicht nur steinreich, sondern ebenso geizig und versteht dieses Laster unter der heuchlerischen Geste der Mildtätigkeit zu verbergen. Als sie sich dann aber in einen blutjungen Studenten verliebt, wird sie unvorsichtig.

01.25 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Körpersprache
Mitteilungen durch körperlichen Ausdruck
1. Rück mir nicht auf den Pelz!
Anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Grisu, der kleine Drache
Der Geheimagent

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Phillip Goodhand-Tait

17.50 Der Bürgermeister
Die Umgebung
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.20 Patienten gibt's
Der Dicke

19.00 heute

19.30 Liebe hat ihre Zeit
Vier Geschichten von Herbert Reinecker
1. Personenkontrolle / 2. Wie man rückwärts nach vorne fährt / 3. Der Delphin und das Meer / 4. Horst hat ein Problem
Regie: Alfred Vohrer

20.30 Zu Besuch bei Kurt Stavenhagen in Mexiko
Kunst vor Kolumbus
Film von Gottfried Kirchner

21.00 heute-journal

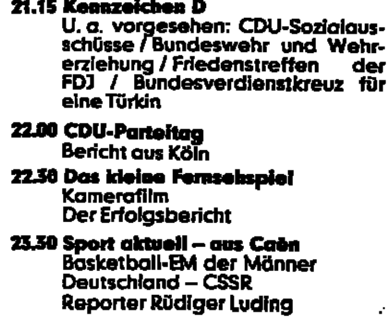
21.15 Kennzeichen D
U. a. vorgesehen: CDU-Sozialausschüsse / Bundeswehr und Wehrerziehung / Friedenstreffen der FDJ / Bundesverdienstkreuz für eine Türkin

22.00 CDU-Parteitag
Bericht aus Köln

22.30 Das kleine Fernsehspiel
Kamerafilm
Der Erfolgsbericht

23.30 Sport aktuell – aus Caën
Basketball-EM der Männer
Deutschland – CSSR
Reporter Rüdiger Luding

00.20 heute



Dirk Dautzenberg (l.) als Patient Brenner und Hellmut Lange als Dr. Junkers in der Serie „Patienten gibt's" (2. Der Dicke) um 18.20 Uhr im ZDF FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Physik (20)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Von Agenten gejagt
Amerik. Spielfilm, 1943
21.20 Demnächst
21.45 Landesspiegel
22.15 Nachtschalter
Hasior und andere Künstler
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sendung mit der Maus
18.30 Sport für Unsportliche
18.45 Follow me
19.15 Arbeitsmarkt
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 3 International
Ist Margaret Thatcher unbesiegbar?
Ein Jahr nach Falkland geht Großbritannien zur Wahl
Aus London berichten Wolf von Lojewski und Walter Helfer
22.50 Rockpalast
Joni Mitchell
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Old Firehand (2)
19.15 Zug um Zug
19.30 Ikonen in Deutschland (5)
20.00 Tagesschau
20.15 Eine Göttin auf Erden
Amerik. Spielfilm, 1947
21.55 Drei aktuell
22.10 Kulturkalender
22.40 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Physik (20)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Fernsehspiel des Auslands
Freunde und Rivalen
Sowjetruss. Fernsehfilm von Sergej Jogorow
20.45 Bilderbogen:
Atelierbesuch: Michel C. Julian
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club-Saar 3

BAYERN
18.15 Aerobic-Dance
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Kopf in der Schlinge
19.25 Damals Tagesgespräch
Das Telefon oder Liebe zu Dritt
20.45 Rundschau
21.45 Sportrist
22.30 Dallas
23.15 Rundschau

GALOPP / Rennwoche von Baden-Baden

„Pferd wie ein Esel" siegte

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

1 599 005 Mark wurden am Eröffnungstag des Internationalen Frühjahrs-Meetings auf der Iffezheimer Galopprennbahn an den Wettschaltern umgesetzt. Es regnete ohne Unterbrechung, nur 6000 Besucher wurden registriert. Auf sportlicher Ebene erlebte die deutsche Vollblutzucht im Hauptrennen des Tages die erwartete Schlappe. Im Benazet-Rennen (45 900 DM, 27 000 DM dem Sieger) deklassierte der aus England angereiste dreijährige Hengst Another Risk mit Jockey Bryn Crossley die deutschen Kurzstreckenpferde. Vier Längen trennten ihn im Ziel von Justus mit Peter Remmert, der für den eigentlich vorgesehenen Georg Bocskai in den Sattel stieg.

Bocskai war Pfingstmontag in München gestürzt, bestritt in Iffezheim zwar noch ein Rennen, doch dann sagte er wegen einer schmerzhaften Verstauchung im Sprunggelenk die restlichen Verpflichtungen ab. Knapp geschlagen von Justus belegte Vorjahressieger Ratsherr den dritten Platz vor dem Dänen Tresor.

Another Risk gehört Adrian William David Wright und Paul Williamson aus England. Williamson ist Sergeant bei der Londoner Polizei. Für 2400 Pfund (ca. 9000 DM) haben die drei Another Risk als Jährling in Doncaster gekauft. Er war so billig, weil seine Abstammung miserabel war, die Mutter ist keine Vollblutstute. Trainer Phil Mitchell: „Er ist zwar wie ein Esel erzogen, aber ich bin froh, daß ich ihn habe." In Frankreich darf er nicht starten – weil er von „schlechten Eltern" ist. In Iffezheim soll er heute im Scherping-Rennen noch einmal antreten.

Ob die Veranstaltung allerdings überhaupt durchgeführt werden kann, ist zweifelhaft. Gestern überlegte man lange, auf Grund des Dauerregens den Renntag auf Freitag zu verlegen. Der Internationale Cl neigte aus wirtschaftlichen Gründen zur Absage, doch zahlreiche der bei der Begehung der Rennbahn anwesenden Trainer und Jockeys plädierten für die Rennen auf knietiefem Geläuf.

STANDPUNKT / Groß in Schwierigkeiten

Ein Schwimmer im Regen

Unter dem Dauerregen im außergewöhnlich kühlen Mai leiden viele Deutsche. Aber einen, der sich sonst im Nassen sehr wohl fühlt, trifft das schlechte Wetter besonders hart: Michael Groß aus Offenbach. Der Doppel-Weltmeister im Schwimmen kommt blaugefroren vom Training nach Hause, weil er in Offenbach keine Halle mehr zur Verfügung hat und sein zwanzigstündiges Übungsprogramm jede Woche im vereinseigenen Freibad absolvieren muß.

Bei 12 Grad Celsius Außentemperatur läßt sich das Wasser in dem etwas antiquierten Bad nur noch auf 23 oder 24 Grad aufheizen, und das ist für eine zweistündige Trainingseinheit zu kalt. Das Parkbad in Offenbach ist wegen seiner 25-Meter-Bahn für den Unterprimaner indiskutabel. Und die Traglufthalle über der 50-Meter-Bahn im Tambourbad wurde schon Mitte April abgebaut.

Die Voraussetzungen für ein optimales Aufbautraining für die Deutschen Meisterschaften im Juli und die Europameisterschaften im August fehlen also. Die Frage drängt sich auf: keine Unterstützung für den besten Schwimmer des Landes?

Groß fühlt sich von seiner Heimatstadt Offenbach im Stich gelassen. Eine Abdeckplane („die kostet höchstens 30 000 Mark") fordert er von der Stadt, damit das Wasser im Freibad des Vereins nachts bei Temperaturen um acht Grad nicht zu sehr auskühlt.

Sicherlich wäre eine Plane für Groß und den EOSC Offenbach eine nützliche Sache. Wohl und Wehe hängen aber doch wohl nicht von einem Stück Plastiktuch ab. Hinter der Verärgerung von Groß über die größtenteils durch das Wetter verschuldete miserable Trainingssituation verbirgt sich etwas anderes: Die Trainingsbücher sagen dem Weltmeister, daß er die Leistung des letzten Frühjahres noch hinterherhängt. Die fehlende Plane also als Entschuldigung?

Seit gestern nicht mehr. Der Vater hat's gerichtet. Michael darf sein Pensum nun auf der 50-Meter-Bahn in Langen absolvieren, nur zwölf Kilometer von zu Hause.

ULRICH SCHMIDLA




Softes Sofa, neudeutsch

A. W. – Neulich im Fernseh-„Tatort“ erhielt man wieder einmal eine Lektion in neudeutschem Sprachstil. Es kam zu einem traulichen tête-à-tête zwischen Mädchen und jungem Mann, und mittendrin brach das Mädchen plötzlich in die Worte aus: „Erst machste an wie'n Weltmeister, und jetzt kommste auf die ganz softe Tour.“ Der junge Mann war merkwürdigerweise nicht schockiert, und das lag nicht etwa daran, daß er – wie sich später zeigte – schon mörderische Absicht im Herzen hegte. Vielmehr fand er die Redeweise des Mädchens ganz und gar normal, und auch Drehbuchschreiber und Regisseur fanden sie normal. Die Worte waren nicht gewählt worden, um das Mädchen herabzusetzen, im Gegenteil, sie sollten seine Keßheit und jugendliche Frische unterstreichen.

Darf man darauf hoffen, daß es im Lande noch empfindliche Sprachgemüter gibt, die damit nicht einverstanden sind? „Erst machste an wie'n Weltmeister, und jetzt kommste auf die ganz softe Tour.“ Ein Satz wie dieser ist ja wirklich ziemlich scheußlich. Er läßt an gewisse Überlegungen Walter Benjamins denken, der im Hinblick auf den Wohnstil der viktorianischen Epoche einst sagte, es gebe da Sofas, auf denen man nur noch ermordet werden könne. Unser fraglicher Satz gleicht einem solchen Sofa. Er stiftet ein Sprachmilieu, in dem es im Grunde nur noch Mord und Totschlag geben kann. Eine Unterhaltungsindustrie, die derlei Sätze für den „normalen“ Ton beim modernen Liebesvorspiel ausgibt, reicht ans Kriminelle heran.

Ironischerweise wurde in dem „Tatort“ das weltmeisterlich angemachte Mädchen von dem soften jungen Mann tatsächlich noch ermordet, aber leider nicht wegen, sondern trotz seiner Redeweise. Irgendetwas lief da falsch. Wahrscheinlich war der Drehbuchschreiber ein Softie, den man falsch angemacht hatte.

Deutsche Musik seit 45

M. Kagels serielle Todsünden

Der deutsche Musikrat wagte sich mit der finanziellen Unterstützung des Bundesinnenministeriums und in Zusammenarbeit mit der Plattenfirma harmonia mundi an ein sicherlich einzigartiges Schallplatten-Unternehmen: Auf zwölf Kassetten – die ersten vier sind inzwischen erschienen – zu je drei Platten soll der umfassendste akustische Überblick über die kompositorische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland geboten werden, der je auf Platte zu haben war.

Warum auf diesen Kassetten nicht nur Komponisten vertreten sind, deren Stil Schule machte, wie Paul Hindemith, Karlheinz Stockhausen oder Mauricio Kagel, wird im vorzüglichen Textheft einleuchtend begründet: Es ging darum, ein Stück Musikgeschichte zu dokumentieren – und zwar so unvoreingenommen wie möglich. Die Kassetten wollen eine Bestandsaufnahme sein, keine Wertung. So sammeln die Kassetten 1 und 2 das ein, was den nationalsozialistischen Kahlschlag überstanden hatte oder sich nach 1945 wieder neu regte – Dokumente einer nach zwölf Jahren Terror wieder ungegängelten deutschen Musikkultur.

Auf den Kassetten 3 und 4, die den Jahren 1950 bis 1960 gewidmet sind, finden sich eine ganze Reihe von Komponisten-Namen, deren man sich erst mit einiger Mühe wieder erinnert: Hermann Heiss, Heimo Erbse oder Karl Höller. Die 50er Jahre waren nämlich keineswegs so ausschließlich elektronischen und seriellen Werken vorbehalten, wie das in der Retrospektive den Anschein hat. Das avantgardistische Klangbild dieser Zeit ist erheblich differenzierter und vielfältiger, auch jugendbewegte Motorik galt damals durchaus als neue Musik – insofern sind diese Kassetten imstande, allzu eindimensionale Musikgeschichts-Bilder zu korrigieren.

Auch Komponisten, deren Popularität bis heute eher zunahm, präsentierten sich von unerwarteten Seiten. Wer weiß denn heute noch, daß Mauricio Kagel früher völlig auf der elektronischen Welle mitschwamm und statt witziger Collagen und musikalischer Comic-Strips bierernste serielle Werke verfaßte? Oder wer erinnert sich noch, daß Hans Otte, heute ein Vorkämpfer der minimal music, sich früher mit Klangexperimenten zur Erweiterung der stimmlichen Ausdrucksmöglichkeiten beschäftigte?

Da es sich bei den meisten Aufnahmen um (technisch sehr anständige und in aller Regel mit großem Engagement musizierte) Rundfunk-Produktionen handelt, werden sie hier erstmals auf Platten zugänglich gemacht. Wer sich für neue Musik interessiert oder wer auch nur sein Vorurteil gegenüber der Avantgarde in Frage stellen lassen möchte, wird um diese Dokumentation kaum herumkommen.

STEPHAN HOFFMANN

Zeitgenössische Musik in der Bundesrepublik Deutschland. 1 (1945–50) harmonia mundi/DMI DMR 1001–03; 2: 1004–06; 3: 1007–09; 4: 1010–12.

Ein Maulkorb für Nobelpreisträger C. Milosz

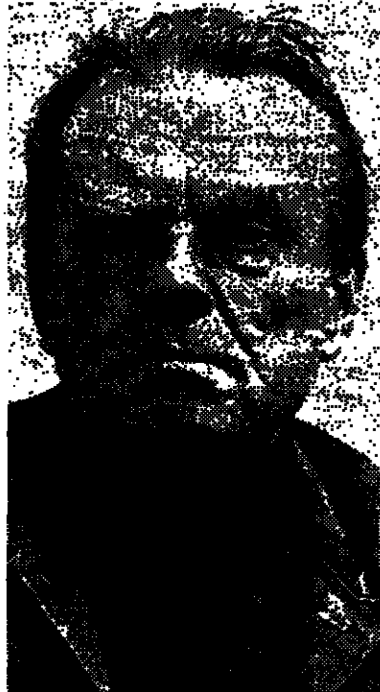
Wovor sich Polens Zensoren fürchten

Im Wintersemester 1981/82 hielt Czeslaw Milosz an der amerikanischen Universität Harvard sechs Vorträge über die Poesie. Sie erschienen in polnischer Sprache in diesem Jahr im Pariser Institut Littéraire unter dem Titel „Das Zeugnis der Dichtung“. Der erste Vortrag „Von meinem Europa beginnend“ wurde von dem Krakauer katholischen „Tygodnik Powszechny“ jetzt nachgedruckt. Zuvor war allerdings die Zensur am Werk. So durften die Polen beispielsweise nicht lesen:

„Das unzweifelhafte Gefühl einer Bedrohung vom Osten her entstand bei mir früh, und es war selbstverständlich nicht ein Gefühl der Bedrohung durch das östliche Christentum, eher durch das, was das Ergebnis seiner Niederlage war. Das Gesetz der Nord-Süd-Achse wirkte nicht nur im Fall der Bekehrung der Barbaren durch Rom, sondern auch in den riesigen Gebieten, wo die Religion von Byzanz aufgenommen wurde. Die Religion, aber nicht die Sprache der Kirche. Der russische Historiker Jurij Fjedotow sieht die Quelle allen russischen Unheils in der Tatsache, daß zu dieser Sprache ein slavisches Idiom wurde und nicht das Griechische, das im Osten ein Gegenstück des universellen Lateins werden konnte. Rußland blieb lange isoliert, als dann die dort zu plötzlich und zu spät entdeckten westlichen Ideen monströse Formen annahmen.“

„Da wir mit eigenen Augen sahen, welche Folgen eine Vergewaltigung der Sitte im Namen der Doktrin hat, also eine Vergewaltigung all' dessen, was stufenweise im Laufe von Jahrhunderten reift, konnten wir nur mit Grauen über die Absurditäten nachdenken, in die sich der gleichgültig gegenüber der wiederholten Fehlern stehende menschliche Geist verstrickt.“

„Aber seit 1917 wäre es schon an der Zeit, etwas Optimistisches in der Poesie der sozialistisch genannten Länder zu finden. So wie die Ansichten der Poeten oft nicht mit dem übereinstimmen, was ihre Federn herausbringen, so scheint manchmal die Rhetorik Poesie zu sein, daß sie sie für den Augenblick ersetzt. Nach der Revolution schreibt Majakowski eine bewunderungswerte gigantische Rhetorik. Die Wahrheit jedoch wohnt nicht in ihr, sondern in den mit leiser Stimme vorgetragenen Gedichten von Ossip Mandelstam und Anna Achmatowa, die in dem vorrevolutionären Rußland eine Bestätigung der schlimmsten Vorahnungen Dostojewskis gefunden hat. Sie schrieb doch, daß der Zwangsarbeiter alles verstanden hat und auf alles hat er ein Kreuz gelegt. Die Lyrik jener Länder, die infolge des Zweiten Weltkrieges ins sowjetische Wirkungsfeld gerieten, bestätigt auch im Geringsten die fröhlichen Versprechungen nicht.“



Opfer der polnischen Zensur: Czeslaw Milosz FOTO: CAMERA PRESS

Das sind nur einige von mehreren Eingriffen der Krakauer Zensur. Aus ihnen läßt sich jedoch ein Bild der Tätigkeit dieses Amtes gewinnen, auch wenn es sich um einen Text handelt, der nicht für den Massenleser bestimmt ist. Da unterscheidet dieses Amt sehr genau: Eine Zeitschrift mit einer kleinen Auflage darf sich viel mehr Freiheiten erlauben als eine Tageszeitung. Wir haben es also im Fall Milosz mit einem eingeengten Zensieren zu tun. Immerhin können wir hier einige Tabus herausschälen, die auch für das „bessere“ Publikum Tabus bleiben sollen.

Daß die Geschichte Rußlands und der russisch-polnischen Beziehungen dazu gehören, war seit eh und je bekannt: der polnisch-sowjetische Krieg 1920, der Ribbentrop-Molotow-Pakt 1939, der Sieg Stalins in Jalta, dies alles wird halb verschwiegen, halb geleugnet oder ganz verdreht. Es dürfen nur amtliche Thesen verbreitet werden, und da sind einige Streichungen ganz verständlich.

Trotzdem stutzte ich, als ich einige Streichungen in Milosz' Text sah, denn da wurde die Zensur subtil. Bei seinen Überlegungen über die liturgische Sprache der Orthodoxen Kirche in ostslawischen Gebieten z. B. die Streichung mag besagen: Es ist nicht gut, darüber zu diskutieren, ob es die Voraussicht der Geschichte oder ein Verhängnis war, daß statt des Griechischen das Russische zur Kirchensprache erkoren und damit zu einem Element des späteren Aufstiegs Rußlands wurde.

Eine andere Subtilität: Milosz durfte dem Leser in Polen nicht mitteilen, daß die Pariser Intellektuellen ihre Autorität an der Weichsel verloren haben und daß sie, als sie um den amerikanischen Leser warben, gescheitert sind. Ist das „eine falsche Information, die dem Staat erheblichen Schaden zufügen kann“? So lautet nämlich der entsprechende Paragraph im polnischen Strafgesetzbuch. Oder fiel dieser Satz der Zensur nur darum zum Opfer, weil anschließend von den hundert Millionen abgeschriebenen Europäern die Rede ist? Oder strich man den ganzen Absatz, weil Milosz behauptet, Ideen der kulturellen Elite beeinflussen die Entscheidungen der politischen Elite? Dies ist nämlich in einem totalitären Land unziemlich, die Regel lautet dort, daß die kulturelle Elite von der politischen geführt wird. So wurde das absolute Primat der Politik durch Vorzensur gerettet.

Wenn man sich die gestrichenen Passagen als ein Ganzes ansieht, so kommt heraus, vor wem und vor was die Instruktoren der Zensur Angst haben: vor „dem unzweifelhaften Gefühl einer Bedrohung vom Osten her“. Denn Milosz sagt, das Gefühl sei zwar dumpf, aber es *sei nicht abzuweisen, daß es da ist*. Es ist schwer zu definieren (nicht für Milosz, aber für die Obrigkeit in der Satrapie Polen), denn es ist die Angst vor der eigenen Angst; vor dem Wissen um die Angst vor der eigenen Angst; also vor dem, was jedem Kind in Polen bekannt ist.

Ist also die Zensur für Kinder? Für wissende Kinder?

WITOLD WIRPSZA

Wien: Neue Wege beim Antrieb für Kunstherzen

Strom aus den Muskeln

An der Entwicklung eines natürlichen Antriebes für Kunstherzen mit körpereigener *Muskelkraft* anstelle einer Pumpe arbeiten derzeit Wissenschaftler der Wiener Chirurgischen Universitätsklinik.

Auf einem Gut der Veterinärmedizinischen Universität Wien gibt es, wie die österreichische Nachrichtenagentur APA berichtete, bereits Schafe, denen Geräte zur Elektrostimulation körpereigener Muskelpartien eingepflanzt wurden. Die Muskelkontraktionen, so sieht es die Entwicklung vor, sollen auf dem Umweg über einen speziellen Generator den Strom für den Antrieb des Kunstherzens liefern.

Die Reizung der Nerven, die eine Muskelbewegung auslösen, erfolgt über mikrochirurgisch angebrachte Elektroden mit Hilfe kleiner Lithiumbatterien. Noch in diesem Jahr sollen, so heißt es weiter, erste Tierversuche mit dem Einbau elektrischer Generatoren begonnen werden, mit deren Hilfe die Umwandlung der Bewegungsenergie des Lendenmuskels in Strom getestet werden soll. Allerdings warnen die Forscher noch vor der Erwartung, daß schon in naher Zukunft menschliche Patienten, denen ein Kunstherz eingepflanzt wird, dieses mit eigener Muskelkraft werden betreiben können.

Die Grundlagen der Forschung gehen, wie die „Österreichische Hochschulzeitung“ nach Angaben von APA schreibt, auf eine in Wien *entwickelte* und *patentierte* „Karussell-Stimulation“ zurück, die erstmals den Zugriff vom Nerv auf den Muskel ermögliche. Die Reizung erfolge im Interesse besserer *Dauerleistung nicht gleichförmig* an einer Stelle des Muskels, sondern umlaufend an verschiedenen Stellen. Das Phänomen, daß sich Muskel oder Muskelfasern abhängig von der Stimulationsfrequenz umformen und damit verschieden schnelle Kontraktionen entwickeln, könne so gezielt genutzt werden.

Die Wissenschaftler haben sich nach APA-Angaben den Lendenmuskel für ihre Experimente deshalb ausgesucht, weil er im Fall einer lebensbedrohenden Herzkrankheit ein entbehrlicher Muskel ist. Seine Funktion kann zumindest teilweise von anderen Muskeln übernommen werden, ohne daß ein funktioneller Defekt am Hüftgelenk entsteht. Zudem könnten im benachbarten Gewebe (Bauchdecke) Steuerungsgerät, Stimulator und Energieumwandler implantiert werden. Nicht zuletzt sei der den Muskel versorgende Nerv für die mikrochirurgische Operation zum Anschluß der Elektroden gut zugänglich. Auch scheine die Stimulation den künftigen Patienten nicht zu belasten. Falls die Kraft des Lendenmuskels nicht ausreiche, könnten auch andere Muskelgruppen herangezogen werden.

Neben der grundsätzlichen Problematik des Kunstherzens ist es vor allem der externe Antrieb, der die potentiellen Patienten belastet und „unbeweglich“ macht. Mit dem körpereigenen Antrieb wäre man hier einen ganz erheblichen Schritt weiter.

fwt



Kann sich neben Paris und Warschau sehen lassen: Zigaretten-Werbung von Arnold Weylandt, aus der Ausstellung „Lebensbilder – Zeitbilder“ im Deutschen Plakatmuseum Essen. FOTO: KATALOG

Alte Plakate im neuen Haus

Das Deutsche Plakatmuseum hat nun endlich ein festes Domizil gefunden. Die Sammlung, die mit einem Konvolut französischer Plakate begann, die die Essener Folkwang-Schule 1968 erwarb, mußte sich bislang mit wechselnden Standorten und – nach einem Brand 1980 – sogar mit der Verbannung in die Depots abfinden. Damit ist es jetzt vorbei.

Das Museum wurde in einem für diesen Zweck umgebauten Essener Geschäftshaus der zwanziger Jahre untergebracht. Mit seinen 60 000 Plakaten kann es sich neben den vergleichbaren Sammlungen in Paris und Warschau sehen lassen. Für die erste Ausstellung wurde das Motto „Lebensbilder – Zeitbilder“ gewählt. Die Auswahl von 170 Plakaten umfaßt das Jahrhundert von 1850 bis 1950 mit allen Lebensbereichen von der Arbeitswelt bis zu Sport und Spiel.

Dabei wird nicht mit illustren Namen gegeizt. Das Spektrum reicht vom berühmtesten aller Ahnväter der Plakatkunst, Toulouse-Lautrec, der mit einem temperamentvollen Plakat für einen Roman von Victor Joze wirbt, bis zu einem Werbeplakat des Schweizer Grafikers Herbert Leupin für eine „Zenith“-Pendule von 1950. Da fehlen nicht die bürgerlich-sentimentalen Szenen von Théophil Steinlen, die jugendstilselige Werbung für Konsumgüter des gehobenen Bedarfs von Alphons Maria Mucha oder die bissig karikierenden Entwürfe Léandres. Viele Plakatgestalter, die für Bücher oder Seifen, Revuen oder Fahrräder warben, bleiben jedoch anonym.

Um das alles so recht aus dem Geist der Zeit zu erleben, um aus einem Plakat der Pariser Scala von 1906 die Klänge eines Cancan oder aus der Werbung für die Dänischen Staatsbahnen den hämmernden Rhythmus der Räder herauszuhören, muß der Besucher jedoch einige Phantasie aufbringen. Zu leicht erstarren hier diese Zeugen aktueller Sensationen oder eines unbeschwerten Luxus im gedämpften Oberlicht und unter Glas zu musealer Feierlichkeit. Da helfen die Litfaßsäule ebensowenig wie einige etwas verloren herumstehende Druckmaschinen.

Gewiß, es gibt kaum andere Möglichkeiten als Rahmung, Verglasung und gedämpftes Licht, will man diese empfindlichen Druckerzeugnisse, deren Farben schnell ausbleichen und deren Papier vergilbt, der Nachwelt erhalten. Und doch wünscht man sich eine lebendigere Kulisse als die stumpf getönten Stellwände, eine Kulisse nämlich, vor der die Plakate auch heute noch ein wenig mit ihrer Rolle als Glanzlichter des Alltags brillieren können (Bis 7. Juni, Katalog: 26 Mark).

BRUNO F. SCHNEIDER

Historisches Kuriosum: Die Ausstellung „Tausend Jahre Oberösterreich“

Gift für den schönen Kaiser Max

Den Zyklus der großen Landesausstellungen, den sich das österreichische Bundesland Oberösterreich auferlegt hat – im Vorjahr galt die Schau dem heiligen Severin –, wurde diesmal in Wels, der zweitgrößten Stadt des Landes, mit dem Titel „Tausend Jahre Oberösterreich“ eröffnet. Was insofern überraschend war, als kein historisches Ereignis im Jahre 983 den Anlaß dazu geben konnte und, einem boshaften Zufall folgend, auch keine der im schönen Doppelkatalog enthaltenen Exponate, Dokumente, Kunstwerke ebendiese Jahreszahl trägt. Der Landeshauptmann von Oberösterreich erklärte dazu freimütig, man müsse bei einem Zeitraum von tausend Jahren nicht kleinlich an einem bestimmten Jahr festhalten, Idee der Schau sei vielmehr, in die letzten tausend Jahre der Geschichte Oberösterreichs einzuführen.

Diese Geschichte selbst aber hat ihre Schwierigkeit, denn es handelt sich bei dem heutigen Bundesland Oberösterreich nicht um einen geschlossenen Komplex wie beim Erzbistum Salzburg oder der Grafschaft Tirol. Das Land ist vielmehr aus Agglomerationen zustande gekommen, wobei unter Maria Theresia 1779 als eine der letzten Erwerbungen das Innviertel dazukam. Es ist eines der vier Viertel, in die das Land eingeteilt wurde, das ursprünglich zur bayerischen Ostmark gehörte.

Ein historisches Kuriosum ist wohl, daß eine gern geduldete Fälschung von höchster Stelle, das sogenannte „Privilegium Majus“ des großartig stürmischen, jung verstorbenen Habsburgers Rudolf IV., dem Land die Würde eines Herzogtums verlieh, während er dem Land Österreich taxfrei die Ernennung zum Erzherzogtum zudachte, und merkwürdigerweise wurde dieses „Privileg“ hundert Jahre später von Kaiser Friedrich III. voll anerkannt.

Man hätte für den Namen der Ausstellung auch eine noch höhere Jahreszahl als tausend einsetzen können, denn bereits im achten Jahrhundert war beispielsweise das Stift Mondsee, auch im ersten Sinn von kulturell, also landpflegerisch, als wichtiger Faktor errichtet worden. Die im Lande wesentlichen Adelsgeschlechter waren neben anderen kleineren Landherren die Grafen von Lambach, die Polheimer und die Schaunberger. Steinerne Grabplatten bedeutender Angehöriger sind in der Welser Pfarrkirche zu sehen, fast alle leider, einem unverständlichen Vandalismus folgend, ihrer Nasen beraubt. Vielleicht eine Erinnerung an den grausam niedergeschlagenen Bauernaufstand, der auch in dem alljährlich aufgeführten „Frankenburger Würfelspiel“ noch heute nachklingt.

Wie hier zu sehen ist, läßt sich historisch viel aus dem Land herausholen. War doch Linz zeitweise die Zuflucht der österreichischen Kaiser – unter anderem in der Türkenzeit –, starb in Wels, in der jetzt der Ausstellung dienenden Burg, Kaiser Maximilian I.. Ein Totenbild mit wachsgelbem Gesicht und halbgeöffnetem linken Auge, alles andere eher als der schönlockige Kaiser von der Martinswand, erschreckt den Besucher und scheint die Behauptung zu bestätigen, daß er einer Vergiftung zum Opfer gefallen sei. Andererseits erweckt die Kaiservilla in Ischl Erinnerungen an die unerhörte Masse an Wild, das dort von Franz Joseph zur Strecke gebracht wurde, und an ein viel ernsteres Ereignis: Dort wurde die Kriegserklärung 1914 unterzeichnet.

Auch künstlerisch hat das Land Oberösterreich viel zu bieten, sowohl in der Architektur (z. B. die herrlichen Kirchen von Wilhering und Spital am Pyhrn, die Stifte St. Florian – Bruckner! – Kremsmünster). Als ganz ungewöhnlicher Beitrag zur bildenden Kunst sei der Kefermarkter Altar genannt. Und was Naturschönheit betrifft, ist das Land am Dachstein und den Salzkammergutseen mit der Donau und den böhmischen Wäldern des Mühlviertels wie kaum ein anderes Bundesland reich bestückt.

Wenn sich die Ausstellung auch mehr auf die Landesgeschichte wirft, so sind doch diese anderen Komponenten nicht vergessen. In Wels selbst wird der Besucher eine liebenswerte kleine Stadt kennenlernen und dort auch vielleicht das Hotel entdecken, das auf zwei Marmortafeln eine erstaunliche Menge von Majestäten und andern hohen Gästen festhält, die dort Wohnung nahmen, da offenbar die jetzt auf Glanz hergerichtete Burg unbewohnbar war. Auch das gehört wohl zum Bild der Stadt: daß sie im Blickfeld der Österreicher ein eher verborgenes Leben führt. Den meisten ist sie nur von der schönen Salome Alt her geläufig, die nach der Verhaftung ihres Bischof-Gemahls in Salzburg hier mit ihren Kindern Zuflucht fand. (Bis 29. Oktober; Katalog: 150 öS.)

ERIK G. WICKENBURG

Die bisher beste Dokumentation über Chinas Oper

Wahrheit durch Serie

Die fünf Getreuen“, „Die Reise in den Westen“, „Pfirsichblüte setzt über den Fluß“ oder „Die glückbringende Vereinigung von Drachen und Phönix“ sind jedem Chinesen vertraut. Er kennt den „Affenkönig“ und den „Leopardengott“, die „Feldmarschallin“ und das „Junge traurige Paar“. Denn diese Stücke und Figuren begegnen ihm immer wieder in einem farbenprächtigen Theater-Spektakel, dem sich kaum jemand entziehen kann. Was bei uns fein säuberlich als Oper, Ballett, Schauspiel, Pantomime oder Varieté in separaten Kunsttempeln untergebracht wird, verschmilzt in China zu einem höchst artifiziellen Gesamtkunstwerk. Bei aller Kunstfertigkeit geht dieser bühnenwirksamen Mischung aus Sprache und Gesang, Tanz und Artistik nicht die volkstümliche Komponente verloren. Das erläutern Fred Mayer und Helga Burger in dem attraktiven Bildband „Chinesische Oper“ (Edition Popp, Würzburg, 204 S., 125 Abb., 88 Mark).

Der Hauptteil ist der Peking-Oper gewidmet, wie sie sich jetzt nach der fünfzehnjährigen Zwangspause während der Kulturrevolution in der Volksrepublik China darbietet, aber auch wie sie sich in bewußter Anknüpfung an die Tradition der „Schüler des Birnengartens“ auf Taiwan, wo sie ursprünglich nicht heimisch war, entwickelt hat. Dazu kommen die Getsai-, Kanton-, Chao- und Hoklo-Oper, regionale Ausbildungen chinesischer Bühnenkunst, in die – stärker als in der hochstilisierten Peking-Oper – auch Elemente des lokalen Volksliedes und -tanzes eingeflossen sind.

Das Schwergewicht des Bandes liegt bei den Farbfotos von Fred Mayer. In Einzelbildern und Bildfolgen vermittelt er einen Eindruck von dieser schwierigen Kunst, die eine vieljährige Übung erfordert. Dabei läßt er – soweit das überhaupt neben der lebendigen Aufführung möglich ist – viel von den Mühen und der Schönheit der Chinesischen Oper spüren.

P. Jo.



Vor dem Auftritt: Xinma Shizhang, der Star der Kanton-Oper FOTO: FRED MAYER

JOURNAL

Das Geheimnis des TIRC jenseits der Milchstraße

dpa/UPI, **Santa Cruz**

Astronomen der Universität von Kalifornien in Santa Cruz beobachten zur Zeit einen gasförmigen Sternbegleiter, der nach ihrer Ansicht möglicherweise der erste außerhalb unseres Sonnensystems entdeckte Planet ist. Das 450 Lichtjahre von der Erde entfernte Objekt in der Milchstraße steht in der Nähe des Fixsterns T-Tauri und hat daher den Namen „TIRC“ (T-Tauri-Infrared Companion) erhalten. Es wird seit dem vergangenen Jahr von Wissenschaftlern mehrerer Observatorien mit optischen sowie Radio- und Infrarot-Teleskopen untersucht. TIRC ist demnach etwa fünf- bis zwanzigmal so groß wie der Jupiter, der größte Planet unseres Sonnensystems. Von seinem Zentralstern T-Tauri ist er etwa zwölf Milliarden Kilometer entfernt. Zum Vergleich: Die Erde bewegt sich in 150 Millionen Kilometer Abstand um die Sonne. Wenn TIRC tatsächlich ein Planet ist, könnte diese Entdeckung helfen, wissenschaftliche Modelle für das Entstehen des Sonnensystems vor rund 4,5 Milliarden Jahren zu erproben.

Hersfelder Festspiele ohne Eva Renzi

dpa, **Bad Hersfeld**

Der Intendant der Bad Hersfelder Festspiele, Hans Gerd Kübel, hat das Engagement der Schauspielerin Eva Renzi mit sofortiger Wirkung gelöst. Eva Renzi war am Pfingstsamstag bei der Demonstration gegen das Treffen ehemaliger SS-Angehöriger in Bad Hersfeld als Rednerin aufgetreten. Dort hat sie Bundespräsident Prof. Karl Carstens, den Schirmherrn der Festspiele, wiederholt – und trotz schriftlicher Mahnung des Intendanten – als „Nazi“ bezeichnet. Damit werde, erklärte Kübel, nicht nur dem Ruf der Festspiele Schaden zugefügt, sondern es werde auch die Förderung des Freilichttheaters in der Hersfelder Stiftsruine aus Mitteln der öffentlichen Hand in Frage gestellt. Eva Renzi sollte die Prinzessin Eboli in Schillers „Don Carlos“ sowie die Elfenkönigin Titania in Shakespeares „Sommernachtstraum“ spielen.

Hüte in der Kunst als Ausstellungsthema

DW. **Wiesbaden**

Der Hut in der Kunst und Kunst mit Hüten sind das Thema der Ausstellung „Art Hats“, die die Galerie Harlekin Art in Wiesbaden-Erbenheim zeigt. Parallel zu der Ausstellung, die bis zum 10. Juni zu sehen ist, gibt es künstlerische Aktionen, aber auch die Vorführung eines Zylindermachers aus Holland, wie ein Hut entsteht. Zu der Ausstellung erschien ein Katalog mit Bildern der ausgestellten Objekte und historischen und kulturhistorischen Variationen über Kunst-Hüte. Er ist 246 Seiten dick und kostet 45 Mark.

Sprengel-Preis für Heike Ruschmeyer

dpa, **Hannover**

Den mit 25 000 Mark dotierten Bernhard-Sprengel-Preis 1982 hat die in Berlin lebende Künstlerin Heike Ruschmeyer erhalten. Die 1979 gestiftete und zum vierten Mal verliehene Auszeichnung soll *Künstler fördern, die in Niedersachsen* tätig oder geboren sind. Heike Ruschmeyers großformatige Figurenbilder zeichneten sich durch hohes persönliches Engagement und beeindruckende malerische Kraft und Farbigkeit aus, heißt es in der Preisurkunde.

Münchens Ballettchef E. Gleede hat gekündigt

reg. **München**

Das Münchner Ballett kommt nicht zur Ruhe. Weil Edmund Gleede als Ballettchef der Bayerischen Staatsoper offenbar nicht das Vertrauen seines neuen Operndirektors Wolfgang Sawallisch genießt, hat er kurzfristig zum 31. August nächsten Jahres gekündigt. Gleede, der 1980 von August Everding als Nachfolger von Lynn Seymour nach München geholt wurde und dort in kurzer Zeit eine durchaus achtbare Aufbau- und Personalpolitik getrieben hat, kommt damit einer möglichen Kündigung durch Sawallisch zuvor, der schon seit langem nach einen prominenten Chefchoreographen sucht. Die Planung der nächsten Saison wird durch den bevorstehenden Wechsel nicht berührt.

Eine Bibel für die Ostfriesen

epd, **Weener**

Gerrit Herlyn, pensionierter Pastor aus Leer, übertrug die Bibel in deftiges Ostfriesenplatt, dortzulande die zweite Amtssprache, manchenorts sogar die erste. Erschienen ist jetzt „Det Neei Testament – Weergeven un wiedergeven in ostfreeske Taal“. Und auch davon erstmals „Ersten Deel – veer Apostels – een Evangelium“. Der über seine Heimat hinaus viel gelesene Autor plattdeutscher Bücher ist der felsenfesten Überzeugung, die Norddeutschen hätten nach dem katholischen Latein mit dem reformatorischen Hochdeutsch in der Kirche ebenfalls nicht viel anfangen können. Insofern holte der ostfriesische Bibelübersetzer nach, was nach seiner Meinung dem Reformator nur mäßig hat gelingen können: den Ostfriesen aufs Maul zu schauen.

Kleinigkeiten sorgen für feuchte Zeiten

Das schlechte Wetter soll sich noch einige Tage halten

H. KANNENBERG, **Frankfurt**

Mittagstemperaturen zwischen sieben (München) und 12 Grad (Berlin), regenverhangener Himmel von Salzburg bis Emden, Sonnenschein ist Mangelware in ganz Mitteleuropa (Frankfurt: vom Mai-Soll von 210,5 Stunden waren am 24. 5. erst 83,4 Stunden erreicht). Protestdemonstrationen und Bittprozessionen wegen Wassermangels und extremer Dürre in Süditalien (Tavoliere im Mezzogiorno: Hektarerträge beim Getreide 60 Kilo statt der gewohnten 28 Doppelzentner). Blizzards und Schneemassen in Colorado und Wyoming, extreme Kälte in New Mexico, Michigan und Minnesota: Das ist der Frühling 1983. Das Wetter spielt verrückt, und es scheint als sei die „Wetterküche" Atlantik, wo der Frühling für Mitteleuropa gebraut wird, aus den Fugen.

Beim Deutschen Wetterdienst in Offenbach bleibt man wie stets gelassen. Wolfgang Terpitz, Leiter der Abteilung Klimatologie: „Die Großwetterlage über der nördlichen Halbkugel ist nicht katastrophenträchtiger als sonst. Nur könnte man sagen, daß heuer viele Kleinigkeiten ineinandergegriffen und sich zu einem trostlosen Mai summiert haben!"

Zuerst war es ein über Wochen ortsfestes Tief über den Britischen Inseln, das wie ein Wachhund vor Mitteleuropa lag, das Schönwetter verheißende Azorenhoch (Terpitz: „Exakt an seinem Platz, weder zu weit nördlich, noch zu weit südlich!") in Schach hielt und Staffeln von Nordmeerkaltluft auf den Kontinent lenkte. Dann wanderten Störungsfronten zusammen mit einem Mittelmeertief von Italien nach Nordosten, setzten von Polen bis Schweden neue meteorologische Kraftpole und drehten für Deutschland die Strömungsrichtung der wetterbestimmenden Luftmassen auf Nordost.

Das hätte weniger feuchte Folgen gehabt, wäre nicht Frankreich zu gleicher Zeit zum gut beschickten Kaltluftreservoir aufgerückt. Wärmere Luft vom Mittelmeer via Norditalien und Polen nach Schweden, kältere Luft von Frankreich nach Südosten – und mitten unter der Begegnungsfront die Bundesrepublik Deutschland. Was folgte, ist nichts anderes als das kleine Einmaleins der Meteorologie: Die Warmluft aus dem Osten glitt über die Kaltluft aus dem Westen, es bildeten sich feuchtigkeitsgesättigte Wolkenfronten und Deutschland hatte seinen Frühlings-Landregen, der nach Ansicht der Meteorologen „jahreszeitlich nicht einmal so ungewöhnlich" ist.

Wie beeindruckend die zyklonale Wetterorgie über die Lande fegt, wird jedoch aus der Temperatur- und Niederschlagsstatistik deutlich. Zugrunde gelegt ist Frankfurt, das wegen seiner zentralen Lage Trends besonders gut anzeigt. In der Main-Metropole, wo die Mai-Temperatur im langjährigen Mittel bei 12,1 Grad liegt, wurde am 25. 5. eine „Unterschleife" von 1,8 Grad registriert. Bei den Niederschlägen (Mai-Soll: 54,2 Millimeter) war am 25. 5. das Monatssoll zu 167 Prozent übererfüllt. Das Manko an Sonnenschein betrug am Stichtag 60 Prozent.

Alle Hoffnungen, die letzte Mai-Woche werde die frustrierende Frühlingsstatistik noch aus dem Feuer reißen, müssen angesichts der Computerprognosen begraben werden. Die Fünf-Tage-Vorhersage des Deutschen Wetterdienstes meldet bis zur Grenze des Zeitraumes: feuchtkühles Wechselwetter wie gehabt. Und auch die elektronische Pythia des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wetterprognosen in Reading bei London vermag für die nächsten 10 Tage nur „zyklonale", also regenträchtige Wetterlagen vorauszusehen.



November-Wetter im Frühling: Sonne und Temperaturen liegen in diesen Tagen weit unter dem „Soll". FOTO: E. KASPERSKI

Baedeker des Bibberns führt über die Inseln

JOCHEN ZWIKIRSCH, **London**

Schaurig ist's, durchs Moor zu geh'n. Besonders durch das nebelumwaberte Dartmoor in Englands Südwesten – denn es gibt kaum einen anderen Ort im Inselreich, an dem mehr Gespenster nisten. Und das will immerhin etwas heißen im Land mit der dichtesten Geisterbevölkerung der Erde. Der Schriftsteller Antony Hippisley Coxe hat dem denn auch getreulich Rechnung getragen. Er widmete dem finsteren Moor ein eigenes Kapitel in seinem Buch, das allemal seinesgleichen sucht: Mr. Coxe verfaßte einen „Führer zum Übernatürlichen in England, Schottland und Wales".

„Haunted Britain – a guide to the supernatural in England, Scotland and Wales" von Antony D. Hippisley Coxe, Pan Books Limited, Cavaye Place, London SW 10 ISBN: 0 330 24328 4.

Auf mehr als 200 Seiten hat der Autor zusammengetragen, wo sich Großbritanniens Gespenster, Hexen, Poltergeister und andere unheimliche Erscheinungen am liebsten tummeln: „Gemeinsam mit einem Recherche-Team bin ich auf mehr als 2000 entsprechende Stätten gestoßen." Für das Buch wurden dann knapp 1000 ausgesiebt, die interessantesten von Landesteil zu Landesteil, Grafschaft zu Grafschaft, Ort zu Ort – eine Art Baedekker des Bibberns ist entstanden.

Zum Durchkommen allerdings gehört eine Portion Glück. Denn schon auf Seite 29 – geographisch: im berüchtigten Dartmoor – lauert der Tod. Wer nämlich die Landstraße B 3212 gen Süden fährt, warnt der Autor, muß das selbst verantworten: Es könne ihm nämlich passieren, daß ihm grauslich behaarte Hände urplötzlich ins Steuerrad greifen und einen scheußlichen Unfall auslösen.

Wer diesem haarigen Erlebnis noch einmal glimpflich entkommen ist, sollte besser nicht in Drewsteignton absteigen (dort läuft einem schließlich mitunter aus einem historischen Mordhaus ein Blutrinnsal entgegen). Die Weiterfahrt nach Walford's Gibbet in der Nachbargrafschaft Somerset empfiehlt sich ebenso wenig, wegen des Geruchs. Dort hatte man anno 1789 einen mörderischen Köhler aufgehängt, und jener John Walford stinkt angeblich noch heute vor sich hin.

Aber vielleicht ist dies immer noch angenehmer als ein Aufenthalt im Somerset-Landsitz Sandford Orcas. Dessen Bewohner behaupten, mit nicht weniger als 14 Geistern unter einem Dach zu wohnen – der allbritische Spukrekord, vor dem selbst das Dörfchen Pluckey (Grafschaft Kent, zwölf Gespenster) erbleicht.

In diesem Stil bibbert sich der Verfasser von Süd nach Nord weiter durchs Land. Nach Chilton Cantelo etwa, wo der Schädel des 1670 verblichenen Theophilus Broome noch heute im Herrenhaus der „Higher Farm" herumliegt: Versucht man den Totenschädel nämlich zu bestatten, beginnt er so grausig zu heulen, daß er flugs wieder auf der Anrichte landet.

In Eastbury (Grafschaft Dorset) dagegen begegnet man gen Mitternacht mitunter dem Selbstmörder William Doggett. Wenn dessen ruheloser Geist ausgeht (genauer: umgeht), dann pflegt er sich von einer Kutsche abholen zu lassen, die von vier kopflosen Rössern gezogen und einem gleichermaßen hauptlosen Kutscher gelenkt wird.

Gleich nebenan begegnet man mit einigem Glück dem wahrscheinlich einzigen deutschen Gespenst auf britischem Boden: Im Army-Panzermuseum der Bovington-Kaserne treibt sich der Geist eines deutschen Panzer-Kommandanten aus dem Zweiten Weltkrieg herum und versucht immer wieder, sich an seinen alten „Tiger" heranzumachen.

Wer indessen auf ein Rendezvous mit Angelsachsens ausgefallenster Spukgestalt aus ist, der braucht nicht einmal die Hauptstadt zu verlassen: Sie schreckt Ahnungslose auf dem Pond Square im Nordlondoner Nobelviertel Highgate. Es handelt sich dabei um den Geist eines Huhns, das vom Naturwissenschaftler Sir Francis Bacon einst zu Versuchszwecken bei lebendigem Leibe mit Schnee ausgestopft worden war und das dem Forscher dies nie vergessen konnte. (SAD)

Falsche Polizisten erbeuteten 26 Millionen Mark

dpa, Paris

Drei als Polizisten verkleidete Räuber haben in der Nacht zu gestern in Massy-Palaiseau südlich von Paris bei einem Überfall auf einen Geldtransport rund 80 Millionen Franc, umgerechnet rund 26 Millionen Mark, erbeutet. Nach Ermittlungen der Behörden stoppten sie den mit mehreren Tageseinnahmen verschiedener Supermärkte beladenen Geldtransporter mit einem als Polizeiwagen getarnten Auto mitten auf der Straße. Einer der Gangster in Polizeiuniform forderte die Fahrer des gepanzerten Lieferwagens zum Aussteigen auf und setzte sich selbst ans Steuer. Von seinen Komplizen in dem falschen Polizeifahrzeug „eskortiert", verschwand er in Richtung Paris und ließ die irritierte schwerbewaffnete Besatzung des Geldtransporters auf der Straße stehen.

Nildampfer gesunken

AP, Kairo

Wahrscheinlich mehr als 100 Tote forderte ein Schiffsunglück gestern auf dem Nil im Süden Ägyptens, als auf dem Dampfer „10. Ramadan" ein Feuer ausbrach. Rettungsmannschaften konnten rund 500 der 627 Passagiere an Land bringen. Das Gewässer gilt als krokodilverseucht.

Zwei Generäle verurteilt

AFP, Rom

Zwei italienische Polizeigeneräle, die jahrelang Steuerhinterziehungen in Millionenhöhe gedeckt haben, sind zu einer Geldstrafe in der Rekordhöhe von rund 170 Millionen Mark verurteilt worden. Den beiden hohen Polizeioffizieren unterstand früher die italienische Steuerfahndung. Der Fiskus soll allein 1979 um rund 270 Millionen Mark betrogen worden sein.

Zwei Schiffe beschlagnahmt

AP, Vigo

Die spanischen Zollbehörden haben im Hafen von Vigo im Nordwesten des Landes zwei unter panamaischer Flagge fahrende Schiffe beschlagnahmt, in denen sie fünf Millionen nicht deklarierte Zigarettenpäckchen fanden. Die Schmuggelware soll einen Gesamtwert von umgerechnet 25 Millionen Mark haben.

Erpressung im Spiel?

dpa, Monza

Gegen den Seveso-Beauftragten der italienischen Region Lombardei, Luigi Noe, ist ein Ermittlungsverfahren wegen Erpressung eingeleitet worden. Noe soll auf die Firma Mannesmann Italiana und den französischen Transportunternehmer Bernard Paringaux Druck ausgeübt haben, das Dioxin aus dem Unglücksort Seveso abzutransportieren, obwohl noch keine Genehmigung für die Endlagerung des Gifts im Ausland vorlag.

Beileid des Papstes

dpa, Rom

Papst Johannes Paul II. hat sein Beileid zum Tode der 13 Pilgerinnen und des Fahrers ausgesprochen, die am Dienstag auf der Rückfahrt von einem Wallfahrtsort in Norditalien bei einem Busunglück ums Leben gekommen waren. Während einer Generalaudienz auf dem Petersplatz forderte der Papst gestern vor 30 000 Menschen auch zum Gebet auf für die Opfer der beiden Schlammlawinen im oberen Veltlin-Tal.

Fünf Deutsche erfroren

dpa, Ajaccio

Fünf deutsche Touristen sind in der Nacht zu gestern im Gebirgsmassiv von Cinto in Zentral-Korsika erfroren. Österreichische Touristen haben die Leichen gestern entdeckt. Ein sechstes Mitglied der Gruppe wird noch vermißt. Die Touristen waren von einem schwerem Schneetreiben und dichtem Nebel überrascht worden.

Vulkan ausgebrochen

AP, Moskau

Von der sowjetischen Halbinsel Kamtschaka meldete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass einen großen Vulkanausbruch. Eine Asche-und-Gas-Wolke sei fast sechs Kilometer hochgeschleudert worden. Der Vulkan galt als erloschen, bis er am 30. März 1956 mit einer gewaltigen Explosion ausbrach. Über Schäden wurde nichts bekannt.

ZU GUTER LETZT

„Die Mütter wollen in den nächsten Jahren ihre Töchter miteinander fusionieren" Überschrift im „Handelsblatt"

Ein Fehler zuviel am Band von Togliattigrad

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Im größten Automobilwerk der Sowjetunion, in Togliattigrad, war die Produktion für zwei Tage unterbrochen. Ein junger Programmierer hatte die elektronische Steuerung des Fließbandes lahmgelegt. Etwa 200 Personenwagen des Typs Lada/Schiguli blieben auf der Strecke.

Zu dem Zwischenfall war es gekommen, weil sich der junge Mann ungerecht behandelt fühlte. Seit Jahren hatte er vergeblich auf die versprochene Beförderung gewartet. In dieser Zeit war in ihm der Gedanke gereift, die Sache zu beschleunigen. Dies, so glaubte er, sei am besten durch eine berufliche „Glanzleistung" zu bewerkstelligen.

In vielen Wochen tüftelte er einen Steuerungsfehler in dem Teil des Computerprogramms aus, der nur ihm zugänglich war. Am Tage „X" hoffte er dann, wie jetzt sowjetische Zeitungen berichteten, durch die rasche „Pannenhilfe" zum Helden des Tages zu werden. Aber es kam anders: Trotz aller Sorgfalt schlich sich in seine Berechnungen neben dem beabsichtigten auch noch ein echter Fehler ein. Als der Ernstfall eintrat, stand auch er völlig ratlos vor den ruhenden Bändern. Arbeiter und Techniker des Werkes bemühten sich, mit allen zur Verfügung stehenden Transportmitteln das Montageband zu versorgen. Die Einzelteile aus den Produktionsabteilungen wurden per Hand zum Hauptmontageband getragen.

Erst als der verzweifelte Programmierer seine Tat gestand, konnte der Fehler behoben werden. Der junge Ingenieur mußte sich nun vor Gericht verantworten. Er wurde zu drei Jahren Gefängnis mit Bewährung und 7000 Rubel Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde er zum Hilfsarbeiter degradiert.

Beim nächsten Flug ins All ist Sally Ride das Hauptereignis

Im Vorfeld der „Challenger"-Mission konzentriert sich alles auf erste US-Astronautin

rtr/SAD, **Houston**

Die Astronautin, die am 18. Juni als erste Amerikanerin mit der US-Raumfähre „Challenger" ins All starten wird, wird das eigentliche Ereignis der nächsten Nasa-Mission sein. Auf einer Pressekonferenz in Houston wurden ihre vier Kollegen jetzt zu regelrechten Statisten. Die 31jährige promovierte Astrophysikerin Sally Ride wurde nur so mit Fragen bestürmt. Sie gab sich zwar selbstbewußt und selbstsicher, aber darauf, daß sie allein im Rampenlicht steht, so machte sie deutlich, würde sie gerne verzichten:

„Ich bin nicht in dieses Programm eingetreten, um die erste Frau im All zu sein, sondern um so schnell wie möglich in den Weltraum zu fliegen. Es gibt im Moment wirklich nichts, was ich lieber täte", erklärte sie. „Ich wollte", sagte sie einmal an anderer Stelle, „daß sich das Interesse nicht so auf mich konzentrierte und wünschte, unsere Gesellschaft wäre fortgeschrittener. Wir Frauen haben doch schon lange bewiesen, daß wir uns genauso gut wie die Männer für alles eignen."

Die anderen Besatzungsmitglieder hatten kaum eine Chance: „Challenger sieht gut, aus und wir sind für den Flug bereit", sagte der 45jährige Kommandant der Fähre, Robert Crippen. Aber Informationen über den Zustand der Fähre waren weniger gefragt als über den der Raumfahrerin.

Je mehr Fragen auf sie einstürmten, desto unumwundener begann sie zu reagieren: „Ich bin so aufgeregt darüber, fliegen zu dürfen, daß ich euch sogar ignorieren kann", antwortete sie auf die Frage eines Mannes, der wissen wollte, wie sie den Rummel um sich finde. Um Fragen, die sie nicht beantworten wollte, redete sie nicht herum, sondern beschied den Interviewer kurz: „Dazu sage ich nichts." So bündig fand sich eine Reporterin beschieden, die wissen wollte, ob die erste Frau im Weltall schwanger sei. Sally Ride hatte kürzlich ihren Kollegen Steve Hawley geheiratet.

Die Amerikanerin wird beim Start ihren Platz im Cockpit hinter Kommandant Crippen auf gleicher Höhe mit Pilot Frederick Hauck einnehmen. Im Zwischendeck hinter ihnen werden sich Norman Thaggard, der „Hausarzt" des Unternehmens, und John Fabian, der Wissenschaftsastronaut anschnallen.



Erstmals fliegt ein Shuttle mit fünf Besatzungsmitgliedern – im Rampenlicht steht nur eines: Sally Ride. FOTO: DPA

„Daß Sally mit uns fliegt", meinte Crippen einleitend, als auch einmal eine Frage an ihn gerichtet wurde, „daß Sally also mit uns fliegt, hat einen großen Vorteil für uns Männer: Wir stehen weniger im Rampenlicht."

Diese Bemerkung forderte geradezu die Fragen heraus, wie sie sich denn als Frau unter lauter Männern im Weltraum fühle oder ob sie sich bereits selbst als Mann vorkomme.

„Manchmal ja", erwiderte sie schlagfertig. „Es ist schon so weit gekommen", fuhr sie unter Gelächter fort, „daß Crip nicht einmal mehr die Tür für mich offenhält." Daß sie mit vier Männern eine Woche lange auf engstem Raum leben müsse, schrecke sie nicht, meinte die ehemalige Tennislehrerin. Das kenne sie schon vom Tennisplatz oder aus der Schule. Auch dort habe sie mit Männern, oft nur mit ihnen, zu tun gehabt. Bei der „Challenger"-Mission wird Sally Ride mit „zarter Hand" den deutschen Wissenschafts-Satelliten „Spas" in den Weltraum schicken und ihn mit Hilfe eines langen Kranarmes auch wieder einfangen. „Spas" soll wieder auf die Erde zurückgebracht werden. Der deutsche „Reisebegleiter" hat Experimente aus der Werkstofforschung und Verfahrenstechnik an Bord. Außerdem sind Instrumente zur Fernerkundung der Erde, zur extraterrestrischen Forschung und Raumfahrttechnologie als Nutzlast vorgesehen.

LEUTE HEUTE

Millionen-Spektakel

In 950 amerikanischen und kanadischen Kinos lief gestern der letzte Teil der Trilogie „Krieg der Sterne" an. Die „Rückkehr des Jedi" von **George Lucas** soll alle Kassenrekorde brechen. Mit 32,5 Millionen Dollar hat das Weltraumspektakel allerdings mehr gekostet, als die beiden Vorläufer „Krieg der Sterne" (10 Millionen) und „Das Imperium schlägt zurück" (25 Millionen). Die beiden spielten bisher weltweit fast 900 Millionen Dollar ein.

Schöne Bescherung

Während ihre monatliche Telefonrechnung im Durchschnitt 350 Dollar ausmacht, erhielt **Donna Shor** jetzt eine über die unglaubliche Summe von 26 210,18 Dollar. Ihr wurden mehr als 2000 Ferngespräche nach Persien, Nigeria und in lateinamerikanische Staaten berechnet. Die Telefongesellschaft hat Strafantrag gegen „Unbekannt" gestellt: Irgend jemand hat die Gespräche mit einer gefälschten Kreditkarte, die Donna Shors Nummer plus Code enthielt, geführt.

Jubiläums-Kater

Vorüber ist die Familienfeier der Roeblings, die sich zum 100. Geburtstag „ihrer" Brücke – gebaut von ihrem Ur-Ahn Johann August Roebling aus Thüringen – in New York trafen. Geblieben ist eine gewisse Verstimmung. Die Roeblings hatten das „River Café" am Fuße der Brücke gemietet und dazu Präsident Reagan eingeladen. Der ließ anfragen, ob die Roeblings nicht auf das Café verzichten wollten, weil er selbst dort eine Party geben würde. Die Roeblings lehnten ab. **Paul Roebling**, in New York lebender Schauspieler: „Das ist schließlich unsere Familien-Brücke." Und die Reagans blieben der Brückenfeier fern.

Alarmierende Zunahme von Sexualverbrechen

KLAUS RÜHLE, **Bonn**

Eine häßliche Geschichte. Zwei 20jährige Touristinnen aus Deutschland sind bei Tivoli unweit von Rom vergewaltigt und 20 Stunden lang gepeinigt worden. Die zehn Sexualverbrecher konnten von den Carabinieri identifiziert und verhaftet werden. Angefangen hat die Geschichte wie üblich mit einer Einladung zur Spazierfahrt. Zwei der jungen Männer waren motorisiert und erboten sich den beiden deutschen Mädchen, Tivoli und Umgebung zu zeigen. Sie zeigten ihnen aber nur einen verlassenen Bauernhof, wo die anderen acht schon warteten.

Zu vertrauensselig

Eine häßliche Geschichte, wie sie allerdings in Italien ziemlich häufig vorkommt, weil Touristinnen immer noch viel zu vertrauensselig auf Einladungen von unbekannten Autofahrern eingehen. In Italien hat die Zahl der Sexualverbrechen in einem Jahr um 40 Prozent zugenommen.

An dieser erschreckenden Zunahme ist sicher nicht zuletzt der Umstand schuld, daß die Strafgesetze gegen Vergewaltigung und die damit zusammenhängenden Delikte veraltet und relativ milde sind. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung, vor allem der Frauenbewegungen, wurden von fast allen Parteien im italienischen Parlament Gesetzesentwürfe eingebracht, die einen besseren Schutz von Frauen und Mädchen gegen Sexualverbrechen zum Gegenstand hatten.

Wesentlicher Punkt der Strafrechtsreform war das Kriterium, daß Vergewaltigungen nicht länger unter der Rubrik Erregung öffentlichen Ärgernisses oder Verstoß gegen die guten Sitten abgehandelt werden, sondern als Verbrechen beurteilt und entsprechend hart geahndet werden. Ein Volksbegehren in diesem Sinne hatte in wenigen Wochen 300 000 Unterschriften gefunden. Doch wegen der Parlamentsauflösung ist es nun mit dieser Reform bis auf weiteres vorbei.

Bis das neue italienische Parlament sich mit der leidigen Frage beschäftigt, dürfte viel Zeit vergehen und das bedeutet, daß die Sexualverbrecher auch in diesem Sommer ihre Jagd auf Frauen und Mädchen ohne großes Risiko fortsetzen werden.

Richter mißtrauisch

Hinzu kommt noch, daß bei Prozessen gegen Sexualverbrecher in Italien in der Regel ein instinktives Mißtrauen der Richter gegenüber den mißbrauchten Frauen besteht und es den Verteidigern der Beschuldigten oft gelingt, den Spieß umzudrehen, das heißt den Verdacht zu äußern, daß die Opfer der Vergewaltigung im Grunde willig waren und sich deshalb nicht beschweren können. Sozusagen nach dem Motto, nicht der Vergewaltiger, sondern die Vergewaltigte ist schuld.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Das umfangreiche mitteleuropäische Tiefdruckgebiet beeinflußt mit seinem Schlechtwettergebiet vor allem die westlichen Landesteile.

Deutscher Wetterdienst 25. Mai 1983, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16 °C. bedeckt, still, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch-, T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Donnerstag

Bundesgebiet und Berlin: Meist stark bewölkt bis bedeckt und vor allem im Westen und Südwesten länger anhaltende Regenfälle, in den übrigen Gebieten nur gelegentlich Niederschlag. Tageshöchsttemperaturen 10 bis 14 Grad, nächtliche Tiefstwerte 10 bis 6 Grad. Schwacher bis mäßiger, stellenweise auch frischer Wind aus Nordwest bis West.

Weitere Aussichten

Allmählich nachlassende Niederschläge und zögernder Temperaturanstieg.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	30°
Bonn	9°	Kopenh.	13°
Dresden	12°	Las Palmas	18°
Essen	8°	London	15°
Frankfurt	11°	Madrid	16°
Hamburg	11°	Mailand	17°
List/Sylt	10°	Mallorca	23°
München	9°	Moskau	27°
Stuttgart	9°	Nizza	18°
Algier	21°	Oslo	16°
Amsterdam	10°	Paris	13°
Athen	22°	Prag	10°
Barcelona	19°	Rom	14°
Brüssel	10°	Stockholm	17°
Budapest	13°	Tel Aviv	30°
Bukarest	24°	Tunis	21°
Helsinki	19°	Wien	13°
Istanbul	23°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.16 Uhr, Untergang: 21.22 Uhr, **Mondaufgang:** 22.16 Uhr, Untergang: 5.46 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Ein Freizeit-Spaß für 760 Millionen

In England sind gleich zwei Vergnügungsparks à la „Disneyland" geplant

HELMUT VOSS, **London**

In England soll in der nächsten Woche mit den Bauarbeiten für einen riesigen Vergnügungspark begonnen werden, der es mit den amerikanischen Touristenmagneten „Disneyland" und „Disneyworld" aufnehmen kann. Die Baugenehmigung für das „Wonderworld" genannte, 760 Millionen Mark kostende Freizeit-Zentrum voller Jahrmarktsattraktionen, Hotels und futuristischer Glaspavillons wurde jetzt in der nahe Birmingham gelegenen mittelenglischen Industriestadt Corby unterzeichnet.

Nach den Plänen der Erbauer soll die erste Bauphase bereits 1985 abgeschlossen sein. Der Bauplatz ist ein riesiges stillgelegtes Tagebaugelände des staatlichen Stahlkonzerns „British Steel". „Wonderworld" soll einmal 3000 Menschen beschäftigen.

Noch schneller, nämlich schon 1985, soll ein Konkurrenzunternehmen 80 Kilometer weiter nördlich in Ilkeston fertig sein. Dort plant der ehemalige Fußball-Profi Peter Kellard den „Britania Park". Das Vergnügungsgelände wird zwar erheblich kleiner sein und weniger Leute beschäftigen als „Wonderworld", soll aber auch an die 200 Millionen Mark verschlingen. Geplant sind unter anderem mehrere moderne Achterbahnen nach amerikanischem Vorbild, eine ständige Ausstellung britischer Erfindungen und ein Golfplatz.

Wie „Disneyworld" wird auch das auf einem 400 Hektar großen Gelände entstehende „Wonderworld" eine Stadt für sich sein – mit vier Hotels, eigenem Bahnhof, Sportstadien, Golfplatz, Konzerthallen und Dutzenden von Restaurants und Läden.

An Attraktionen sind unter anderem geplant: ein Märchendorf, ein futuristischer Raumfahrtpavillon, ein überdimensionales Modell des menschlichen Körpers, das per Boot zu besichtigen ist, und eine Luftfahrtschau, bei der die Besucher die Luftschlacht um England nacherleben können.

Als leitender Architekt zeichnet Derek Walker verantwortlich, der sich in England mit dem Entwurf der Satellitenstadt Milton Keynes einen Namen gemacht hat.

„Wir befinden uns mitten in einer Revolution", erklärte ein Sprecher der Firmengruppe „Group Five" über das in Europa noch einzigartige Projekt, „wir erleben einen Trend in Richtung auf kürzere Arbeitszeit und mehr Freizeit. Der traditionelle Zeitvertreib wird viele Leute bald nicht mehr ausfüllen. Sie werden sich – genau wie es vor uns die Amerikaner getan haben – nach einem neuen Freizeitvergnügen umsehen. Das ist für „Wonderworld" genau die richtige Lücke. Eine Familie könnte dort mühelos ein ganzes Wochenende verbringen."

Während der fünf Jahre dauernden Vorbereitungen haben die „Wonderworld"-Planer auch die amerikanischen Vorbilder, dort „Themeparks" genannt, studiert und bewußt darauf verzichtet, wie diese die Vergangenheit zu „verarbeiten", und sich lieber auf die Themen Gegenwart und Zukunft konzentriert. Der „Group Five"-Direktor Gerry Baptist sagte dazu: „Die britische Öffentlichkeit teilt nicht die relativ naive Geschichtsbegeisterung der Amerikaner."

Die in den Midlands, Englands Ruhrgebiet, gelegene Stahlstadt Corby wurde wegen ihrer zentralen Lage für „Wonderworld" ausgesucht. Die Planer haben errechnet, daß im Tagesausflugs-Umkreis von Corby rund 22 Millionen potentielle Besucher wohnen, die im Interesse ungewöhnlicher Freizeitgestaltung auch größere Beträge zahlen würden: Als Eintrittspreis für Erwachsene werden bereits jetzt fünfzehn Pfund, umgerechnet 60 Mark, genannt. (SAD)